Nr. 59. 26. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montag.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 11. März 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der erste Angriff abgeschlagen!

Der Antrag des Kieler Magistrats, die Stadtkollegien möchten die Regierung ersuchen, durch ein Notgesetz für Kiel das Dreiklassenwahlrecht einzuführen, oder richtiger gesagt: der auf Grundlage des Magistratsantrags in letzter Stunde angefertigte Antrag Fuß-Lindemann, der aber an dem Magistratsantrag wenig geändert hat, ist in der Sitzung der städtischen Kollegien am Dienstag nach mehr denn sechsstündiger Debatte gefallen, weil kein gleichlautender Beschluß des Magistrats und der Stadtverordneten zustande kam. Man muß es dem Magistrat lassen: Er hat sich für die Dreiklassenwahl wacker ins Zeug gelegt. Drei Magistratsmitglieder eröffneten die Debatte, die beiden Bürgermeister und ein unbesoldeter Stadtrat, um die Einführung der Dreiklassenwahl zu verteidigen und die Solidarität des gesamten Magistrats in dieser Frage zu bekunden. Aus der Rede des Oberbürgermeisters Fuß erfuhr man auch, daß die Anregung für die Einführung der Dreiklassenwahl nicht von oben gekommen sei, sondern daß lediglich der Magistrat, und in erster Linie der Oberbürgermeister selbst die Sache angestiftet habe. Hat doch der Minister erklärt, daß er nur dann die Zustimmung zu einem solchen Notgesetz geben könne, wenn es von der Stadt Kiel selbst mit Nachdruck verlangt werde. Der Magistrat der Stadt Kiel ist also reaktionärer als der preußische Minister des Innern. Das will schon allerlei bedeuten.

Alle die Redner, die als Befürworter der Vorlage auftraten, Magistratsmitglieder sowohl als Stadtverordnete, führten die durch die zu erwartende Mehrheit der Sozialdemokratie drohende Gefahr für die Vorlage ins Feld, nicht einer aber war in der Lage, auch nur im geringsten den Nachweis zu führen, daß die Vertreter der Sozialdemokratie nicht in jeder Beziehung ihre Schuldigkeit getan haben; ja von mehreren Seiten mußte ausdrücklich zugestanden werden, daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten mit außerordentlichem Fleiß und großer Gewissenhaftigkeit bei ihrem Amte sind. Von unserem Genossen Niendorf wurde treffend ausgeführt, daß auch eine sozialdemokratische Mehrheit aus einem einzelnen Gemeinwesen keine soziale Republik machen könne, daß es nur die Furcht vor dem Einfluß der Arbeiterschaft und deren praktischer kommunaler Tätigkeit ist, die die Einbringung des Wahlrechtsantrages veranlaßt hat. Die Debatte bot überhaupt unseren Vertretern Gelegenheit, in außerordentlich geschickter Weise nicht nur die fadenscheinige Begründung der Vorlage zu kritisieren, sondern sich auch über die Aufgaben zu verbreiten, die ein Gemeinwesen zu erfüllen hat. Die wenigen bürgerlichen Gegner der Vorlage beschränkten sich darauf, die Gefahr nachzuweisen, die durch die Einführung der Dreiklassenwahl dem Mittelstande drohe, und hervorzuheben, daß es das Bürgertum jetzt noch in der Hand habe, wenn es nur wolle, bei der Wahl die Sozialdemokratie zu schlagen. Gegen die unerhörten Uebergriffe des Magistrats wandte sich keiner dieser Redner, das blieb unserem Genossen Adler überlassen, der einen außerordentlich scharfen Vorstoß gegen den Magistrat unternahm. Nachdem auch die Bürgerschaft in ihrer überwältigenden Mehrheit gegen die Einführung der Dreiklassenwahl Stellung genommen habe, müßten eigentlich die Magistratsvertreter ihre Sessel räumen! Die Abstimmung ergab, daß von den Stadtverordneten 13 für und 15 gegen den Antrag Fuß-Lindemann waren, ein Stadtverordneter, der als Anhänger des Antrages galt, war durch Krankheit am Erscheinen verhindert, der Magistrat trat geschlossen für den Antrag ein. Damit ist kein gültiger Beschluß zustandegekommen und der Antrag gefallen.

Wenn man die Tatsache in Betracht zieht, daß die übergroße Mehrheit der Einwohnerschaft nichts von der Einführung des Dreiklassenrechts wissen will, dann muß man sagen, daß das Häuflein der bürgerlichen Vertreter, die gegen den Antrag stimmten, sehr klein ist. Und auch diese Leute sind nicht grundsätzlich gegen eine Wahlrechtsverschlechterung; sie meinen nur, das Bürgertum könne jetzt noch durch eigene Kraft die sozialdemokratische Gefahr abwenden, um so mehr, wenn ihm kleine Mittel dabei zu Hilfe kommen, beispielsweise Einführung der Bezirkswahl, Erhöhung des Wahlrechtsalters, längere Ortsanwesenheit als ein Jahr für die Wahlberechtigung. Ja selbst für eine Klassenwahl würden diese Vertreter zu haben sein, wenn sie dem Mittelstande mehr auf den Leib geschnitten wäre! Dann aber ist es in erster Linie das Recht der gesamten Bürgerschaft, den Magistrat zu wählen, was sie sich nicht nehmen lassen wollen. An der Beseitigung dieses Rechtes ist aber dem Magistrat eben so viel gelegen, als an der Dreiklassenwahl. Daß sich ein Magistratskandidat der gesamten Wählerschaft in einer Versammlung vorstellen muß und daß nachher die gesamte Bürgerschaft das Magistratsmitglied wählt, ist dem Kieler Magistrat schon lange ein Dorn im Auge. Hat doch der Bürgermeister Lindemann, der erst vor wenigen Monaten selbst von dieser Wählerschaft zum Bürgermeister von Kiel gewählt worden ist, in der Debatte am Dienstag erklärt, daß das Unfug sei. Der Magistrat will also seine Macht gegenüber der Bürgerschaft erweitern.

Die Einführung der Dreiklassenwahl ist also vorläufig gefallen, nicht weil die Mehrheit der Stadtverordneten grundsätzlich gegen eine Wahlrechtsverschlechterung ist, sondern weil die beantragte Verschlechterung keine solche war, die lediglich die Arbeiterschaft traf! Die **Gefahr einer Wahlrechtsverschlechterung wird darum über kurz oder lang wieder auftreten!** Wenn die Vorlage auf Einführung der Dreiklassenwahl gefallen ist, dann hat die sozialdemokratische Partei wohl in erster Linie durch ihre geschickte Taktik mit dazu beigetragen. An dem Sonnabendnachmittag, als die erste Magistratsvorlage bekannt wurde, waren die bürgerlichen Blätter über ihren Inhalt noch nicht unterrichtet, während die sozialdemokratische „Schleswig-Holst. Volksztg." schon einen Alarmartikel veröffentlichte, der den Inhalt der Vorlage in großen Umrissen wiedergab. Am Montag wurde schon ein Flugblatt über das gesamte Stadtgebiet verbreitet, das die Einwohner auf die drohende Gefahr aufmerksam machte, und bei den Veranstaltungen der bürgerlichen Parteien bildeten die Sozialdemokraten, so weit wie sie dazu in der Lage waren, den Sauerteig, um die Protestaktion wirksam zu machen. Die Sozialdemokratie Kiels wird alles tun, um ihren Einfluß in der Gemeinde weiter zu stärken und sie wird nach wie vor wachsam auf der Hut sein, wenn neue Wahlrechtsverschlechterungsanträge kommen sollten!

Das Berggesetz in der Verböserungskommission.

Die Berggesetzkommission des Abgeordnetenhauses hielt am Dienstagabend die zweite Sitzung ab. Zur Beratung stand zunächst ein Antrag der Freikonservativen, durch den die Regierung ersucht werden sollte, Ermittelungen darüber anstellen zu lassen, wie sich die Einrichtung der Arbeiterkontrolleure im Auslande, insbesondere in England und Frankreich, seit 1898 bewährt habe. Der Handelsminister erachtete diese Ermittelungen für überflüssig. Sie würden zu einer unerwünschten Verzögerung der Verhandlungen führen. Er sei in der Lage, über die gegenwärtigen Resultate zu berichten. Danach wird in England verschiedenfacher Gebrauch von der Einrichtung der Grubenkontrolleure gemacht. Im allgemeinen werden gute Erfolge erzielt, die Grubenkontrolleure veranlaßten die Beamten zu größerer Sorgfalt. Ebenfalls gute Erfahrungen seien in Belgien gemacht, ganz besonders in den unabhängigen, vom Minister ernannten Grubenkontrolleuren. In Frankreich seien Klagen wegen zu geringer Unabhängigkeit vorgekommen. Infolgedessen ist durch Gesetz eine größere Unabhängigkeit durch erhöhte Bezahlung geschaffen worden. Außerdem sind die Befugnisse der Arbeiterkontrolleure erweitert, sie sollen nicht nur die Schädigungen der Gesundheit und die Gefahren für die Sicherheit der Bergleute kontrollieren, sondern auch ihre Wahrnehmungen gegenüber der Durchführung der anderen sozialen Gesetze mitteilen. Auf Grund dieses Berichts wurde der Antrag zurückgezogen.

Darauf wurde in die Beratung eines nationalliberalen Antrages eingetreten, der lautet:

„Die Kommission wolle grundsätzlich beschließen: die Einrichtung der Sicherheitsmänner wird auf Steinkohlenbergwerke beschränkt. Auf anderen Bergwerken können auf Anordnung des Oberbergamtes und nach Anhörung der Grubenverwaltung und des Arbeiterausschusses Sicherheitsmänner bestellt werden."

Zur Begründung wurde ausgeführt, daß die Vorlage entstanden ist aus Anlaß eines Unglücks in einem Steinkohlenbergwerk. In den Braunkohlen-, Eisenstein- und Kalibergwerken sei eine solche Einrichtung infolge der geringen Gefahren absolut unnötig.

Der Handelsminister bat um Ablehnung des Antrages. Die Annahme werde nur Beunruhigung schaffen. Die Agitation in der Presse und im Parlament würde dann um so schärfer einsetzen. Der Minister wies nach, daß die tödlichen Verunglückungen auch auf anderen Bergwerken außerordentlich hoch sind. Er bemerkte weiter, daß er sehr schwer in der Lage sein würde, eine ablehnende Entscheidung eines Oberbergamtes aufrechtzuerhalten.

Auch die Konservativen erklärten sich für, das Zentrum gegen den Antrag.

Von sozialdemokratischer Seite wurde erklärt, daß es unberechtigt sei, aus politischen Gründen den weitgehenderen Schutz für Leben und Gesundheit der Bergleute abzulehnen. Mit der Erklärung des Ministers würde von den Gewerkschaften dort, wo jetzt die Einrichtungen nicht beschlossen werden sollen, der erhöhte Schutz gefordert werden. Es sei ausgeschlossen, daß jemals Einrichtungen zum Schutze der Arbeiter geschaffen werden könnten, die zugleich Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokraten sind. Die Bergleute forderten die Arbeiterkontrolleure nur aus sachlichen Motiven. Wenn in England ein sachliches Verhandeln mit den Arbeitgebern möglich sei, so liege das im wesentlichen an der Stellung, die die Arbeitgeber gegenüber den Gewerkschaften einnehmen. Hier in Deutschland seien die Bergherren die ärgsten Feinde jeder Gewerkschaftsbewegung. Sie lehnten es ab, mit den Organisationen zu verhandeln, selbst mit den christlichen. Das habe auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik der Kohlenbaron Kirdorf mit unverblümter Deutlichkeit ausgesprochen. Die Abstimmung wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Hierauf wurde ein anderer nationalliberaler Antrag beraten, der dahin ging, die jetzigen gesetzlichen Bestimmungen über den Arbeiterausschuß bestehen zu lassen und eine Subkommission zu wählen, die neue Bestimmungen für die Einrichtung der Sicherheitsmänner schaffen soll. Es wurde hervorgehoben, daß die Aufgaben der Sicherheitsmänner und des Arbeiterausschusses verschiedene seien. Wenn für jede Steigerabteilung ein Sicherheitsmann gewählt würde, dann könnte der Arbeiterausschuß unter Umständen mehr als 20 Mann zählen. Damit sei dann nicht zu verhandeln. Der Minister hielt an seinen Vorschlägen fest und wies darauf hin, daß dann lauter Sozialdemokraten gewählt würden. Selbst wenn der Ausschuß im Wege der Verhältniswahl zustande kommen würde, dann hätte man zwei Drittel Sozialdemokraten und ein Drittel Gelbe und Christen. Wenn aber die Leute in unmittelbarer Berührung mit dem Betriebe blieben, sei der politische Einfluß verteilt auf die einzelnen Steigerabteilungen.

Von konservativer Seite hielt man die Sicherheitsmänner als einen sehr gewagten Schritt. Sie wollten diese Einrichtung mit allen erdenklichen Kautelen umgehen. So sollen die Sicherheitsmänner aus ihrer Mitte den Arbeiterausschuß wählen, etwa in Größe von vier bis fünf Personen. Die Sicherheitsmänner sollten nur dann an den Sitzungen des Arbeiterausschusses teilnehmen, wenn über Fragen der Sicherheit der Grubenbaue beraten werden soll. Der Minister schien den konservativen Anregungen entgegenkommen zu wollen, konnte aber sich noch nicht entschließen, eine sofortige Zusage zu geben.

Nach diesem Ergebnis scheint es, als ob man die Absicht habe, durch Verquickung von allerhand gesetzlichen Bestimmungen die Einrichtung der Sicherheitsmänner völlig bedeutungslos zu machen. Es wird sich ja zeigen, ob der Landtag imstande sein wird, mit seinen Vorschlägen Beruhigung unter die Kreise der Arbeiter zu tragen. Die bisherigen Debatten deuten jedenfalls nicht darauf hin.

Die neueste Blamage.

Man muß dem lieblichen Gebilde, das aus den Hottentottenwahlen hervorgegangen ist, das Eine zugestehen: es gibt sich wenigstens alle Mühe, für gründliche Aufklärung der geduldigen deutschen Wähler zu sorgen. Denn so etwas Jämmerliches an politischer Feigheit und Impotenz wie diese Blockmajorität ist selbst in Deutschland etwas Neues, und nur das eine Verdienst darf sie beanspruchen, daß sie ihre wahre Natur wenigstens nicht verhüllt. Und diese Majorität findet in der „Oppositionspartei" des Zentrums ihre würdige parlamentarische Ergänzung. Denn wenn es sonst Aufgabe der Opposition ist, durch ihre Kritik die Majorität vom schlimmsten zurückzuhalten, so hat die Politik des Zentrums diese normale Funktion der Opposition gerade in ihr Gegenteil zu verkehren gewußt. Die Blockmajorität würde lange nicht so gefährlich sein, wenn diese Oppositionspartei nicht jederzeit bereit wäre, das zu verrichten, was einer der Blockparteien vielleicht zu viel werden könnte und so sorgt die Unehrlichkeit der Zentrumspolitik für die Aufrechterhaltung des Blocks besser als alle Künste seines Erfinders, ja selbst als die Feigheit, Prinzipienlosigkeit und Dummheit der Freisinnsmannen. Denn dadurch, daß das Zentrum in Wirklichkeit gar nicht Oppositionspartei ist, sondern die außerhalb Deutschlands unmögliche Rolle einer Regierungspartei zur Disposition auf sich genommen hat, macht es erst die Diktatur der Konservativen im deutschen Reichstage zu einer absoluten und erlaubt den Junkern durch das Spiel mit den zwei Majoritäten Forderungen durchzusetzen, an deren Erfüllung sie sonst nicht denken könnten.

Zeigte sich das schon in der Beratung der Finanzreform, die immer mehr zu einer ungeheuerlichen Provokation des deutschen Volkes wird, so mit nicht geringerer Deutlichkeit in den Fragen der Verfassungsreform und der Geschäftsordnung. Die Erregung des deutschen Volkes und die persönlichen Machtinteressen des Kanzlers zwangen in den Novembertagen den Reichstag zu einer Stellungnahme gegen das persönliche Regiment. Die Debatten des Reichstages offenbarten die ganze politische Ohnmacht dieses armen Parlaments und zeigten der Welt das klägliche Schauspiel, daß die Vertretung des deutschen Volkes in einer politischen Lebensfrage kein Mittel hatte, ihren Willen kundzugeben. Denn bei Interpellationen dürfen ja im Reichstage keine Anträge gestellt werden. Als Resultat der Verfassungsdebatten ergab sich also als notwendige Folge zweierlei: Einmal mußte dem Reichstage Gelegenheit gegeben werden, in dringenden Fällen seinen Willen zu äußern, sodann mußten durch eine Verfassungsreform wirkliche Garantien geschaffen werden, um unverantwortliche Einflüsse in Zukunft unmöglich zu machen. Wie dies zu machen sei, sagten die sozialdemokratischen Anträge. Sie wurden neben anderen der verstärkten Geschäftsordnungskommission überwiesen. Diese begann ihre Arbeit mit den Anträgen, die aus den Interpellationen ein zu Willenskundgebungen brauchbares Mittel machen sollten. Die Beratungen bestanden sozusagen hauptsächlich aus Vertagungen und damit brachte es denn diese Kommission in ihrer Arbeitsscheu auch glücklich dahin, die Entscheidung über eine Sache, die in anderen Parlamenten längst mustergültig gelöst ist, vom 7. Dezember bis zum 9. März zu verschleppen, um dann zu be-

schließen, daß — nichts, aber auch gar nichts, zu beschließen sei!

Wie es zu diesem schmählichen Ausgang gekommen, haben wir gestern ausführlich berichtet. Es bedurfte dazu der Angst der Freisinnigen vor dem Uebertreten des konservativen Verbots, das Recht des Reichstags zu verstärken, vermehrt durch jene unglaubliche Ungeschicklichkeit, die immer mit tödlicher Sicherheit zu erwarten ist, wenn sich Herr Müller-Meiningen als parlamentarischer Stratege auftun darf, auf der einen Seite, und auf der anderen der perfiden Strategie des Zentrums, das schließlich, nachdem die Freisinnigen „unter Vorbehalt" im Bunde mit Konservativen und Nationalliberalen das Recht der Minderheit auf Antragsstellung abgewürgt hatten, sich auf die Seite der Reaktion schlug und das alte Verbot, bei Interpellationen Anträge zu stellen, wieder erneuerte.

Damit ist die Arbeit dieser ehrenwerten Kommission nun glücklich resultatlos geworden. Das Ergebnis der Verfassungsdebatten ist die Aufrechterhaltung der Rechtlosigkeit des Reichstags. An diesem Ergebnis tragen alle bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme die Schuld. Freisinnige, Zentrum, Konservative und Nationalliberale haben in gleicher Weise dazu beigetragen, den Willen der Junker, der alten Feinde des Reichstags, zu erfüllen und der Volksvertretung in Deutschland vorzuenthalten, was Franzosen, Engländer, Belgier, Ungarn, und in der Form der Dringlichkeitsanträge auch die Oesterreicher längst besitzen. Sie haben also wieder einmal echt „nationale" Arbeit verrichtet.

Es bleibt nur übrig, die Probe aufs Exempel auch im Plenum zu machen. Um ein wirkliches Interpellationsrecht zu schaffen, dazu bedarf es keiner komplizierten Kommissionsberatungen. Es genügt eine Abstimmung im Plenum, die das Verbot der Stellung von Anträgen bei Interpellationsdebatten aufhebt und bestimmt, daß Anträge, die sich auf den Gegenstand der Interpellation beziehen, bei Unterstützung von 15 Mitgliedern zugleich zur Beratung zu stellen sind.

Oesterreich und Serbien.

Genosse Kautsky schreibt in der „Neuen Zeit":

Seit Wochen steht Europa vor der Gefahr eines Weltkrieges. Immer wieder hofft man sie zu beschwören, immer wieder taucht sie von neuem auf, dräuender als früher.

So entsetzlich die Perspektive auf den Ruin der ganzen Zivilisation für lange hinaus, die da ersteht, so lächerlich auf den ersten Blick die Ursache dieser unerträglichen Situation: die Aspirationen eines Zwergstaates mit weniger als 3 Millionen Einwohnern, der Forderungen an eine benachbarte Großmacht stellt, die ihn mit ihren 60 Millionen Menschen leicht erdrücken kann. Und diese Aspirationen selbst wieder erscheinen nur als das Werk einiger wahnwitzigen Abenteurer, geführt von einem Operettenkronprinzen lächerlichster Art.

Man könnte also glauben, die Schicksale der Welt hingen von den Launen eines unreifen Burschen ab, der uns als Idiot geschildert wird.

Indes so verrückt ist die bürgerliche Gesellschaft doch nicht, und auch die Serben sind weder so schamlos noch so idiotisch, wie sie jenen Politikern erscheinen, die ihr Wissen von den Balkanvölkern bei den Gelehrten des „Simplicissimus" holen. Die Serben haben ihre triftigen Gründe für ihre jetzige Haltung.

Man könnte annehmen, die Haltung Serbiens sei bloß ein Ergebnis des nationalen Gedankens, der auf einer gegebenen Entwickelungsstufe auftaucht und in Serbien dieselbe Existenzberechtigung hat wie in Deutschland, Italien, Polen, wo er als reaktionärer Faktor die ganze zivilisierte Welt des vorigen Jahrhunderts begeisterte. Dieser nationale Gedanke der Zusammenfassung aller Serben in einem geschlossenen Großserbien spielt sicher in der jetzigen Situation eine Rolle; aber er erklärt nicht, warum Serbien gerade jetzt es für notwendig hält, das Aeußerste zu wagen und den übermächtigen Nachbarn zu reizen, noch auch, warum, wie es scheint, die ganze Nation vom Kriegsfieber ergriffen ist.

Auf der Entwickelungsstufe, auf der sich Serbien befindet, wird der nationale Gedanke fast nur von den Schichten der Intelligenz getragen, daneben noch von Kaufleuten und etwa einer an der Vergrößerung des Staates interessierten Dynastie, aber nicht von der Bauernschaft, die in Serbien die große Masse der Bevölkerung ausmacht, etwa 90 Prozent. Es mußten besondere Umstände sein, die auch den Bauern für die großserbische Idee empfänglich machten. Diese Umstände wurden durch die geographische Lage des Landes und die ökonomische Entwickelung gegeben.

Wohl ist Serbien ein agrarisches Land, fast ohne alle Industrie, aber es blieb nicht unberührt vom Kapitalismus. Die Naturalwirtschaft weicht immer mehr, der Bauer braucht Geld, braucht also einen Markt, und da er keine städtische industrielle Bevölkerung im Lande selbst findet, die ausreichend wäre, ihm seine Produkte abzukaufen, bedarf er aufs dringendste eines auswärtigen Marktes. Leichter und gesicherter Export für seine agrarischen Produkte ist eine Lebensfrage für Serbien.

Bei diesem Export ist es aber in völliger Abhängigkeit von Oesterreich, das gerade an jenen seiner Grenzen vorgelagert ist, die die nächsten und besten Ausfuhrstraßen für Serbien bilden. Etwa 80 Proz. der serbischen Ausfuhr gehen nach und durch Oesterreich. Es sind agrarische Produkte, Obst, Weizen, Geflügel und namentlich Schweine.

Serbiens ökonomische Existenz hängt also heute gänzlich von Oesterreich ab. Ist die österreichische Handels- und Verkehrspolitik eine für Serbien wohlwollende, dann gewinnt die habsburgische Monarchie an Serbien einen ergebenen Vasallen. Je mehr dagegen diese Politik darauf gerichtet ist, Serbiens Ausfuhr zu erschweren, desto mehr muß sie die Bevölkerung Serbiens mit äußerstem Oesterreicherhaß erfüllen, und desto populärer muß die großserbische Idee werden, die Vereinigung der in Serbien, Bosnien, der Herzegowina, Dalmatien, Montenegro lebenden Serben (vielleicht auch unter Gewinnung der südungarischen Serben und Kroaten) zu einem selbständigen Staatswesen, das an die Adria grenzt und so für seine Ausfuhr von jedem Nachbar unabhängig ist.

Mit der wechselnden Handels- und Verkehrspolitik Oesterreichs wechselt auch die Haltung Serbiens. In den letzten Jahren aber haben sich die Beziehungen zwischen beiden Staaten aufs äußerste verschlechtert.

Oesterreich wird ein Industrieland. Das bedeutet jedoch nicht, daß die Agrarier aufhören, es zu beherrschen, sondern — daß sie immer unverschämter werden, daß sie sich das Monopol auf den inneren Markt immer mehr zu sichern suchen — ganz wie bei uns. Immerhin ist Oesterreich noch Agrarland genug — namentlich das für seine Politik so maßgebende Ungarn —, um noch Agrarprodukte in bedeutenden Mengen auszuführen.

Die agrarische Politik Oesterreich-Ungarns hat daher das Streben, die geographische Position gegenüber Serbien dahin zu benützen, diesem Ländchen nicht nur die Ausfuhr nach Oesterreich, sondern auch die Durchfuhr durch Oesterreich möglichst zu erschweren, die serbische Konkurrenz nicht bloß auf dem inneren Markte Oesterreichs, sondern auch auf dem Weltmarkt möglichst auszuschalten. Gerade in den letzten Jahren führte das zu Zollkriegen, die Serbien an den Rand des Bankrotts brachten und ihm den Mut der Verzweiflung des Bankrottierers einflößten, der alles auf eine Karte setzt, weil er nur noch zu gewinnen, nichts mehr zu verlieren hat.

In der Tat ist für Serbien jeder ökonomische Aufschwung ausgeschlossen, wenn es auf seine jetzigen Grenzen beschränkt bleibt und die Herrschaft der Agrarier in Oesterreich nicht gebrochen wird.

Kein Wunder, daß die jüngsten politischen Umwälzungen auf der Balkanhalbinsel Serbien mehr als jedes andere der dortigen Länder in fieberhafte Erregung versetzten und ihm den leidenschaftlichen Drang einflößten, die jetzige Situation um jeden Preis auszunutzen, um irgendwelche Konzessionen zu erringen, die seine elende Lage verbessern.

Was hat es dabei zu verlieren — abgesehen von den Verheerungen, die jeder Krieg mit sich bringt, die aber doch nur etwas Vorübergehendes sind? Im schlimmsten Falle findet es nirgends Unterstützung, wird es von Oesterreich annektiert. Das bedeutet aber für den serbischen Bauern keineswegs den notwendigen Ruin, es kann sogar seine Rettung werden. Er gewinnt dann den Freihandel mit Oesterreich und den freien Zugang zum Meere. Freilich bleibt er auch dann abhängig von der Eisenbahnpolitik namentlich der ungarischen Regierung, die sich den Interessen der Südslawen in jeder Beziehung feindlich zeigt; aber schlechter als jetzt kann es nicht mehr werden. Im Gegenteil, die österreichischen Südslawen könnten den ungarischen Agrariern gegenüber durch den Zuwachs Serbiens nur an Kraft gewinnen.

Der serbische Bauer hat also bei einer Annexion durch Oesterreich nicht so viel zu verlieren, daß er deshalb den Krieg scheuen müßte. Und den Machinationen der österreichischen Agrarier ist es gelungen, seinen Oesterreicherhaß aufs äußerste anzustacheln, so daß er der willige Gefolgsmann jener Elemente Serbiens wird, denen die bestehende Situation ebenfalls unerträglich geworden ist, die aber bei einer österreichischen Annexion viel oder alles zu verlieren hätten, die daher keinen anderen Ausweg aus der verzweifelten Situation wissen als das Entflammen eines Weltkrieges. Diese Elemente sind vor allem die Dynastie und die Intelligenz.

Für Oesterreich wäre es ein leichtes, der Kriegsgefahr ein Ende zu machen. Es braucht bloß den Serben Konzessionen auf dem Wege eines günstigen Handelsvertrages und Garantien für eine von Schikanen freie Durchfuhrspolitik zu gewähren, und die Volksmasse Serbiens ist befriedigt, dessen Kriegspartei aufs Trockene gesetzt.

Diese Politik entspräche in jeder Weise den Interessen der Industrie und des Proletariats Oesterreichs, dem sie nicht nur die Kriegsgefahr bannte, alle weiteren Rüstungskosten ersparte, sondern auch billigere Lebensmittel brächte.

Aber gerade deswegen hat diese Politik keine Aussicht auf Annahme. Lieber verhängen die Agrarier die entsetzlichsten Opfer an Menschenleben und Wohlstand über ihr heißgeliebtes „Vaterland", als daß sie ihren proletarischen Mitbürgern billiges Brot und Fleisch gönnten!

So sind die Aussichten auf friedliche Beilegung des Konfliktes äußerst geringe.

Daß aber dieser Konflikt kein rein lokaler ist, sondern einen Weltkrieg zu entzünden droht, daran sind freilich die Agrarier allein nicht schuld. Das ist die Konsequenz des Imperialismus, dessen Politik die des gesamten Kapitals aller modernen Großstaaten ist und der sie alle in so schroffe Gegensätze zueinander bringt, daß die äußerste, ununterbrochene Klugheit und Wachsamkeit dazu gehört, den Frieden ohne Gefährdung durch alle die Klippen und Risse hindurchzuführen, die sich immer drohender um ihn erheben. Ein einziges unbedachtes Wort, geschweige denn ein Krieg in dem europäischen Wetterwinkel, und das Friedensschiff ist gescheitert, der Weltkrieg da.

Um so wichtiger für das Proletariat aller Länder, auf der Hut zu sein und sich nicht fortreißen zu lassen zu einer freudigen Unterstützung jener Politik seiner schlimmsten Ausbeuter und Unterdrücker, die im Völkermord gipfelt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. März 1909.

Abgeordnetenhaus.

Das preußische Abgeordnetenhaus versagte am Mittwoch — im Gegensatz zu der wiederholt von ihm geübten Praxis — die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Redakteurs Genossen Grötzsch von der „Görlitzer Volkszeitung" wegen Beleidigung. Die Beleidigung erblickt die Staatsanwaltschaft in einem Artikel, der sich mit den Wahlrechtsdebatten beschäftigt. Die Mehrheit des Hauses mag wohl selbst einsehen, eine wie traurige Rolle sie bei diesen Debatten gespielt hat; sie fürchtet, daß eine etwaige Gerichtsverhandlung dem Wahlrechtskampfe zugute kommt und sieht deshalb „großmütig" von der Stellung eines Strafantrags ab. Nach außen verschafft sie dem Hause dadurch billigen Ruhm.

Die Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Erweiterung des Stadtkreises Linden gab unserem Genossen Leinert Gelegenheit, die grundsätzliche Stellung der Partei zur Eingemeindungsfrage zu erörtern und mit Nachdruck dafür einzutreten, daß die Eingemeindung keine Schmälerung des Wahlrechts für einzelne Klassen der Bevölkerung zur Folge haben dürfe. Der verstärkten Gemeindekommission, der die Vorlage überwiesen wurde, gehört u. a. Leinert an.

Nach Erledigung des Gesetzentwurfs betr. Heranziehung der Beamten zur Gemeindeeinkommensteuer beriet das Haus sodann in erster Lesung die Novelle zum Stempelsteuergesetz. Bekanntlich hat das Plenum bei Beratung der Besoldungs- und Steuervorlagen der Regierung in Form einer Resolution ersucht, zur Deckung des noch verbleibenden Mehrbedarfs von 16 Millionen einzelne geeignete Positionen des Stempelsteuertarifs zu erhöhen. Dieser Aufforderung ist die Regierung nachgekommen; sie beantragt u. a. eine Erhöhung des Stempels für Mietsverträge, nicht aber für die Pachtung von Grundstücken zu land- und forstwirtschaftlicher Nutzung, ferner einen Stempel für Jagdpachtverträge in Höhe von 10 Prozent u. a. m. In fein abgewogener und trefflich zugespitzter Rede nahm Genosse Heimann zu der Vorlage Stellung. Entsprechend dem sozialdemokratischen Programm erklärte er sich grundsätzlich gegen jede indirekte Steuer. Als genauer Kenner der Verhältnisse geißelte er den Versuch der Regierung, die Wohnungsmieten durch eine so kolossale Erhöhung des Stempels in die Höhe zu schrauben, forderte er weiter, daß die Regierung endlich einmal mit ihren Geschenken an die Agrarier, die auch jetzt wieder bevorzugt werden sollen, ein Ende macht.

Hoffentlich gelingt es der Kommission, der die Vorlage überwiesen wurde, ihr wenigstens die schlimmsten Giftzähne auszureißen.

Donnerstag: Dritte Lesungen des Gesetzentwurfs betr. die Heranziehung der Beamten zur Gemeindeeinkommensteuer, der Steuervorlagen, des Wohnungsgeldzuschusses.

Das ungeduldige Zentrum.

Die „Märkische Volkszeitung" ist höchst ungeduldig darüber, daß der Block noch immer nicht in die Brüche gegangen ist. Die Langmut des Freisinns, der sich jeder junkerlichen Zumutung fügt, um nur ja nicht als Beschützer der Reaktion abgedankt zu werden, raubt dem Zentrum offenbar die Besinnung. Wenigstens macht die „Märk. Volksztg." den verzweifelten Versuch, den Vater des Blocks, den Fürsten Bülow, durch heftigste Angriffe und durch eine Denunziation bei den Konservativen endlich zu stürzen. Das Zentrumsblatt macht den Blockkanzler dafür verantwortlich, daß die Reichsfinanzreform, deren das Reich in seinen Nöten so dringend bedürfe, schwerlich vor Ablauf eines Jahres zustande kommen werde! Die Frage der Finanzreform aber werde leicht — und natürlich im agrarischen Sinne! — zu lösen sein, wenn einfach der Freisinn ausgeschaltet werde! Dieser Ausschaltung aber widersetze sich Fürst Bülow:

„Die „Deutsche Tagesztg." behauptete jüngst, Fürst Bülow habe niemals die Meinung vertreten oder geäußert, daß er nur dann im Amte bleiben werde und könne, wenn die Reichsfinanzreform allein und ausschließlich durch den Block gelöst werde. Wir können dem Blatte mitteilen, daß Fürst Bülow sich tatsächlich gegenüber liberalen Wortführern ausgesprochen hat, er wolle das Zentrum nur dann zur Mehrheit stoßen lassen, wenn zuvor der Block schon eine solche stelle."

Diese allzu unverhohlene Ungeduld ist nicht gerade sehr klug. Denn der Freisinn wird sich unter solchen Umständen nur noch heroischer allen reaktionären Zumutungen fügen und dadurch die Erretterrolle des Zentrums überflüssig machen.

Je mehr sich freilich Zentrum und Freisinn im Wettlauf um die Gunst der Agrarier diskreditieren, desto besser für uns! —

Freisinn und Besitzsteuerkompromiß.

Ein Berliner Mittagsblatt stellt die Behauptung auf, daß innerhalb der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft, die 51 Mitglieder zählt, nur 22 für das Steuerkompromiß eingetreten sind. Der Rest war dagegen oder enthielt sich der Stimme, und 10 Abgeordnete haben in der entscheidenden Sitzung gefehlt. Als Vertreter der Minorität werden genannt: Traeger, Dr. Leonhardt, Gothein, Neumann-Hofer und Haußmann, wogegen Müller-Meiningen natürlich bei der kompromißfreundlichen Mehrheit sich befindet. — Abgeordneter Naumann gibt in der neuesten Nummer seiner „Hilfe" die Versicherung ab, daß auch er unentwegt mit der Blockmehrheit gehen werde.

Gleichzeitig mehren sich aber die Stimmen aus freisinnigen Wählerkreisen, die sich entschieden gegen das Blockabkommen wenden. Sowohl in Rostock als auch in Hirschberg und Biedenkopf haben die dortigen liberalen Organisationen sich gegen die Anträge Gamp-Arendt ausgesprochen. In Hirschberg wird verlangt, daß die freisinnige Fraktionsgemeinschaft unbedingt der Selbstsucht des Bundes der Landwirte gegenüber auf der Forderung der Nachlaß- oder Reichsvermögenssteuer zu bestehen habe. Auf den Block sei dabei gar keine Rücksicht zu nehmen.

Im Kampf um die Nachlaßsteuer.

Zwar ist die Nachlaßsteuer in der Kommission gefallen, die „Deutsche Tageszeitung" traut aber offenbar dem Landfrieden nicht; denn sie setzt den Kampf gegen diese Steuer mit noch gesteigerter Heftigkeit fort. Sie findet die „Treiberei hinter den Kulissen", die jetzt wieder begonnen habe, ganz außerordentlich gefährlich und prophezeit: Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird der Kampf um die Nachlaßsteuer nochmals in aller Schärfe entbrennen. Der Artikel schließt mit folgendem Appell an die Regierung:

„Wir erwarten von den verbündeten Regierungen, insbesondere von der Klugheit des Reichskanzlers, daß er sich nicht täuschen lasse. Wir lassen uns keinesfalls und keineswegs täuschen."

Mit ihrer Behauptung, daß die gesamte Landwirtschaft sich gegen die Nachlaßsteuer erkläre, setzt sich die „Deutsche Tageszeitung" mit der Wahrheit in Widerspruch. Dem konservativen „Reichsboten" sind Stimmen aus Landwirtschaftskreisen über die Nachlaßsteuer zugegangen, die ganz wesentlich anders lauten als die Ansichten, die in dem agrarischen Blatte zum Ausdruck gelangt sind. So wird z. B. aus Friesland geschrieben:

„Mit Ausnahme der Mitglieder des Bundes der Landwirte bedauert man hier in konservativen Kreisen, daß die Nachlaßsteuer nicht durchgeht, weil diese Steuer wirklich den Besitz getroffen hätte. Das Geschrei gegen die Nachlaßsteuer sei lediglich agrarische Mache."

Ersparnisse im Heerwesen.

Der „Straßburger Post" wird von einem älteren Offizier geschrieben:

„Und dann der Luxus, den wir uns mit der reitenden Artillerie leisten. Vierzig Batterien haben wir, brauchen aber für die Kavalleriedivisionen, wenn im nächsten Kriege wieder die gleiche Anzahl wie früher formiert wird, zwölf oder nach Einführung der Batterien zu vier Geschützen achtzehn. Wir haben also 22 reitende Batterien, die im Kriege keine andere Verwendung finden, wie die fahrenden. Da muß man doch fragen: Warum macht man sie denn nicht zu fahrenden? Zumal wie jeder Artillerist weiß, der in seine Waffe einen vorurteilsfreien Blick getan hat, daß die Schießleistungen der reitenden Artillerie unter der Menge der Pferde und der schweren Bekleidung der Kanoniere leiden und daher denen der fahrenden im allgemeinen nicht gleichkommen. Die Umwandlung würde jährlich etwa eine halbe Million Ersparnis bringen, denn es sind etwa 900 Pferde, die damit fortfallen. Frankreich hat auch schon damit begonnen. Früher als die Wege schlecht, das Artilleriematerial schwer und schwerfällig war, war die größere Beweglichkeit der reitenden Batterien auch im Verband der Infanterie von Wert. Damit ist es aber jetzt vorbei. Die fahrenden Batterien entsprechen den Anforderungen an Beweglichkeit in vollem Maße und es sind infolgedessen auch im Reglement dieselben Gangarten für sie vorgeschrieben. Schon bei den Neuformationen im Herbst 1866 widersetzte sich der damalige Generalinspekteur der Artillerie v. Hindersin einer Vermehrung der reitenden Batterien; doch vergeblich. Ob die Umwandlung jetzt durchgesetzt werden könnte? Schwerlich! Würde sie doch von mancher Seite als eine Art von Degradation angesehen werden."

Daß bei unserem Heerwesen allerhand Etikette- und Repräsentationsrücksichten eine größere Rolle spielen, als der militärische Wert einer Waffengattung, ist ja allerdings nur zu bekannt!

Wer zerstört den Mittelstand?

Wenn wir den Agitationsreden aus dem Kreise der sogenannten staatserhaltenden Parteien glauben dürfen, dann hat der Mittelstand keinen gefährlicheren und schlimmeren Feind als die Sozialdemokratie. Großindustrielle und Großagrarier im Bunde lehren die bedrängten Krämer und Handwerker, daß es die Sozialdemokratie auf ihren Ruin abgesehen habe und daß sich ihre Rettung um so sicherer vollziehen würde, je energischer sie sich der Bekämpfung der Sozialdemokratie widmen.

Wo in Wirklichkeit die Feinde des Mittelstandes sitzen, das zeigt ein Artikel der „Deutschen Volkspost", amtliches Organ der deutschen Mittelstandsvereinigung. Darin wird hingewiesen auf die

Zustände im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wo der Mittelstand zunächst in kommunalpolitischer Hinsicht vom Großunternehmertum unterdrückt und in steuerlicher Hinsicht benachteiligt werde. Dann heißt es:

„Der Bergbau und die Großindustrie arbeiten aber auch nach anderer Richtung gegen den Mittelstand. Und zwar ist es die Firma Krupp, die hier das Banner trägt, dem immer mehr Großindustrielle folgen. Der Fremde, der nach Essen kommt, wird erstaunt sein, daß die Vierteilmillionenstadt so wenige Geschäftsleute, so wenige Handwerker, insbesondere Bäcker und Metzger, hat. Nun, das ist einfach. Die Firma Krupp errichtet an allen Ecken und Enden ihre Konsumanstalten, durch welche sie das in einer Riesenbäckerei hergestellte Brot und das in kolossalen Massen geschlachtete Vieh, Kolonialwaren, Manufakturwaren usw. absetzen läßt. . . . Krupp hat Nachahmer gefunden, große und kleine. Der Konsumanstaltsgedanke zieht von Werk zu Werk, von Zeche zu Zeche. . . ."

Man könnte dem noch hinzufügen, daß die großen Werksbesitzer im Industriegebiet viele Hunderte von mittleren und kleinen Bauern ausgekauft haben, daß da, wo sich einst eine landarbeitende Bevölkerung nährte, heute die Oefen glühen und die Schlote rauchen im Dienste einiger weniger Industrieherren, die so gründlich unter dem Mittelstand aufräumen, daß der Sozialdemokratie nicht mehr viel zu tun übrig bleibt.

Das mittelständische Organ hadert besonders wider die Firma Krupp, „die mehr als jede andere Rücksicht auf das deutsche Volk und seinen Hauptpfeiler, den Mittelstand, zu nehmen hätte, deren Größe aus der Steuerkraft des Mittelstandes gewachsen ist, der heute noch jährlich Millionen durch in Deutschland aufgebrachte Steuergelder zufließen. Aber was geht uns das deutsche Volk und der deutsche Mittelstand an!"

Die Fremdenlegionäre.

Wie aus Oran telegraphiert wird, verurteilte das Kriegsgericht im Prozeß gegen die Fremdenlegionäre den Anführer der Deserteure Pal zu 20 Jahren Zwangsarbeit und Degradation. 17 Angeklagten wurden mildernde Umstände zugebilligt. Das Kriegsgericht verurteilte von diesen 17 Angeklagten einen zu 18 Jahren Zwangsarbeit, 20 Jahren Aufenthaltsverbot und Degradation, zwei weitere zu 15 Jahren Zwangsarbeit und Degradation, einen zu 10 Jahren Zwangsarbeit und Degradation. Die Strafen der übrigen schwanken zwischen fünf Jahren Zwangsarbeit und zwei Jahren Gefängnis. Alle Angeklagten werden die Nichtigkeitsbeschwerde einlegen.

Wir hoffen, daß die französische Regierung klug und human genug sein wird, die Grausamkeit und Barbarei des Kriegsrechts durch ausgiebige Anwendung des Begnadigungsrechts zu mildern, umsomehr da die Angeklagten nur Opfer ihrer Unbesonnenheit sind, die sie auf die Vorspiegelungen Pals eingehen ließ. Ob Pal selbst nur aus Leichtsinn gehandelt hat oder ob er sich zur Flucht verleiten ließ, weil er für sein Unternehmen genügende Unterstützung suchte, ist noch unaufgeklärt. Ein Zeuge brachte die Desertion in Zusammenhang mit einem deutschen Verein, an dessen Spitze der Berliner Professor Samassa stünde, der aber jede Beteiligung an der Affäre in Abrede stellt. Es wird Sache der deutschen Regierung sein, diese Angelegenheit aufzuklären.

Im übrigen weckt dieser Prozeß die Erinnerung an jene schmachvolle Phase der deutschen Marokkopolitik, in der diese Desertionsaffäre zu einer Gefahr für den Frieden zwischen Frankreich und Deutschland zu werden drohte. —

Ultramontane Kulturarbeit.

In der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in Bonn beantragte der Führer des Bonner Rathauszentrums, Zeitungsverleger Hauptmann, beim Etat des städtischen Viktoriabades die Schließung eines der beiden Schwimmbassins mit der Begründung, daß es vollkommen genüge, wenn die Männer an vier, die Frauen an drei Tagen baden könnten. Nicht zufrieden mit dieser Fürsorge für das leibliche Wohl der Bonner Bevölkerung, unternahm der genannte Zentrumsmann auch einen Ritt in das geistige Gebiet, indem er beim Etat des städtischen Orchesters beantragte, zur Ersparung des städtischen Zuschusses von 20 000 Mark den Kontrakt mit dem bisherigen Kapellmeister schleunigst zu lösen, mit anderen Worten: Das nach vieler Mühe zustande gebrachte und zu allgemeiner Zufriedenheit wirkende Orchester aus Bonn herauszuwerfen. Beide Anträge wurden abgelehnt.

Das Zentrum steht bekanntlich in erster Reihe, wenn es gilt, der Sozialdemokratie vorzuwerfen, daß sie keine positive Arbeit zu leisten vermöge. Das obige Beispiel zeigt, wie die „positive Arbeit" aussieht, die im eigenen Lager des Zentrums verrichtet wird.

„Germanisierungs"-Politik der Ansiedelungskommission.

Die Denkschrift der Ansiedelungskommission für das Jahr 1908 hat soeben die Genehmigung des Kaisers zur Vorlage an den preußischen Landtag erhalten und wird demnächst zur Ausgabe gelangen. In der Denkschrift kommen zum Teil bereits die Wirkungen des Gesetzes vom 20. März 1908 über die Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Ostmarken (Polenenteignungsgesetz) zum Ausdruck. . . . Das gesamte Landangebot ist erheblich zurückgegangen. Erworben wurden 14 Rittergüter — darunter 3 Staatsdomänen — 4 sonstige Güter und 82 Bauernwirtschaften mit einer Gesamtfläche von 14 063 Hektar zum Kaufpreise von 16 644 475 M. Dagegen betrug der Erwerb im Jahre 1907 9390 Hektar im Werte von 14 161 000 M. Von den gekauften Besitzungen befanden sich nur 1752 Hektar in polnischer Hand. Der gesamte Landerwerb der Ansiedelungskommission beläuft sich bisher auf 349 476 Hektar zum Kaufpreise von 323 Millionen Mark. Hiervon stammt aus deutscher Hand Landbesitz im Werte von 237 Millionen Mark und aus polnischer Hand von 86 Millionen Mark. — Der aus deutscher Hand erworbene Besitz ist demnach fast dreimal so groß als der erworbene polnische Besitz. Die „Germanisation" äußert sich in der Höhe der den deutschen Agrariern gezahlten Kaufpreise für ihre Güter. —

Die Balkankrise.

Die serbische Antwortnote ist, nachdem auf den Wunsch Rußlands hin noch einige Aenderungen vorgenommen wurden, heute den Mächten, auch Oesterreich und der Türkei, zugestellt worden. Ihr Wortlaut ist noch nicht bekannt, was aber über ihren Inhalt verlautet, läßt nicht erkennen, daß die Antwort die Entscheidung für den Frieden bringt. Denn nicht die Friedensversicherungen sind das Wichtige, sondern die Annahme oder Ablehnung direkter Verhandlungen mit Oesterreich und nach allem, was bis jetzt verlautet, bleibt die serbische Regierung bei ihrem ablehnenden Standpunkt. Aber diese Ablehnung bedeutet aus zwei Gründen eine Verschärfung der Situation. Einmal ist die serbische Note ausdrücklich von Rußland gebilligt und zweitens bedeutet sie jetzt auch eine Zurückweisung des von dem österreichischen Gesandten in Belgrad gemachten Angebots, über wirtschaftliche Zugeständnisse zu verhandeln. Bestätigt sich dieser Inhalt, dann ist von Oesterreich, das die Entscheidung durch eine Konferenz nach wie vor ablehnt, ein weiterer Schritt in Belgrad zu erwarten, der wohl auch in der Form einem Ultimatum äußerst ähnlich sein dürfte.

Zu dieser gefahrvollen Situation hat die deutsche Regierung es neuerdings für angezeigt gehalten, sich mit dem österreichischen Standpunkt solidarisch zu erklären. In einer hochoffiziösen Auslassung der „Süddeutschen Korrespondenz" wird erklärt, daß Deutschland ebenso wenig wie Oesterreich an einer Konferenz teilnehmen werde, vor der Oesterreich-Ungarn gleichsam wie vor einem Richter vorgeladen werden soll. Und den Befürwortern der Konferenzidee wird erklärt, daß sie warten müßten, bis man auch in Berlin und Wien den Zeitpunkt für gekommen erachte.

Diese schroffe Stellungnahme der deutschen Regierung für Interessen, die sicher nicht die des deutschen Volkes, ja nicht einmal die des österreichischen in seiner großen Mehrheit sind, birgt die große Gefahr in sich, daß sie Deutschland immer mehr von der gemeinsamen Aktion der Westmächte und Italiens ausschließt und damit die wichtigste Bürgschaft für den Frieden zerstört. Zwischen der russisch-serbischen Forderung einer Konferenz und der österreichischen Ablehnung muß eine Vermittelung gefunden werden und sie kann gefunden werden, wenn die nicht direkt beteiligten Mächte gemeinsam vorgehen und in Wien und Petersburg für die Aufrechterhaltung des Friedens wirken. Die provozierte Stellungnahme der deutschen Regierung erschwert aber dieses gemeinsame Vorgehen und drängt Frankreich und England an die Seite Rußlands. Es muß daher mit aller Entschiedenheit gefordert werden, daß die deutsche Regierung nicht Verpflichtungen auf sich nimmt, die mit dem Friedenswillen und den Interessen des deutschen Volkes im schärfsten Widerspruch ständen.

In Wien behält die pessimistische Beurteilung die Oberhand. Im ungarischen Parlament hat heute der Ministerpräsident den serbischen Handelsvertrag formell zurückgezogen, was mit dem Eintritt des Zollkrieges am 1. April gleichbedeutend wäre, wenn vorher nicht die Verhandlungen eröffnet werden. Aus Serbien und Montenegro liegen wieder Meldungen vor, die bestätigen, daß diese Staaten an den Grenzen des Sandschaks Novibazar Truppen ansammeln, angeblich um aus diesem türkischen Gebiet sich die „territoriale Kompensation" zu holen, für die ihnen russische Unterstützung zugesagt sein soll. In der Türkei werden diese Bewegungen aufmerksam verfolgt und Gegenmaßregeln getroffen. —

Oesterreich.

Die Wiedereröffnung des Reichsrats.

Wien, 10. März. Abgeordnetenhaus. Das Haus und die Galerien sind dicht gefüllt. Das Kabinett wurde bei seinem Erscheinen im Saale von den Tschechisch-Radikalen mit anhaltenden Pfui- und Abzugsrufen, von der Linken und den Polen mit lebhaftem Beifall empfangen. Bei andauerndem Lärm der Tschechisch-Radikalen erklärte Ministerpräsident Freiherr v. Bienerth die 19. Session des Reichsrats für eröffnet und lud den Abgeordneten Dr. Funke ein, das Alterspräsidium zu übernehmen. In einer Begrüßungsansprache, welche infolge andauernden Lärms nur zum geringsten Teile verständlich war, sprach Dr. Funke die Hoffnung aus, daß die parlamentarische Session eine erfolgreiche, ungestörte und dauernde sein werde. (Beifall, anhaltender Lärm bei den Tschechisch-Radikalen.) Der Ernst der inneren und äußeren Verhältnisse fordere ganze Männer, unausgesetzte gemeinsame Tätigkeit und feste Entschlossenheit. Der Alterspräsident sprach sodann die Zuversicht aus, daß die Abgeordneten das Vertrauen der breitesten Volksschichten rechtfertigen würden. Nach Erledigung der Formalien nahm das Haus durch Stimmzettel unter Namensaufruf die Wahl des Präsidenten vor.

Zum Präsidenten wurde mit 237 von 440 Stimmen Dr. Pattai (christl.-soz.) gewählt. Er nahm die Wahl dankend an, betonte die Notwendigkeit einer Reform der Geschäftsordnung, wies auf die wichtigen Aufgaben hin, die das Haus vor Ostern erwarteten und schloß mit einem Appell an das Haus, seine Rechte durch ernste, sachliche Arbeit zu wahren. (Lebhafter Beifall.)

Nach der Wahl der Vizepräsidenten Baczynski, Steinwender, Zazvorka, Pogacnik und Laginja hielt Ministerpräsident v. Bienerth seine Programmrede, während welcher die Tschechisch-Radikalen ununterbrochene Abzugsrufe und Beschimpfungen gegen die Minister vorbrachten. Der übrige Teil des Hauses begleitete die Ausführungen Bienerths mit lebhaftem Beifall. Der Ministerpräsident betonte, daß die neue Regierung in ernster und schwerer Zeit vor das Haus trete, skizzierte die auswärtige Lage und sagte: Die Stellung der österreichisch-ungarischen Monarchie wird in der krisenhaften Periode, die wir durchlaufen, gegenwärtig durch 2 Akte charakterisiert, durch den erfolgten Abschluß der Verständigung mit der Türkei und durch die von unserem Gesandten in Belgrad abgegebene bekannte Erklärung. Für den Abschluß des Uebereinkommens mit der Türkei wurden zweifellos große Opfer gebracht, um auf friedlichem Wege zu dieser Verständigung zu gelangen. Erwägt man, daß uns durch dieses Uebereinkommen ein unantastbarer Rechtstitel für die Annexion Bosniens und der Herzegowina gegenüber jedermann verliehen und für die Monarchie die sichere Aussicht eröffnet wird, mit der Türkei noch freundschaftlichere und herzlichere Beziehungen als bisher aufrechterhalten zu können, so darf man wohl zugeben, daß diese Opfer nicht umsonst gebracht wurden. Es ist zuversichtlich zu erwarten, daß die Signatarmächte die Nachricht von diesem Uebereinkommen mit Befriedigung aufnehmen werden. Wohl hat die Spannung der auswärtigen Lage, wenn sie auch noch nicht geschwunden ist, durch dieses Uebereinkommen um ein Bedeutendes nachgelassen; ungeklärt aber sind heute noch die politischen Beziehungen der Monarchie zu Serbien und Montenegro, die eine Reihe durchweg erfüllbarer und undurchführbarer politischer Forderungen aufgestellt haben. (Sehr richtig!) Getreu der Methode, die sich bei der Türkei bewährt hat, bestand auf seiten der Monarchie seit allem Anfang die Absicht, auch mit Serbien auf dem Wege direkter Verhandlungen zu einer Wiederherstellung normaler Beziehungen zu gelangen. Die Regierung hat in diesem Gedankengang sich durch keinerlei aus dem benachbarten Königreich herausdringenden Nachrichten aus ihrem Gleichmut und ihrer ruhigen Zurückhaltung herausdrängen lassen.

Die Regierung hat die Zeit wirken lassen, und es war vor kurzem nötig, der serbischen Regierung durch die Erklärungen unseres Gesandten in Belgrad Gelegenheit zu einer unmittelbaren Aussprache zu geben. Dank den Ratschlägen der Mächte ist in Serbien eine Wandlung zu einer realeren und praktischeren Politik nicht ausgeschlossen. In dieser Annahme wird Oesterreich-Ungarn gern bereit sein, die neuen Verhandlungen mit dem Königreich über wirtschaftliche und Verkehrsfragen mit dem größten Wohlwollen zu führen, wenn Serbien seine Haltung betreffend Bosnien geändert und die Erklärung abgegeben haben wird, daß es wieder zu einem korrekten und freundnachbarlichen Verhältnis zur Monarchie zurückkehren wolle. (Zustimmung.) Wenn sich also mit der Besserung der auswärtigen Lage die Aussichten auf Erhaltung des Friedens gehoben haben, so sind die internationalen Verhältnisse doch noch immer so geartet, daß sie Wachsamkeit, Bereitschaft und Zusammenfassung aller staatlichen Kräfte gebieterisch heischen. (Zustimmung.) Darum gilt es jetzt, Waffenstillstand zu halten und zurückzustellen, was sonst zu entzweien vermag, wie das auch in anderen Parlamenten zu ähnlichen Zeiten geschah. (Zustimmung.)

Auf die innerpolitische Lage übergehend, legte der Minister sein Arbeitsprogramm dar. Das engere für die Zeit vor Ostern umfaßt die baldige Erledigung des Rekrutenkontingents, einer Vorlage, die als staatliche Selbstverständlichkeit bezeichnet werden muß. Eine weitere, befristete Angelegenheit sind die Eisenbahnverstaatlichungsvorlagen. Das weitere Programm umfaßt eine ganze Anzahl Gesetzentwürfe von allgemeinem Interesse, insbesondere das Annexionsgesetz, die Sprachenvorlage und die italienische Rechtsfakultät.

Am Schlusse seiner Rede wurde der Ministerpräsident lebhaft beglückwünscht. Der Antrag des Abgeordneten Nemec (Soz.), über die Regierungserklärung die Debatte zu eröffnen, wurde abgelehnt. Die nächste Sitzung findet morgen statt. Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung der Rekrutenvorlage, im Einlauf befinden sich vier Dringlichkeitsanträge.

Italien.

Die Wahlen.

Rom, 10. März. Aus sämtlichen 508 Wahlbezirken liegen jetzt Nachrichten vor. Es sind 209 Ministerielle wiedergewählt, 57 neugewählt; Konstitutionelle Opposition 42 wiedergewählt, 2 neugewählt; Radikale 24 wiedergewählt, 12 neugewählt; Republikaner 12 wiedergewählt, 5 neugewählt; Sozialisten 18 wiedergewählt, 12 neugewählt; Katholiken 5 wiedergewählt, 11 neugewählt. Es finden 72 Stichwahlen statt. In 13 Wahlbezirken wird das Ergebnis der Wahlen von der Wahlprüfungskommission der Kammer entschieden werden; aus vier Wahlbezirken stehen die endgültigen Wahlresultate noch aus. An den Stichwahlen sind 144 Kandidaten beteiligt, davon 68 Ministerielle, 8 konstitionelle Opposition, 25 Radikale, 28 Sozialisten, 5 Katholiken, 3 Republikaner, 2 Christlichsoziale.

England.

Die Heeresvorlage.

London, 9. März. Das Unterhaus nahm nach zweitägiger Debatte, in deren Verlauf über verschiedene strategische Fragen verhandelt worden war, den Effektivbestand der Armee gemäß den von der Regierung im Budget vorgesehenen Aufstellungen an. Ein Antrag der Radikalen, die Heeresstärke um zehntausend Mann herabzusetzen, wurde mit 247 gegen 100 Stimmen abgelehnt.

Rußland.

Eine echtrussische Debatte.

Petersburg, 10. März. Die Reichsduma setzte heute die Debatte über den Etat des Ministeriums des Innern fort. Im Verlaufe der Diskussion sprach Deputierter Marko (extrem rechts) die Meinung aus, daß es notwendig sei, die Beamten des Ministeriums an ihre heiligste Pflicht zu erinnern, die Autokratie zu schützen. Von den Beamten werde häufig behauptet, in Rußland bestehe keine Autokratie, sondern eine Verfassung. Derartige Beamte gebe es hauptsächlich in Petersburg, die Schuld hieran falle auf den Gouverneur des Petersburger Gouvernements. In den Ausführungen einiger Vorredner seien Majestätsbeleidigungen enthalten gewesen, er spreche seine Verwunderung und das Bedauern darüber aus, daß solche Verbrechen im Dumasaal zugelassen würden. Diese Worte riefen stürmischen Beifall auf der rechten Seite des Hauses, lärmende Zwischenrufe und Zischen links und im Zentrum hervor. Nachdem Ruhe eingetreten war, erklärte Präsident Chomiakow, daß, solange das jetzige Präsidium im Amte sei, eine Majestätsbeleidigung niemals zugelassen werden würde. Einer solchen habe sich jedoch Markow in seiner Rede schuldig gemacht. (Andauernder Beifall im Zentrum und links.) Daraufhin reichte die extreme Rechte folgende Erklärung ein: Die Fraktion der extremen Rechten hat, da sie es für unzulässig erachtet, daß auf einem Dumaabgeordneten die Beschuldigung der Majestätsbeleidigung lastet, beschlossen, den Justizminister von dem Geschehenen in Kenntnis zu setzen, damit vor Gericht festgestellt werde, ob Markow eine Majestätsbeleidigung begangen hat, wie der Präsident behauptet, oder nicht, wie die Fraktion annimmt.

Die Interpellationskommission beschloß, eine Interpellation über die langjährigen sanitären Mißstände in Petersburg einzubringen. Der Bericht der Kommission wirft der Stadtverwaltung vollständige Untätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege vor.

Gapon.

Paris, 10. März. Der „Matin" veröffentlicht ein Schreiben des russischen Revolutionärs Rutenberg, worin dieser behauptet, daß er es gewesen sei, dem seiner Zeit vom Zentralausschuß der Revolutionäre der Auftrag erteilt worden sei, die Hinrichtung des Popen Gapon durchzuführen.

Jugendbewegung.

„Arbeiter-Jugend". Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 4 heben wir hervor: Utopisten. Von Hermann Duncker. — Das Erdbeben von Messina im Lichte der christlichen Weltanschauung. — Das Jugendheim. Von Max Frankenthal. — Der junge Goethe (mit Bild). — Der Generalmajor und die Arbeiterjugend. — Aus der deutschen Jugendbewegung (Kiel, Königsberg). — Politik, Gewerkschaftsbewegung, Kriegsschauplatz usw. — Beilage: Junger Glaube. Gedicht von H. Thurow. — „Das sind die Arbeitsmänner." Von Ernst Alnsloh. — Der Königsleutnant. Von Goethe. — Sprüche, Wissen und Leben usw. — Prometheus. Von Goethe.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Die „Märzzeitung" ist soeben im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Sie geht diesmal über den Rahmen eines Gedenkblattes des Völkerfrühlings hinaus, sie feiert nicht nur die Freiheitskämpfe vergangener Tage, sie führt bis in die lebende Gegenwart hinein. H. Ströbel schreibt über die Wahlrechtskämpfe unserer Tage und auch der Artikel F. Mehrings „Der Druck von Außen", der die Massenkundgebungen des Proletariats in den Revolutionen des 17., 18. und 19. Jahrhunderts schildert, geht aus von Erscheinungen der Gegenwart und zieht seine Folgerungen für die Zukunft. An die Frauen wendet sich der Beitrag Berta Selingers „In den Kampf, Proletarierinnen", an die Jugend der Artikel: „Wohlauf, ihr jungen Herzen" von Hans Block. Paul Umbreit schreibt „Von den Gelben". Andere Artikel, Gedichte, Glossen und Epigramme vervollständigen den Inhalt des 16 Seiten starken Heftes.

Das Blatt trägt reichen und trefflichen Bilderschmuck. Das Titelblatt zeigt die Abbildung einer der gewaltigsten Skulpturen des großen Belgiers Konstantin Meunier. Ihm war der stolze Trotz des klassenbewußten Arbeiters, der den Kampf mit einer Welt von Feinden aufgenommen hat, die größte Offenbarung und die höchste künstlerische Eingebung. Diesen stolzen Trotz gestaltete er in den ehernen Zügen des Bergarbeiters, den das Titelbild zeigt. Der Schweizer Steinlen, dessen anklagende Schilderungen proletarischen Lebens mit zu dem Wirkungsvollsten gehören, was der Zeichenstift darüber zu sagen vermag, ist mit drei Zeichnungen „Revolution", „Das gelbe Aufgebot" und „Wann kommt unser Tag?" vertreten. Verherrlichend zeigt er die anspornende Kraft des Weibes; in ihr sieht er das Feuer der Revolution verkörpert. Unerbittlich grausam ist er in seinem Hohn gegen unsere Gegner. Er weiß, daß sie im Interesse des Fortbestandes ihrer Herrschaft jeden Augenblick bereit sind, sich mit der gemeinsten Niedertracht zu verbrüdern. Mitten im Kampf leuchtet ihm aber auch die Zukunft: klar sieht er in seiner Phantasie den kommenden Tag einer befreiten Menschheit aufdämmern. Daß dieser kommen wird, ist ihm kein Zweifel und in der Frage nach dem Wann lebt sein stolzer Glaube an diese, an unsere Zukunft.

Bergarbeiterlos nennt unser italienische Genosse Sortini die ergreifende plastische Gruppe, deren Abbildung die Nummer enthält: ein bei der Arbeit gefallener Bergmann, den die Seinen forttragen. Ein großes wuchtiges Mittelbild von Legros symbolisiert den opferreichen Leidensweg der Freiheit. Vier Zeichnungen Daumiers, des genialen französischen Karikaturisten zeigen, wie lebendig die Schöpfungen seines Stils noch nach Jahrzehnten sind.

Das Heft kostet 20 Pf.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Unbefangene Richter.

Genosse Brenner vom Braunschweiger „Volksfreund" wurde vom Schöffengericht Braunschweig wegen Beleidigung zweier Straßburger Reichsverbändler zu 40 M. Geldstrafe verurteilt. Bereits im Januar fand ein Termin in dieser Sache statt; damals lehnte Genosse Brenner die Richter als befangen ab, weil sie Mitglieder des Reichsverbandes sind. Die Zugehörigkeit zum Verbande konnte nicht in Abrede gestellt werden, allein das Landgericht, und auf weiter geführte Beschwerde auch das Oberlandesgericht erklärten, daß daraus keine Befangenheit des Richters und der Schöffen hergeleitet werden könne. Der Reichsverband wird in der Begründung des ablehnenden Bescheides als ein Verein bezeichnet, der nicht mit anderen Vereinen zu vergleichen sei, weil er weit lockerer gefügt sei als diese. Damit vergleiche man die Ansicht der deutschen Gerichte, wenn ein sozialdemokratischer Redakteur von einem Reichsverbändler wegen des ganz allgemein gehaltenen Wortes „Reichslügenverband" gerichtlich belangt wird. — In solchen Fällen stellen sich die höheren Gerichte regelmäßig auf den Standpunkt, daß der Reichsverband ein festgeschlossener Verein sei, dessen Mitglieder sich alle durch eine beleidigende Bezeichnung des Verbandes beleidigt fühlen und klagen könnten.

Das Schöffengericht billigte übrigens unserem Genossen Brenner den Schutz des § 193 in vollem Umfange zu und erkannte nur wegen formaler Beleidigung auf die Geldstrafe.

Gewerkschaftliches.

Ein berühmter Streikbrecheragent als Kautionsschwindler.

Ein „Bureau zur Beschaffung von Arbeitswilligen" eröffnete seinerzeit der Bauunternehmer Otto Genske in Berlin. Er verpflichtete sich, besonders bei Bauarbeiterstreiks Arbeitswillige zu liefern. Aber das Geschäft ging schlecht, herzlich schlecht. Er nahm im Januar vorigen Jahres nur 1 M., im Februar 15 M. ein, erst im Mai brachte er es auf 400 M. Auf eine Schuftigkeit mehr oder weniger kam es nun dem smarten Geschäftsmann Genske nicht an und da er es einmal auf die Schädigung der Arbeiter abgesehen hatte, so prellte er jetzt seine Angestellten. Er schwindelte ihnen vor, sein Geschäft ginge ausgezeichnet, sicherte ihnen 130 Mark monatliches Gehalt vor und brachte sie dadurch dahin, daß sie ihm eine Kaution stellten. Er versprach, diese auf einer Bank zu hinterlegen, tat das aber nicht. In fünfzehn Fällen erschwindelte er so durchschnittlich je 600 M. Vom Landgericht Berlin I bekam er dafür ein Jahr Gefängnis und zwei Jahre Ehrverlust. Das Reichsgericht bestätigte das Urteil.

Uns kamen die Verträge, die Herr Genske mit seinen Angestellten schloß, schon von Beginn an sehr merkwürdig vor. Durch Inserate aufmerksam gemachte Stellungsuchende, die dieserhalb bei uns vorsprachen, haben wir auch unumwunden unsere Meinung darüber gesagt. Vor der Oeffentlichkeit kann man das leider nicht so deutlich, daß Leute a la Genske hinreichend genug gekennzeichnet sind, um ihnen das Handwerk zu legen. Wenn noch niemand bei ihm hineingefallen ist, erzielt ein gewiegter Betrüger gegen wohlmeinende Warner sehr leicht eine Verurteilung wegen Beleidigung und spielt dann den Entrüsteten über ihm zugefügte „Verleumdungen". Und im Falle Genske hätte natürlich die Scharfmacherpresse dem „Vorwärts" gegenüber mit Wonne in dasselbe Horn geblasen. Ob sie sich ihres Schützlings aus der Zeit des Berliner Maurerstreiks erinnern wird und ob sie ehrlich genug sein wird, ihren Lesern auch seinen Fall mitzuteilen?

Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung der Bauanschläger.

Als die Arbeitgeber den Tarif der Bauanschläger kündigten, da hieß es, sie wollten die Lohnsätze des alten Tarifs nicht herabsetzen, sondern nur regulieren. Wie sich die Arbeitgeber die Regulierung des Tarifs denken, das haben sie nunmehr bekundet. Kürzlich fanden Verhandlungen von Vertretern beider Teile statt und da legten die Arbeitgeber einen Tarifentwurf vor, der für eine große Reihe der zahlreichen Akkordpositionen bedeutende Herabsetzungen bringt. 20, 25, 33, ja 40 Prozent sollen nach dem Willen der Arbeitgeber auf viele Positionen abgezogen werden. Nur eine einzige Position wollen die Arbeitgeber erhöhen, nämlich den Stundenlohn. Er soll von 65 auf 70 Pf. erhöht werden. Dies „Zugeständnis" können sich die Arbeitgeber jedoch ohne Schaden leisten, denn die Bauanschläger arbeiten so gut wie ausschließlich im Akkord — Lohnarbeit kommt fast niemals vor. Ein Teil der alten Sätze des Tarifs ist unverändert geblieben. Die Vorlage der Unternehmer wurde durch die Kommission der Arbeiter einer am Dienstag abgehaltenen Versammlung der Bauanschläger vorgelegt. Handke vom Deutschen Metallarbeiterverband gab eine Darstellung der Verhandlungen und überließ es der Versammlung, sich darüber zu entscheiden, ob sie dem Tarif der Unternehmer zustimmen oder ihn ablehnen wolle. Unter den zahlreichen Diskussionsrednern herrschte nur eine Meinung darüber, daß die Tarifvorlage unannehmbar sei. Ja selbst die zugestandene Erhöhung des Stundenlohns sei in Wirklichkeit keine Erhöhung, denn schon bisher habe sich wohl kein Anschläger in den seltenen Fällen der Lohnarbeit mit 65 Pf. pro Stunde begnügt. Alle Redner traten für strikte Ablehnung der Tarifvorlage ein. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammlung der Bauanschläger Berlins und der Umgegend nimmt Kenntnis von dem Vorhaben der Arbeitgeber, welches darauf gerichtet ist, die bisherigen Akkordpreise zu reduzieren. Da aber die Preise für die einzelnen Arbeiten schon im Jahre 1905 bei Abschließung des gegenwärtigen Tarifs in minimaler Weise festgesetzt wurden, so kann die Versammlung einer Verschlechterung der Akkordpreise nicht zustimmen. Deshalb erteilt die Versammlung der Kommission die Vollmacht, den Arbeitgebern diese Auffassung der Anschläger mitzuteilen. Ferner wird die Kommission beauftragt, die Verhandlungen mit den Arbeitgebern in der Weise zu pflegen, daß eine Verbesserung des Tarifs zustande kommt."

Achtung, Herren- und Knabenkonfektionsschneider und Schneiderinnen!

Martin u. Flatow, Kurstraße 30, haben die Vermittelung von Streikarbeit für die Firma Rosenblatt, Gotha, übernommen. Als Ausreißer haben sich die Zwischenmeister Elias, Elisabethstr. 61, Lowien, Strausberger Straße 15, Heymenk, Hochmeisterstr. 17, und Spitz, Hirtenstr. 21, zur Verfügung gestellt.

In Gotha streiken die Konfektionsschneider, weil sie sich mit den niedrigen Löhnen von 13, 17 und 18 Pf. pro Stunde nicht mehr zufriedengeben wollen. Angesichts solcher Löhne ist eine Lohnforderung gewiß berechtigt.

Die Berliner Konfektionäre weisen den Berliner Arbeitern gegenüber stets auf die Konkurrenz der Provinz hin. Stellen die Arbeiter in der Provinz Forderungen, so übernehmen sie Streikarbeit und züchten so die Konkurrenz im Lande draußen.

Vom Verband der Schneider sind die Zwischenmeister darauf aufmerksam gemacht, daß ihnen Streikarbeit in Auftrag gegeben ist. Mit Ausnahme von Spitz, Hirtenstr. 21, haben alle die weitere Anfertigung von Streikarbeit abgelehnt. Spitz hingegen ist auf seine Tätigkeit im Interesse des Unternehmers stolz. Er würde aber auch bereit sein, die Arbeit zu verweigern, wenn ihm der Verband der Schneider für zweieinhalb Wochen den Betrag von 150 M. bezahlen würde. Das ist, so erklärt er, der Lohnausfall, der ihn in dieser Zeit bei Verweigerung der Streikarbeit treffen würde. Armer Zwischenmeister!

Die Gothaer Schneider verlangen für die hier in Betracht kommende Arbeit 1,35 M., wogegen die Firma Martin u. Flatow an einen Arbeiter 1,20 M., an den anderen 1,40 M. zahlt. Es entspricht den Charaktereigenschaften dieser Leute, sich beim Anfertigen von Streikarbeit selbst noch zu unterbieten. Das von Spitz an den Verband gestellte Ansinnen, ihm den Lohn für die Streikarbeit aus der Verbandskasse zu zahlen, ist ein Streich, den in ähnlicher Lage einige andere Zwischenmeister vor drei Jahren verübt haben. Damals handelte es sich um Elberfelder Streikarbeit und wurde dieselbe vom Verband der Schneider aufgekauft.

In einer Versammlung der Berliner Herren- und Knabenkonfektions-Zwischenmeister konnten wir uns davon überzeugen, daß die für die Uebernahme von Streikarbeit in Betracht kommenden Zwischenmeister sich hier als Mitglieder des Vereins aufspielten. Ob dieser Verein dem gelben Arbeiterbund angeschlossen ist, wissen wir nicht.

An den bei Zwischenmeistern beschäftigten Arbeitern wird es liegen, ob von dieser Seite der Unfug und die Schädigung der Arbeitersache weiter betrieben wird. Alle Konfektionsschneider werden ersucht, Streikarbeit zurückzuweisen und die Organisation in Kenntnis zu setzen.

Verband der Schneider und Schneiderinnen, Filiale Berlin I.
Die Ortsverwaltung: Michael-Kirchplatz 1, part.

Verlängerung des Tarifvertrages der Steinmetzen.

Die Filiale I des Steinarbeiterverbandes hielt am Dienstag in der „Lebensquelle" eine zahlreich besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in der als erster Punkt der Bericht über die Tarifverhandlungen mit den Unternehmern auf der Tagesordnung stand. Der Tarifvertrag der Steinmetzen ist, nachdem er von den Unternehmern gekündigt wurde, am 1. März abgelaufen. Inzwischen hat, wie der Vorsitzende Winkler berichtete, eine Sitzung mit den Unternehmern stattgefunden, an der von Arbeiterseite der Gesellenausschuß sowie die Vertreter der Ortsverwaltung teilnahmen. Zu eigentlichen Verhandlungen ist es dabei jedoch nicht gekommen. Die Unternehmer erklärten, daß sowohl die Innung wie der Verband der Steinmetzgeschäfte ihrerseits beschlossen hätten, den Tarifvertrag unverändert auf ein Jahr und einen Monat, also bis zum 31. März 1910, zu verlängern. Die Vertreter der Arbeitnehmer hielten es nicht für zweckmäßig, dieses Angebot abzulehnen. Der Redner empfahl nun im Namen der Ortsverwaltung und des Gesellenausschusses der Versammlung, der Verlängerung des Tarifvertrages ebenfalls zuzustimmen. Es sei ja klar, daß die Unternehmer ihr Angebot nicht etwa machten, um den Ablauf des Tarifs auf eine für die Arbeiter günstigere Zeit zu verlegen, und es sei ja hinreichend bekannt, was das gesamte Unternehmertum zum 1. April 1910 plane, aber das könne kein Grund sein, den Vorschlag abzulehnen. Es komme eben nur darauf an, in der Zwischenzeit so zu agitieren und zu organisieren, daß die Steinmetzen wie die gesamte Arbeiterschaft zu jenem Zeitpunkte stark gewappnet dastehe. — Die Versammlung erklärte sich mit der vorgeschlagenen Verlängerung des Tarifvertrages gegen wenige Stimmen einverstanden.

Hierauf beschäftigte die Versammlung sich mit einem Antrag der Ortsverwaltung und der Platzvertretersitzung auf Zahlung einer einmaligen Notstandsunterstützung an die von der Arbeitslosigkeit am schwersten betroffenen Mitglieder. Demgemäß wurde beschlossen, daß alle, die über 4 Wochen arbeitslos sind und mindestens 1 Jahr dem Verbande angehören, welche Bedingung jedoch nicht für diejenigen gilt, die erst aus der Lehre getreten sind, die Unterstützung erhalten sollen, und zwar bei über 4 Wochen Arbeitslosigkeit 4 M., bei über 8 Wochen 8 M. und bei über zwölf Wochen 12 M., wozu noch ein Zuschlag von 50 Pf. für jedes Kind unter 14 Jahren kommt. Kranke und von der Krankenkasse ausgesteuerte Mitglieder erhalten 12 Mk. Ferner soll an durchreisende, vom Verband ausgesteuerte Mitglieder ein Ortsgeschenk in der Höhe der Reiseunterstützung gezahlt werden. Die Unkosten dieser Notstandsunterstützungen sollen, soweit möglich, durch eine Extrasteuer von 2 M. gedeckt werden, die in 4 Raten zu zahlen ist, und zwar bis zum 1. Oktober dieses Jahres. Da gegenwärtig die Steinmetzen, die überhaupt noch Arbeit haben, meist mit einem sehr verringerten Einkommen rechnen müssen, hat man die Erhebung der Extrasteuer so lange hinausgeschoben.

Achtung, Dachdecker Berlins und Umgegend! Wegen Nichtinnehaltung des Tarifvertrages ist die Firma Louis Herrmann, Prinzen-Allee 73, bis auf weiteres für jeden Dachdecker gesperrt. Herr Herrmann bietet den Dachdeckern einen Stundenlohn von 75 Pf., während der tariflich festgesetzte Stundenlohn 82½ Pf. beträgt.

Zentralverband der Dachdecker.
Verwaltungsstelle Berlin.

Deutsches Reich.

Die Former und Gießereiarbeiter der Firma Bobzin in Ueckermünde sind in den Ausstand getreten, um eine Lohnreduktion abzuwehren. — Vor Zuzug wird gewarnt.

Der Kampf der Eulengebirgsweber.

Treu und mit froher Zuversicht stehen die um ihre Existenz ringenden Weber und Weberinnen der „Vereinigten Buntwebereien vormals B. Neugebauer Söhne und Karl Postpischil", im Kampfe. Der bestreikten Firma ist es bis zur Stunde noch nicht gelungen, auch nur einen einzigen der Streikenden wankend zu machen. Durch die am 22. Februar erfolgte Kündigung der Hilfsarbeiter hat sich die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten auf 500 Personen erhöht. Die bisher gepflogenen Verhandlungen sind zum Stillstand gekommen. Die noch im Betrieb befindlichen Webereiaufseher versuchten am 3. März die Firma auf Grund des alten Lohntarifs zur Verhandlung zu bewegen. Die Vertreter der Firma sagten zu, nur verlangten sie, daß von seiten der Arbeiter geeignete Vorschläge gemacht werden sollten. Der Streikleitung gelang es mit schwerer Mühe, die Weber dahin zu bringen, daß der Beschluß gefaßt wurde, in eine Lohnreduktion von 10 Pf. pro Stück zu willigen. Da nun drei bis vier Stücke pro Woche gewebt werden können, so hätte die Lohnreduktion immer noch pro Woche bis zu 40 Pf. betragen. Für die Firma wäre die erkleckliche Summe von über 6000 M. pro Jahr als Extraprofit herausgeschlagen worden. Das Anerbieten der Arbeiter wurde von seiten der Firma jedoch zurückgewiesen. Auf Grund des alten Lohntarifs werde überhaupt nicht verhandelt. Auch auf Grund des neuen Lohntarifs könnten weitere Zugeständnisse nicht gemacht werden. Es soll bei der horrenden Lohnreduktion von über 3 M. pro Woche bleiben! Der Versuch der Webereiaufseher, den Frieden herbeizuführen, war also an der Hartnäckigkeit der Herren gescheitert. Am Sonnabend, den 6. März, versuchte die Firma eine neue Maßnahme. Drei Aufseher, der Blattstecher, sowie ein Warenbeschauer und der Expedient, also sechs Personen mit zusammen 23 Kindern, erhielten die Kündigung, weil deren Frauen nicht als Streikbrecher in die Fabrik kamen. Aber zur Ehre der übrigen Webereiaufseher sei es gesagt, das Solidaritätsgefühl bewirkte auch hier Wunder. Auf den einmütigen Protest derselben und die Ankündigung hin, daß einer für alle und alle für einen ständen, wurde die Kündigung wieder zurückgenommen. Einer der gekündigten Aufseher begrüß am Kündigungstage seine Frau. Er erhielt die Kündigung durch den Briefträger an der Totenbahre zugestellt. Des weiteren sollten die Arbeiter der Firma Erxleben in Weigelsdorf Streikarbeit machen. Mit seltener Einmütigkeit erklärten diese sich dagegen. Nach wie vor steht also die Situation günstig.

Ausland.

Für die Arbeitslosen in Dänemark.

Der im Dezember vorigen Jahres zur Beratung des sozialdemokratischen Gesetzentwurfs über außerordentliche Maßnahmen zur Linderung der Not der Arbeitslosen eingesetzte Folkethingsausschuß hat nun endlich sein Gutachten abgegeben. Die Vertreter aller Parteien sind sich darüber einig, daß zurzeit eine außerordentlich große Arbeitslosigkeit herrscht, und erkennen auch die bedeutende und tüchtige Arbeit an, die die Gewerkschaften mit ihrer Arbeitslosenstatistik geleistet haben, wünschen jedoch, daß in Zukunft der Staat solche Erhebungen veranstaltet. Auch darüber ist der Ausschuß sich einig, daß außerordentliche Maßnahmen nötig sind, um den Folgen der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, und daß den Arbeitslosenkassen außerordentliche Zuschüsse gewährt werden müßten, damit sie, ohne ihren Mitgliedern allzu schwere Lasten aufzuerlegen, ihren Verpflichtungen nachkommen und überdies auch die ausgesteuerten Mitglieder unterstützen können.

Hinsichtlich der praktischen Vorschläge hat der Ausschuß sich in eine Mehrheit und zwei Minderheiten geteilt. Die Mehrheit will den Kommunen für das laufende und das folgende Budgetjahr das Recht erteilt wissen, außerordentliche Zuschüsse zu den Arbeitslosenkassen zu geben, jedoch ohne Vergütung aus der Staatskasse. Dagegen wünscht die Mehrheit, daß zu den kommunalen Hilfskassen neben dem ordentlichen Staatsbeitrag von 250 000 Kronen ein außerordentlicher Zuschuß von 50 000 Kronen bewilligt werde. Ferner soll der Stadt Kopenhagen von den zur Linderung der Not dem Unterstützungsverein überwiesenen 340 000 Kronen ein Drittel aus Staatsmitteln ersetzt werden, und außerdem will man der Hauptstadt das Recht zugestehen, die Einkommensteuer von den gesetzlich festgelegten 2½ auf 2¾ Proz. zu erhöhen, doch nur für ein Jahr. — Die sozialdemokratische Minderheit des Ausschusses hält demgegenüber an dem von ihrer Fraktion eingereichten Gesetzentwurf fest, wonach die Kommunen das Recht haben sollen, sowohl zu den Arbeitslosen- wie zu den Hilfskassen Zuschüsse zu geben, die über das dauernd festgelegte Maß hinausgehen und diese Zuschüsse aus der Staatskasse zur Hälfte und bis zu einer Höchstsumme von 50 Oere pro Einwohner ersetzt erhalten sollen. Die Hilfe, die auf Grund dieses Notgesetzes geleistet wird, soll selbstverständlich nicht als Armenunterstützung gelten. Unsere Genossen haben ihrem Vorschlage eine ausführliche Begründung beigegeben, aus der hervorgeht, daß die Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder, die im November vorigen Jahres 18 042 betrug, am 23. Januar bereits auf 20 445 oder 25 Proz. der Gesamtzahl der organisierten Arbeiterschaft gestiegen war. Inzwischen sind noch mindestens 5000 Arbeitslose hinzugekommen. Außerdem muß noch damit gerechnet werden, daß rund 15 000 Leute erwerbslos sind, die keiner gewerkschaftlichen Organisation angehören.

Daß die Ueberzeugung von der Notwendigkeit außerordentlicher Hilfe auch bei den reaktionärsten Parteien Eingang gefunden hat, dafür zeugt ein besonderer Vorschlag des konservativen Ausschußmitgliedes Birck, der verlangt, daß den Gewerkschaften, die selbst außerordentliche Mittel zur Unterstützung ihrer Arbeitslosen aufweisen, auch außerordentlicher Staats- und Gemeindezuschuß in derselben Höhe zuteil werde, und daß aus der Staatskasse 150 000 Kronen dafür zur Verfügung gestellt werden, und ferner, daß zehn Millionen Kronen Staatsgelder zur Förderung der öffentlichen Arbeiten im Interesse der Arbeitslosen bewilligt werden sollen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der russische Ratschlag und die serbische Antwort.

Wien, 10. März. Die „freundschaftlichen Vorstellungen", welche die russische Regierung am 2. d. M. in Belgrad erhob, lauteten: Wir konstatieren mit Befriedigung, daß die Königliche Regierung bei ihrem Beschluß verharrt, ihre **friedliebende Haltung** nicht aufzugeben, daß sie alles vermeidet, was einen **bewaffneten Konflikt** zwischen Serbien und Oesterreich herbeiführen könnte und daß sie **keine militärischen Maßnahmen an der Grenze** treffen wird. Wir sind überzeugt, daß die Lebensinteressen Serbiens, Serbien imperativ diese Richtung einer Haltung diktiere, welche einzig und allein den allgemeinen heutigen Bedürfnissen entspricht. Wir konnten uns außerdem überzeugen, daß **die Mächte nicht disponiert** sind, der Idee der **territorialen Forderungen** zugunsten Serbiens ihre Unterstützung zu leihen. Die serbische Regierung sollte daraus den Schluß ziehen, daß alle ihre Bemühungen, die Mächte zur Unterstützung der Prätensionen in diesem Sinne zu bestimmen, **ohne Resultat bleiben** werden und daß sie sich die Sympathien der Mächte nur so bewahren kann, wenn sie von den territorialen Forderungen absteht, welche sie zu einem bewaffneten Konflikt mit Oesterreich-Ungarn führen könnte. Uns liegt es am Herzen, die Königliche Regierung vor jeder solchen Haltung zu bewahren, welche sie einer solchen Gefahr aussetzen könnte. Wir hoffen, daß Serbien, wie es schon erklärte, seinen Versprechungen, den Ratschlägen der Großmächte zu folgen, treu bleiben wird. Wir halten gleichzeitig dafür, daß die serbische Regierung unter den gegebenen Verhältnissen den Großmächten offen erklären wird, daß sie bei ihren **territorialen Forderungen nicht verbleibt**, und daß sie alles, was sich auf die Lösung der offenen Fragen bezieht, dem **Beschluß der Großmächte überläßt**. Dann werden die Mächte alle ihre Mühen zugunsten der serbischen Interessen verwenden können.

Die Antwort der serbischen Regierung an die Signatarmächte lautet:

Von der Ansicht ausgehend, daß die rechtliche Lage Serbiens gegenüber Oesterreich-Ungarn nach der Proklamation der Annexion Bosniens und der Herzegowina **normal geblieben** ist, hat Serbien **weder die Absicht, einen Krieg mit der benachbarten Monarchie zu provozieren**, noch wünscht es seine rechtlichen Beziehungen zu derselben zu ändern, indem es fortfährt auf Grund der Gegenseitigkeit seine nachbarlichen Pflichten zu erfüllen und mit ihr die in der Vergangenheit gehabten Beziehungen zu unterhalten, welche den gegenseitigen materiellen Interessen entspringen. Im Geiste des Standpunktes, welchem sich Serbien stets untergeordnet hat, daß die bosnisch-herzegowinische Frage **eine europäische Frage** ist, und daß es den Signatarmächten des Berliner Vertrages zukommt, sowohl bezüglich der Annexion als auch bezüglich der neuen Redaktion des Artikels 25 des Berliner Vertrages **die Entscheidung zu fällen**, übergibt Serbien, auf die Weisheit und die Gerechtigkeit der Mächte vertrauend, seine Sache ohne Reserve ihnen **als den kompetenten Richtern** und verlangt bei diesem Anlaß von Oesterreich-Ungarn **keine Entschädigungen weder territoriale noch politische noch ökonomische.**

Schneestürme und Ueberschwemmung.

Bukarest, 10. März. (W. H.) Seit zwei Tagen wüten **furchtbare Schneestürme** in ganz Rumänien, der Verkehr ist **verschiedentlich völlig unterbrochen**, das Geschäftsleben stockt, zahlreiche Unfälle sind zu verzeichnen. In der Moldau sind **große Ueberschwemmungen** eingetreten, **zahlreiche Eisenbahnlinien sind unterbrochen, die Stadt Berlad steht unter Wasser.**

Der amerikanische Zolltarif.

Washington, 10. März. (W. T. B.) Die neue Tarifvorlage sieht Maximal- und Minimalzölle vor. Die letzteren sind, wie verlautet, durchschnittlich um **zwanzig Prozent niedriger als die Maximalzölle.**

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Abgeordnetenhaus.

50. Sitzung, Mittwoch, den 10. März 1909, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Freiherr v. Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht zunächst ein Bericht der Geschäftsordnungskommission betreffend die Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung eines Redakteurs wegen Beleidigung des Abgeordnetenhauses.

Es handelt sich um einen Artikel in der „Görlitzer Volkszeitung", in dem das Abgeordnetenhaus mit Rücksicht auf die Verhandlungen über die Wahlrechtsreform mit einer Schafherde verglichen wird.

Das Haus beschließt gemäß dem Antrage der Kommission debattelos, die Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung zu versagen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Linden.

Abg. Leinert (Soz.)

kritisiert einzelne Bestimmungen der Eingemeindungsverträge: Infolge der hannoverschen Städteordnung, die ein Hohn auf jede Vernunft ist, verlieren eine ganze Reihe von Einwohnern der Ortschaften, welche eingemeindet werden sollen, ihr Wahlrecht und müssen es sich erst kaufen. Ich möchte daher an die Regierung die Anfrage richten, wann die zu erwartende neue Städteordnung für Hannover kommt. Ferner sind in den Verträgen ganz unangebrachte Bevorzugungen der Grundbesitzer in bezug auf die Steuern vorgesehen. Die Wertzuwachssteuer soll erst in sechs Jahren in Kraft treten, während doch gerade jetzt sehr große Wertsteigerungen des Grund und Bodens zu erwarten sind. Das ist eine ungerechte Bevorzugung der jetzigen Grundbesitzer. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nach weiterer kurzer Debatte geht die Vorlage an die verstärkte Gemeindekommission.

Hierauf wird die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Heranziehung der Beamten zur Gemeindeeinkommensteuer fortgesetzt.

Abg. Viereck (frk.) begründet die Einfügung eines neuen § 1a, wonach in den Gemeinden, in denen neben der Gemeindeeinkommensteuer Schulbeiträge für öffentliche Volksschulen (Schulsozietätsbeiträge) erhoben werden, es bis zur Einführung des Volksschulunterhaltungsgesetzes bei den alten Vorschriften verbleiben soll. Jedenfalls solle aber die Summe der vom dienstlichen Einkommen zu entrichtenden Gemeindeeinkommen- und Schulbeiträge von 125 Proz. der Staatseinkommensteuer nicht übersteigen.

Ein Regierungskommissar wendet sich aus formellen und materiellen Gründen gegen den Antrag.

Abg. Dr. v. Kries (k.) hält den Antrag aus finanziellen Gründen für nicht durchführbar und empfiehlt eine Resolution, wonach eine Mehrbelastung der Beamten in den Landesteilen, in denen noch Sozietätsschulen bestehen, baldigst beseitigt werden soll.

Abg. Dr. Heisig (Z.) wendet sich gegen den Antrag Viereck.

Abg. Lusensky (natl.) erkennt die Tendenz des Antrages Viereck als berechtigt an.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (frk.) hält die Gründe, die gegen den Antrag geltend gemacht worden sind, für nicht durchschlagend.

Abg. v. Jazdzewski (Pole) erklärt sich gegen den Antrag.

Damit schließt die Besprechung. In der Abstimmung wird der Antrag Viereck abgelehnt, die Resolution v. Kries angenommen.

§ 2 bestimmt, daß das Kommunalsteuerprivileg nur für die Beamten wegfallen soll, die nach dem 31. März 1909 eingetreten sind.

Abg. Reinbacher (frs. Vp.) befürwortet einen Antrag, der diese Beschränkung beseitigen und nur den Militärpersonen das Privileg belassen will.

Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt.

Der Rest des Gesetzes wird debattelos erledigt.

Es folgt die erste Beratung der Novelle zum Stempelsteuergesetz.

Abg. Dr. v. Kries (k.): Das Gesetz ist von dem Abgeordnetenhause in einer Resolution gewünscht worden und bildet den Schlußstein der Beamtenbesoldungsreform. Die Einzelheiten werden in der Kommission zu prüfen sein. Durch die Erhöhung der Jagdscheinabgaben werden namentlich die kleinen Leute betroffen werden. Vielleicht kann man diese Abgabe für reiche Leute, die lediglich zu Sportzwecken jagen, höher bemessen. Redner beantragt Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Fleuster (Z.) äußert ebenfalls Bedenken gegen eine höhere Besteuerung der Jagdscheine und Jagdpachtverträge.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage. Bedauerlich ist, daß die Pachtverträge jetzt weniger herangezogen werden sollen als die Mietsverträge und daß man nicht einen Fideikommißstempel eingeführt hat.

Finanzminister v. Rheinbaben

verteidigt die erhöhte Besteuerung der Jagdscheine. Die frühere, viel wesentlichere Erhöhung hat keine Verringerung der Jagdscheine zur Folge gehabt. Herr Fleuster verlangte eine ermäßigte Jagdscheingebühr für Familien. Er will offenbar das Kinderprivileg auch auf diese Steuer ausdehnen. (Heiterkeit.) Die Erledigung des Fideikommißstempels wird besser dem zu erwartenden allgemeinen Gesetz über die Fideikommisse vorbehalten. Ein Entwurf zu dieser Materie ist schon ausgearbeitet.

Abg. Lüdicke (fk.) erklärt die Bereitwilligkeit seiner Freunde, in der Kommission an dem Zustandekommen der Vorlage mitzuarbeiten.

Abg. Traeger (frs. Vp.): Wir erkennen die Notwendigkeit, die hier geforderten Mittel aufzubringen, an und sind auch mit der Art der Aufbringung im allgemeinen einverstanden. (Im einzelnen bleiben die Ausführungen des Redners auf der Tribüne unverständlich.)

Abg. Heimann (Soz.):

Meine Freunde sind an dem Beschluß, der die Grundlage dieses Gesetzentwurfes bildet, nicht beteiligt gewesen und daher im Prinzip mit der ganzen Vorlage nicht einverstanden. Wenn wir eine nicht unbedingt ablehnende Haltung einnehmen sollten, so könnte das nur geschehen, wenn an Stelle der neuen Steuern Zug um Zug andere Steuern zum Fortfall gebracht würden. Beispielsweise wenn das zu besteuernde Existenzminimum von 900 auf 1200 M. heraufgesetzt würde. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Selbstverständlich aber hindert unsere prinzipielle Stellung meine Freunde nicht daran zu den einzelnen Positionen Stellung zu nehmen. So haben wir von unserem Standpunkt aus nicht das geringste einzuwenden gegen die einzige neue Steuer unter den im Entwurf vorgeschlagenen: die staatliche Zuschlagsteuer zu den Sätzen der Kreisabgaben für Jagdscheine. Auch mit der Erweiterung der Anwendung des staatlichen Auflassungsstempels sind wir einverstanden. Wir halten dafür, daß die

Unterbindung der Grundstücksspekulation

und der dadurch bedingten Heraufschraubung des Wertes der Grundstücke, die von den Terraingesellschaften mit großem Geschick betrieben wird, nur von Vorteil sein kann. Die Grundstücksbesitzer bilden ja heute aus ihrem Grundbesitz sehr häufig Gesellschaften mit beschränkter Haftung, und die Anteile dieser Gesellschaften werden dann zu Preisen veräußert, die die Wertsteigerung der Grundstücke schon in sich schließen. Im ersten Halbjahr 1908 sollen 180 derartige Gesellschaften gegründet worden sein; bei den meisten derselben wurde, um die Stempelkosten möglichst zu verringern, das Kapital auf den kleinsten zulässigen Betrag von 20 000 M. beschränkt, obwohl es sich häufig dabei um Millionenobjekte handelt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Zeitungsnachrichten zufolge hat der Herr Finanzminister die Oberzolldirektion angewiesen, durch Einsichtnahme in gewisse Gesellschaftsverträge nachzuprüfen, ob und in welchem Umfange Steuerhinterziehungen durch solche Gesellschaften begangen werden. Wir freuen uns, daß diese vorbereitenden Maßnahmen so rasch zu gesetzlichen Anordnungen Veranlassung gegeben haben.

Ganz anders stehen wir nun aber zu vielen anderen Positionen. So können unbillige Härten entstehen durch Verdoppelung des Steuersatzes für Legalisation von Urkunden. Die lebhaftesten Bedenken haben wir gegen die Verdoppelung der Steuern für Genehmigung von Lustbarkeiten durch die Ortspolizeibehörde und gegen die zehnfache Erhöhung der Steuer für Genehmigung der Verlängerung der Polizeistunde für einzelne Wirtshäuser. Das Gastwirtsgewerbe ist heute schon durch die Gewerbesteuer, Mietssteuer, Schank- und Konzessionssteuer sehr belastet, abgesehen von den vielfach bestehenden kommunalen Lustbarkeitssteuern. Es liegt daher kein Grund vor, dieses Gewerbe, das häufig genug unter schwierigen Verhältnissen zu leiden hat, noch mehr zu schröpfen.

Von der Einführung eines hohen Stempels für die Erlaubniserteilung zum Betriebe des Gesindevermieter- oder Stellenvermittelungsgeschäftes von 50 bis 500 Mark befürchten wir eine noch weitere Verschlechterung der Lage der Stellensuchenden. Die Stellenvermittler werden doch diese Steuer nicht aus ihrer Tasche zahlen, sondern sie werden sie auf die schwächeren Schultern der Stellensuchenden abwälzen, indem sie einfach ihre Gebühren allgemein erhöhen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wünschenswert wäre es, wenn den sogenannten gemeinnützigen Gesellschaften die Stempelgebühren überhaupt erlassen werden könnten.

Ganz besonders müssen wir uns wenden gegen die Erhöhung des Stempels auf Mietsverträge für Mieten von 300—1000 M. von 1/10 auf 6/10 des Mietszinses. Die Grenze, bis zu der für Mietsverträge überhaupt Stempel erhoben werden dürfen, muß erheblich herabgesetzt werden. Alle Mietsverträge unter 400 M. sollten stempelfrei bleiben. Seit 1895, wo die bisherige Grenze festgesetzt wurde, sind doch die Mieten in allen größeren Städten erheblich gestiegen, und eine einigermaßen annehmbare Wohnung ist unter 400 M. nicht zu haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Niemand, der sich rühmt, soziales Empfinden zu besitzen, dürfte daher für die Erhöhung dieses Mietsstempels eintreten. Es sollte auch zwischen 400 bis 1000 M. noch eine weitere Grenze bei 600 M. gesetzt werden, und für die Wohnungen von 400 bis 600 M. dürfte höchstens der jetzige Stempel von ein Zehntel des Mietszinses erhoben werden. Dafür braucht man andererseits mit der Progression nicht bei 7000 M. Miete aufzuhören. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im schärfsten Gegensatze zu der großen Rücksichtslosigkeit, mit der man hier gegen die kleinen Leute in den Großstädten vorgegangen ist, steht die

zarte Rücksichtnahme gegenüber der Landwirtschaft.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Stempel für die Verpachtung von landwirtschaftlichen Grundstücken soll auf der bisherigen Höhe belassen werden. In der Begründung heißt es: „Eine stärkere steuerliche Belastung verbietet sich mit Rücksicht auf die oft wenig leistungsfähigen Pächter größerer und mittlerer Grundstücke". Es gibt doch aber auch viele Pächter großer landwirtschaftlicher Grundstücke, großer Domänen, die ja doch selbst große Herren sind und leicht in der Lage wären, einen höheren Stempel zu zahlen. Diese exzitieren aber für die Steuerverwaltung nicht. Der Arbeiter und der kleine Mann in der Stadt muß bluten, damit die landwirtschaftliche Bevölkerung unbehelligt bleiben kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es wäre eine sehr interessante und dankbare Aufgabe, einmal all die Vergünstigungen festzustellen, die bei uns in Preußen der Landwirtschaft auf dem Wege der Gesetzgebung und durch die Verwaltungspraxis gewährt werden, und ihren Wert zu berechnen. Ich glaube, man käme da zu Summen, die den ärgsten Pessimisten in Erstaunen setzen würden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Von einer Einzelperson, die nicht über das ganze amtliche Material verfügt, ist freilich diese Aufgabe nicht durchzuführen. Ganz im Einklang mit jener Praxis steht auch die Behandlung des Fideikommißstempels. Hier hätte in erster Reihe der Hebel angesetzt werden sollen. Der Herr Finanzminister hat auf die zu erwartende Vorlage über den Fideikommiß verwiesen. Ich glaube, daß diese Vorlage eine Erhöhung des Stempels nicht bringen wird. Und wenn man dann mit einer solchen Anregung kommt, so wird es heißen, die Regelung dieser Frage passe nicht in das System der Vorlage, sie hätte bei dem Stempelsteuergesetz erledigt werden müssen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden jedenfalls nicht versäumen, den Herrn Finanzminister seinerzeit an seine heutigen Worte zu erinnern. Jedenfalls werden wir abwarten, in welcher Gestalt die Vorlage aus der Kommission herauskommen wird, und behalten uns unsere Stellung für die zweite Lesung vor. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wolff-Lissa (frs. Vg.) vermißt gleichfalls eine Erhöhung des Fideikommißstempels und hofft, daß die Vorlage in verbesserter Gestalt aus der Kommission kommt.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Die Vorlage wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Dritte Lesung des Beamtensteuerprivileggesetzes. Dritte Lesung des Wohnungsgeldzuschußgesetzes. Zweite Lesung des Gesetzes betreffend die Gebühren der Medizinalbeamten.)

Schluß 4 Uhr.

Die Tabaksteuer.

Die Finanzkommission des Reichstages beendete am Mittwoch die Generaldebatte über die Tabaksteuervorlage, kam aber nicht mehr zur Beratung der Biersteuervorlage. Raab von der Wirtschaftlichen Vereinigung ist sowohl Gegner des Banderolsteuersystems wie jeder Mehrbelastung des Tabaks. Die Phantasiegebilde des Dr. Lißner nimmt er nicht ernst. Statt daran zu denken, die Tabakindustrie immer aufs neue zu beunruhigen, dürfte es sich empfehlen, dem Monopolgedanken näher zu treten, der heute sympathischer aufgenommen werden dürfte als früher.

Ministerialdirektor Kühn empfiehlt, die Banderolesteuer nicht abzulehnen, da sie das gerechteste Steuersystem darstelle. Wenn die vorgesehene Steuer von 70—80 Millionen aus dem Tabak herausgeholt werden solle, so sei dies nur durch die Banderole möglich; denn die Erhöhung der Gewichtssteuer auf ausländischen Tabak von 85 auf 210 M. sei bedenklicher. Dr. Arendt erklärt,

Kleines Feuilleton.

Italienische Wahlen. Man muß in Dickens' unsterblichen Romanen nachlesen, wie zu seiner Zeit die englische Wahlkampagne auf der Basis des rollenden Schillings gemacht wurde, um Analogien mit den heutigen Wahlfeldzügen in Italien zu finden. Es gibt Wahlkreise, wo der Kandidat über 100 000 Lire springen lassen muß. „Früher nahmen die Mutigsten in der Provinz Rom", so führt ein Kenner aus, „das Gewehr und warteten hinter einem Zaun auf den Postwagen und so fanden sie ihren Lebensunterhalt. Jetzt machens die Mutigen anders. Sowie die Wahlen ausgeschrieben worden sind, so bewaffnen sie sich anstatt mit einem Gewehre mit ihrem Einfluß und zielen auf den Kandidaten. So werden sie aus Brigantenchefs zu Chefs der Urwähler. So empfangen sie Geld, das hinreicht, daß sie bis zur nächsten Wahl leben können. Die Wähler freilich erhalten keinen Pfennig, höchstens gibt man ihnen bei der Abstimmung eine halbe Zigarre. Sie halten sich aber dadurch schadlos, daß sie der einflußreiche Großwähler, der doch der Freund seines mächtigen Abgeordneten ist, bei Prozessen empfehlen muß."... Der Mann hat recht. Der gewöhnliche Romreisende hat keine Ahnung davon, welche patriarchalisch-vorsintflutlichen politischen Zustände hart vor den Toren Roms existieren. Vor etwa 8 Jahren hatte der sizilianische Amtsrichter Aguglia sich den Wahlkreis Albano in den albanischen Bergen gekauft. Plötzlich entsteht ihm ein Nebenbuhler in Gestalt eines reichen Bauunternehmers. Der Herr Abgeordnete geht nun von Haus zu Haus und fragt die Wähler: „Wieviel hat Dir der andere gezahlt?" „Zehn Lire." „Gut," sagte er, „ich gebe Dir zwölf dazu." Als der Gegner davon hörte, nahm er alle Osterien in Beschlag und gab den Tag vor der Wahl große Festessen. Was tat der andere? Er ging in das Hauptlokal, wo der edle Gastgeber saß, und begann uneingeladen mit zu bankettieren. Dann aber hielt er eine Rede zu seinen Gunsten und erwarb sich den Sieg, weil der gefoppte Gegenkandidat kein Redner war.

Die Ausrottung des Zobels. Der Zobel, eines der kostbarsten aller Pelztiere, wird in seiner sibirischen Heimat immer seltener, da er in der schonungslosesten Weise vernichtet wird. Der Ausrottung ganz besonders ausgesetzt ist die kostbare Abart, die am Baikalsee vorkommt. Städtchen wie Bargusinsk und Sselenginsk sind in Hamburg, London und New York durch ihre einzig in der Welt dastehenden dunklen Zobelfälle bekannt geworden. Die Zobeltiere stellen einen ungeheuren Wert für Sibirien dar, doch sind die besonders dunklen und kostbaren Exemplare schon jetzt unter den Pelzhändlern Sibiriens zu einer Seltenheit geworden. Da sie so selten geworden sind, ist auch ihr Preis gewaltig gestiegen, und sie unterliegen so sehr der Nachstellung, daß sie sehr bald ganz verschwinden werden. Die Kenner des Pelzhandels erklären, wie der „Nowoje Wremja" aus Sibirien geschrieben wird, daß unter den gegebenen Umständen eine Ausrottung des dunklen Zobels in Sibirien bevorsteht. Man versichert, daß die Ausbeute an dunklen Zobelfellen im Laufe des letzten Jahrzehnts um das Dreifache zurückgegangen ist. Einst wurden Tausende von solchen Zobelfellen auf die Messe von Irbit gebracht, während man jetzt kaum einige hundert dunkle Zobelfelle in Irbit kaufen kann. Die Nachfrage ist aber eine gewaltige. Allerdings ist die Nachfrage von dem Wechsel der Mode abhängig; die Mode hat aber ihre launische Gunst schon seit Jahren auf dieses Pelzwerk gerichtet und ist ihm auch treu geblieben. Dank der Modetorheit sind die Zobelpreise fast um das Zehnfache gestiegen. Vor 15 bis 20 Jahren konnte man den besten dunklen Zobel zu 20 bis 30 Rubel das Fell kaufen; für ausnahmsweise schöne Exemplare bezahlte man 50 Rubel, während jetzt 150 bis 200 Rubel und noch mehr gefordert und gezahlt werden. Besonders schöne Exemplare werden mit 1000 Rubel pro Stück bewertet. Dergleichen Preise sind früher nie in Sibirien gezahlt worden, aber sie veranlassen den sibirischen Pelzjäger, das kostbare Pelztier in seinen geheimsten Schlupfwinkeln aufzusuchen und ihm nicht nur im Winter, sondern auch im Sommer, wenn das Fell nur den halben Wert repräsentiert, aufzulauern. Dieses Abschießen des Zobels im Sommer wirkt besonders nachteilig auf seine Fortpflanzung, da mit den erlegten Weibchen auch der ganze Wurf zugrunde geht. Zobelfelle im Sommerkleid findet man jetzt in Bargusink, Tschita, Jakutsk, Blagoweschtschensk und Nikolajewsk so viel man wünscht. Obgleich sie um etwa 50 Proz. billiger sind als die Winterfelle, werden sie zur Ausfuhr nach dem Auslande gern gekauft, weil man sie zum Besatz von Kleidern braucht.

Da nicht anzunehmen ist, daß die Zobelfelle bald aus der Mode kommen werden, ist die Ausrottung des Pelztieres wahrscheinlich nur noch eine Frage der Zeit.

Humor und Satire.

Furchtbar. Rentier: Ich sag' Ihnen, es war furchtbar zu sehen, wie die armen Leute in der grimmigen Kälte arbeiten. Ich hatte die Ueberzeugung, hier muß etwas geschehen! — „Und was taten Sie?" — Rentier: Ich trank einen Schnaps!

Aus einer Gendarmerieanzeige. „Als ich nachts durch das Dorf patrouillierte, gewahrte ich an einem Hause eine Leiter. Nichts Gutes ahnend, stieg ich hinauf, mußte aber wegen der herrschenden Finsternis von einer Aergernisnahme absehen."

Aus der Zeugnismappe eines Apothekers. Ihr „Wachsfiu" kann ich wirklich als ein reelles Mittel bezeichnen. Ich wandte es bei meinem drei Monate alten Kinde an, und schon nach zwei Wochen hatte es um vierzehn Tage zugenommen. — Ihre nikotinfreien Zigarren haben mir sehr gut getan. Ich legte drei davon in meine Stiefel und kann nun sehr gut gehen. — Bestätige Ihnen gern, daß nichts über Ihren Hühnerangentod mit den sieben Kreuzen geht. Es trägt sich wunderbar auf, greift die Bürste nicht an und färbt nicht ab. („Lustige Blätter".)

Notizen.

— **Die Schauspieler als Zirkuskünstler.** Am 17. April veranstalten die Berliner Schauspieler zugunsten der Pensionskasse der Bühnengenossenschaft eine Vorstellung eigener Art im Zirkus Busch. Die Schauspieler selber werden die gewohnten Zirkuskünste und noch einige besondere vorführen.

— **„Tanzdichtungen" im Mozartsaal.** Die Schwestern Wiesenthal, die sich im vorigen Jahre als anmutige Tänzerinnen erwiesen, werden vom Donnerstag, den 18. bis inkl. Montag, den 22. März, im Mozartsaal gastieren.

— **Das Abbe-Denkmal in Jena** wird nach dem Entwurf van de Veldes zur Ausführung gelangen. In einem tempelartigen Bau, der mit Reliefs von Meunier geschmückt ist, wird Abbes Büste von Max Klinger ihre Stätte finden.

— **Kinder und Alkoholgenuß.** Oberamtsarzt Dr. Scheef in Rottenburg (Württ.) stellte in seinem Bezirk Erhebungen über den Alkoholgenuß der schulpflichtigen Jugend an. Von 4240 Kindern in 68 Klassen hatten überhaupt schon Alkohol genossen 4178 oder 98 Proz. Täglich trinken Alkohol 71 Proz. aller Kinder. Ein halbes Liter und mehr (Bier, Most, Wein) trinken täglich 549 Kinder; ein viertel Liter 3214 Kinder (76 Proz.); zehn Schüler genießen täglich ein Liter Bier, einer sogar 1½ Liter. Nach-Branntweingenuß wurde nicht gefragt, weil man ihn für ausgeschlossen hielt. Ein Lehrer schrieb indes, daß von seinen 71 Schülern im Alter von 7 bis 9 Jahren 21 schon Branntwein getrunken hätten. Ein anderer schreibt: „Auf Befragen, wer schon Branntwein getrunken, streckten alle die Finger in die Höhe."

— **Eine Untergrund-Stufenbahn in New York.** Um die von dem gewaltigen Straßenverkehr überlasteten New Yorker Verkehrswege zu ergänzen, ist jetzt von der Kommunalbehörde der Bau einer großen Untergrund-Stufenbahn in Aussicht genommen. Zunächst wird eine Linie gebaut, die unter dem Broadway laufend von der 14. bis zur 42. Straße geht und unter der 34. und 13. Straße Seitenabzweigungen erhält. In jedem Tunnel laufen vier Plattformen mit einer Geschwindigkeit von je 3, 6, 9 und 12 englischen Meilen (gleich 1,6 Kilometer) in der Stunde. Auf der schnellsten Plattform werden Sitze errichtet. In dem Entwurf wird ausgeführt, daß das Auf- und Absteigen von der einen Plattform auf die andere mit größter Leichtigkeit und völlig gefahrlos bewerkstelligt werden kann.

daß er und seine Freunde nicht auf dem Standpunkt ihres Parteigenossen Schmidt-Altenburg stehen und am letzten Ende auch wohl für die Banderolesteuer zu haben seien. Aus dem Tabak müsse mehr Geld herausgeholt werden; dafür haben sich auch weite Volkskreise erklärt. Wenn die Banderolesteuer falle, bleibe nur noch ein Wertzuschlag auf die Gewichtssteuer. Die Kommission müsse unter allen Umständen die Finanzreform lösen, dazu sei sie berufen. Der einzusetzenden Subkommission sei der Auftrag zu erteilen, **70 bis 80 Millionen aus dem Tabak zu beschaffen!**

Genosse Molkenbuhr hält den Appell des Dr. Arendt an den Patriotismus für sehr wenig am Platze; dazu wäre Zeit und Gelegenheit gewesen bei der Nachlaß- und Erbschaftssteuer. Da hätte der Patriotismus Arendt und dessen Freunde veranlassen sollen, in die eigenen Taschen zu greifen. Jetzt, wo diese Gefahr beseitigt ist und indirekte Steuern in Frage kommen, erinnere man sich erst wieder seiner „patriotischen" Pflicht. Es sei bezeichnend, daß die Herren von der Regierung der Tabakindustrie stete Fehde ansagen, was sie anderen, namentlich der Großindustrie oder gar den Großgrundbesitzern gegenüber nicht wagen. — Molkenbuhr rechnet alsdann gründlich mit dem Dr. Lißner ab. Er weist eingehend nach, daß der Herr sowohl bei der Darstellung der amerikanischen Tabaksteuerverhältnisse, wie auch der deutschen vor und nach der Einführung der Tabaksteuer von 1879 überall von falschen Voraussetzungen ausgehend, auch zu unrichtigen Schlußfolgerungen gelangen mußte. Das gerade Gegenteil von dem, was Lißner beweisen wollte, sei richtig, was Molkenbuhr zahlenmäßig bewies, wobei er sich namentlich in bezug auf die deutschen Vorgänge auf den Mündener Handelskammerbericht und auf Buchauszüge aus den Büchern Hamburger Zigarrenfabrikanten aus den Jahren vor und nach Einführung der Tabaksteuer stützt. Aus den zahlreichen Unterschriften, welche die Petitionen gegen jede Mehrbelastung des Tabaks gefunden, gehe das Gegenteil von dem hervor, was Dr. Arendt behauptet, daß nämlich die weitesten Kreise des Volkes der Mehrbelastung zustimmen. Der Widerstand gegen jede Erhöhung der Tabaksteuer werde mit jedem neuen Angriff wachsen. Die Finanznot sei doch nur eine von uns immer vorausgesagte Folge der immer mehr anschwellenden Ausgaben für das Heer und und die Marine. Hierzu komme die künstliche Verteuerung der Lebensmittel, worunter gerade die schlechtentlohnten Tabakarbeiter am schwersten mit zu leiden haben. Die dadurch dem Volke abgeknöpften Millionen fließen aber zum größten Teil in die Taschen der besitzenden Großgrundbesitzer, und dabei wehren diese sich mit den schofelsten Mitteln gegen das Steuerzahlen.

Nicht einmal nach dem Tode

soll ein Teil des ihnen erwachsenen Reichtums als Nachlaßsteuer in die Reichskasse fließen. An die Großen wagt man sich mit Steuervorschlägen nicht heran, die ohnehin schon ärmsten und schlechtestgestellten Arbeiter der Tabakindustrie aber sollen die Zeche bezahlen, sollen die verderbliche Wirkung einer die ganze Industrie schwer treffenden Steuer auf sich nehmen. Um das zu verhindern, müßte die ganze Vorlage abgelehnt werden.

Dr. Lißner ist der Ansicht, daß er nur mißverstanden sei; er wiederholt deshalb seine gestrige Verteidigung des Banderolesteuersystems. Ihm tritt Schmidt-Altenburg nochmals entgegen und widerlegt das von jenem benutzte Zahlenmaterial, zum Schlusse die Ablehnung der Banderolesteuer befürwortend. Auch Everling ist Gegner der Banderole, trotz der ihm sehr interessanten „historisch-dialektischen" Darlegungen Lißners; er hofft, daß die Banderole ziemlich einstimmig abgelehnt werde und daß der Subkommission dann die Aufgabe zufalle, einen Weg zu suchen, etwas mehr als bisher aus dem Tabak herauszuholen. Da Everling u. a. bedauert hatte, daß die Regierung bei Ausarbeitung der Vorlage nicht genügend Fühlung mit den Tabakinteressenten genommen habe, erklärt der Schatzsekretär Sydow, daß man das wohl versucht habe, jedoch hätten sich jene sehr zugeknöpft verhalten und jede Mehrbelastung abgelehnt. Werde eine Subkommission beschlossen, so bitte er dieser die ganze Vorlage zu überweisen und nicht zuvor über die Banderole abzustimmen. Dem widerspricht Hormann, der es für richtiger hält, damit erst aufzuräumen.

Speck führt einen kleinen Eiertanz auf: Nach verschiedenen „einerseits" und „andererseits" kommt er zu dem Schluß: Der Subkommission die ganze Vorlage zu überweisen und heute nicht über die Banderole abzustimmen.

Genosse Molkenbuhr tritt energisch für die Abstimmung ein, um die dreitägige Debatte nicht ganz ergebnislos verlaufen zu lassen. Das sei um so dringender geboten, als die ganze Industrie auf die Entscheidung warte. Wozu solle die Subkommission sich noch mit der Frage beschäftigen, wenn sie keine Mehrheit finde?

Bei der

Abstimmung

wurde der Antrag des Zentrums auf Ueberweisung der ganzen Vorlage, ohne vorherige Abstimmung über die Banderole, mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen.

Dafür stimmten außer Zentrum, Konservativen, Reichspartei Schmidt-Altenburg und ein Pole, dagegen Ratio nalliberale, Freisinnige und Sozialdemokraten.

Parlamentarisches.

Die Arbeitskammerkommission des Reichstages führte in der Mittwochsitzung die Beratung über die §§ 14—22 zu Ende. Der § 14 bestimmt, daß für die in den Kammern errichteten Abteilungen nur diejenigen Personen wahlberechtigt und wählbar sind, die den in den Abteilungen vertretenen Gewerbezweigen angehören. In Konsequenz des in der letzten Sitzung gefaßten Beschlusses über die Wählbarkeit der Angestellten der beruflichen Organisationen fand ein Antrag Annahme, der verlangte, daß auch für die Abteilungen die Angestellten wahlberechtigt sein sollen. Eine neue Bestimmung wurde auf Antrag Manz (frs.) aufgenommen: daß die Wahl nur unter den Bedingungen abgelehnt werden kann, unter denen das Amt eines Schöffen abgelehnt werden darf.

Die §§ 15—19 handeln von dem

Wahlverfahren

und von der Dauer der Wahlperiode. Zu § 15 lagen Anträge der Sozialdemokraten und des Abg. Naumann vor. Der sozialdemokratische Antrag verlangt die Einfügung, daß die Wahlen an einem Sonntag stattfinden und die Wahlzeit so festzusetzen ist, daß auch die am Wahltag beschäftigten Personen sich an der Wahl beteiligen können. Der Antrag wurde nach längerer Debatte gegen eine starke Minderheit abgelehnt. Das gleiche Schicksal hatte der erste Teil des Antrages Naumann: bei Verhältniswahlen die Stimmabgabe nicht auf gebundene Vorschlagslisten, sondern auf die Namen zu beschränken, die in den Vorschlagslisten enthalten sind. Dagegen fand der zweite Absatz des Antrages Naumann Annahme; er bestimmt, daß, wenn nur eine Vorschlagsliste eingereicht wird, auf Vornahme einer besonderen Wahlhandlung zu verzichten ist.

Durch einen besonderen Antrag zum § 16 verlangten unsere Genossen, auch den Arbeitgebern die Verpflichtung aufzuerlegen, den Gemeindebehörden auf Verlangen Auskunft über die Art ihres Gewerbebetriebes und über die Namen und die Beschäftigungsart der Arbeitnehmer zu erteilen, da, wie die Genossen Bömelburg und Severing zur Begründung anführten, die Polizeibehörden und Krankenkassen nicht immer in der Lage seien, die erforderlichen Auskünfte zu geben. Obgleich einer der Regierungsvertreter, Regierungsrat Neumann vom preußischen Handelsministerium, den Antrag als überflüssig bezeichnete und diese seine Auffassung mit besonderem Eifer zu begründen versuchte, stimmte die Mehrheit der Kommission dem Antrage zu.

Ueber die Rechtsgültigkeit der Wahl soll nach den Bestimmungen des § 17 der Regierungsvorlage in erster Instanz der Vorsitzende der Arbeitskammer entscheiden. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt dieses Recht für die Arbeitskammer, um der Kammer dadurch die Möglichkeit zu verschaffen, ein Stück Selbstverwaltung auszuüben. Die Mehrheit der Kommission trat dieser Auffassung nicht bei, es blieb also beim Wortlaut der Regierungsvorlage.

Auch der § 18, der die sechsjährige Wahlperiode bestimmt, wurde in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen, der Antrag der Sozialdemokraten, eine dreijährige Amtsdauer der Mitglieder festzusetzen, dagegen abgelehnt.

Der § 19 verlangt, daß Mitglieder, bei denen Umstände eintreten, die ihre Wählbarkeit ausschließen, auszuscheiden haben. Ein sozialdemokratischer Antrag will in jedem einzelnen Falle die Arbeitskammer entscheiden lassen, ob das betreffende Mitglied der Kammer weiter angehören soll. Auch dieser Antrag fand keine Gnade vor den Augen der Kommission.

Der folgende Abschnitt der Vorlage (§§ 20—25) trifft Festsetzungen über die Aufbringung und Verteilung der Kosten. Zum § 23, der den Gemeindebehörden die Ermächtigung erteilt, die Kosten von den Inhabern der beteiligten Betriebsstätten und den Arbeitnehmern zu erheben, liegen Anträge der Nationalliberalen und des Zentrums vor, die eine Regelung der Beitragserhebung herbeiführen wollen. Die Beratung darüber wurde in der heutigen Sitzung noch nicht zu Ende geführt.

Aus der Budgetkommission des Reichstags.

(32. Sitzung vom 10. März, vormittags.)

Die Beratung begann mit dem Titel

Bekleidungsämter.

Abg. Erzberger beklagt die Folgen, welche die Errichtung militärischer Bekleidungsämter für die Kleinhandwerker gehabt haben. Als diese Kreise die Beseitigung des Systems der Oekonomiehandwerker forderten, hätten sie die für sie nachteiligen Wirkungen nicht voraussehen können, namentlich nicht, daß die Bekleidungsämter ihnen die Gesellen wegnehmen würden. Außerdem stelle sich die jetzige Einrichtung erheblich teurer als die frühere, was zum Teil auf die zu starke Besetzung der Aemter mit Beamten zurückzuführen sei. So sei das Bekleidungsamt des Gardekorps mit elf aktiven Offizieren besetzt, während andere Aemter mit sechs Stellen auskämen.

Die Abgg. Drüscher und Liebert vertreten den entgegengesetzten Standpunkt und halten die neue Einrichtung im Interesse der Schlagfertigkeit der Armee für geboten. Genosse Noske bezeichnet die Einrichtung der Bekleidungsämter als einen technischen Fortschritt; denn die Vergebung der Arbeiten an Hauwerker würde die Heimarbeit noch weiter fördern. General v. Lochow bestreitet gegen Erzberger, daß die Bekleidungsämter teurer arbeiten als private Betriebe; die Vergebung der Arbeiten an Handwerkergenossenschaften stellte sich direkt teurer als jetzt im eigenen Betriebe! Der Titel wird schließlich ohne weiteren Widerspruch bewilligt.

Für Beschaffung des Bedarfs an Tuch werden 9 295 000 M. (736 000 M. weniger als im Vorjahre) gefordert. Abg. Erzberger schlägt vor, mit Rücksicht auf den Rückgang der Wollpreise auch von dieser Minderforderung noch einen Abstrich zu machen. Bei dieser Gelegenheit kam zur Sprache, daß die Militärverwaltung im Gegensatz zu der Praxis anderer Reichsämter bei Vergebung ihrer Arbeiten das Mittelpreisverfahren anwendet. Erzberger bezeichnet dieses System wiederholt als das allerrückständigste und verlangt, daß damit gebrochen und der Zuschlag dem Mindestfordernden erteilt werde. Wenn danach verfahren worden wäre, dann hätten wir für jeden Tornister anstatt 19,99 M. nur 17,86 M. zu zahlen brauchen. — Nach längerer Debatte werden von den hier in Betracht kommenden Titeln insgesamt 480 000 M. abgestrichen. Weiter wird eine Resolution Gothein, wonach bei Lieferungsausschreibungen das Kriegsministerium sich nach dem allgemein geltenden Gebrauch richten soll, angenommen.

Für Feuerung, Beleuchtung sind 9 928 600 M. eingesetzt; mit Rücksicht auf den gefallenen Kohlenpreis streicht die Kommission die gegen das Vorjahr mehr geforderten 435 000 M.

*

33. Sitzung vom 10. März nachmittags.

Bei den Ausgaben an „Mieten für Gebäude" setzt die Kommission die Mehrforderungen von 91 600 M. auf 51 000 M. herunter. Eine längere Debatte entspann sich über die angeforderte Summe von 2 200 000 M. für Unterhaltung und Pachtung von Uebungsplätzen. Erzberger fragt an, wie groß die Waldfläche auf den Uebungsplätzen ist und wo die Einnahmen aus den Erträgnissen, namentlich auch aus der Jagdverpachtung hinfließen. Es wird mitgeteilt, daß die Waldfläche ungefähr 80 000 Morgen beträgt; die Erträge seien gering, weil eine forstwirtschaftliche Ausnutzung nicht stattfindet.

Singer wendet sich gegen die Darlegung eines Vertreters der Finanzverwaltung, der ausgeführt hatte, daß es im Effekt gleich sei, ob die Einnahmen besonders aufgeführt oder die Ausgaben entsprechend gekürzt würden. — Für Manöverkosten werden 2 239 500 Mark gefordert. Erzberger wundert sich darüber, daß gerade jetzt, in der Zeit der Finanznot, ein so großes Manöver abgehalten werden soll; damit hätte man doch wohl noch warten können; außerdem würden sich auch die Vergütungen für Flurschäden sehr erhöhen, weil es sich vielfach um die Beschädigung von Weinbergsanlagen und Tabakpflanzungen handeln werde. Kriegsminister v. Einem entgegnet, daß wir mit den großen Manövern einen gewissen Turnus innegehalten hätten. Das letzte große Manöver liege bereits ein Dutzend Jahre zurück, so daß eine weitere Hinausschiebung um so weniger zu empfehlen sei, als die übrigen großen Militärstaaten öfter größere Manöver abhielten. Auch die Flurschäden würden nicht außergewöhnlich hohe sein, weil nur Getreidefelder in Frage kommen, Weinberge und Tabakpflanzen nach Möglichkeit umgangen würden.

Der Posten wurde bewilligt.

Beim Kapitel

„Militärbauwesen"

werden eine Anzahl Abstriche gemacht, desgl. beim Militärmedizinalwesen und beim Titel „Reisegebührnisse, Umzugskosten und Transportkosten".

Nächste Sitzung Donnerstagvormittag: Weiterberatung der heutigen Tagesordnung.

Die Reichstagskommission zur Vorberatung eines Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb beendigte in der zehnten Sitzung (am Mittwoch) die erste Lesung. — Zur Beratung standen noch die zurückgestellten Anträge zum Warenverzeichnis. Es lagen die folgenden vor:

Sir: hinter § 10 einen weiteren § 10a einzufügen: „Im gewerbsmäßigen Verkehr mit Bier dürfen Ortsbezeichnungen nur zur Kennzeichnung der Herkunft verwendet werden. Wer dieser Vorschrift zuwider bei der Benennung von Bier eine der Herkunft nicht entsprechende Ortsbezeichnung vorsätzlich oder fahrlässig verwendet, wird mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit Haft bis zu sechs Wochen bestraft."

Hanisch: in § 10 des Entwurfs am Schlusse des Absatz 1 einzufügen: „Waren, die durch Versand aus gewissen Orten eine Qualitätsbezeichnung erhalten (Meißner Porzellan, Glashütter Uhren, Solinger Stahlwaren usw.), müssen sowohl in ihren meisten Einzelteilen wie als Ganzes in diesen Orten hergestellt werden. Bei solchen Plätzen muß bei Vertrieb nicht dort hergestellter, aber für den Ort eigentümlicher Waren deren Herkunft deutlich aus Firmierung, Anpreisung und Warenbezeichnung hervorgehen."

Sir (Z.) begründet seinen Antrag: Heute würden in allen Städten — auch in bayerischen — Biere als „Münchener" angepriesen, die gar nicht aus München kommen. Wenn man Münchener Bier trinke, dann müsse es auch in München gebraut sein. Man habe in das Weingesetz Bestimmungen aufgenommen zum Schutze der Konsumenten, man müsse dasselbe auch mit dem Bier tun.

Der bayerische Regierungsvertreter erklärt sich im Auftrage der bayerischen Regierung für den Antrag Sir: der gute Ruf des bayerischen Bieres werde geschädigt. Die Bestimmungen des Warenschutzes reichen strafrechtlich nicht aus.

Hanisch spricht für seinen Antrag. Wer Meißener Porzellan kaufe, müsse vor Betrug geschützt werden; unter der Bezeichnung „Glashütter Uhren" kämen ganze Ladungen an, obwohl die Bezeichnung falsch sei.

Der preußische Regierungsvertreter bedauert, sich gegen seinen bayerischen Kollegen wenden zu müssen: Man könne Wein und Bier nicht vergleichen; Wein sei ein Naturprodukt, was beim Bier nicht zutreffe. In Berlin gebe es ein Münchener und ein Böhmisches Brauhaus; man könne diese Brauereien nicht einfach verbieten! Wenn man Warenerzeugnisse mit Ortsbezeichnung einführen wolle, dann müsse man weitergehen: er erinnere nur an die Bezeichnung „Frankfurter Würstchen" und „Schweizerkäse"! Er bittet die Kommission, die Anträge abzulehnen.

v. Brockhausen hält die Anträge für sehr bedenklich, behält sich seine Stellungnahme aber zur zweiten Lesung vor. — Charstens (frs.) wendet sich gegen die Anträge: Wenn er sich in Berlin drei bayerische Knödel bestelle, dann wisse er ganz genau, daß diese Knödel nicht aus Bayern stammen. — Junck (natl.) wendete sich gleichfalls gegen den Antrag.

Genosse Brühne spricht sich gegen die Anträge aus: Man könne das Gesetz nicht mit diesem Ballast beschweren; wenn man den Anträgen entspreche, dann müsse man alle Arten Waren in das Verzeichnis aufnehmen.

Bei der Abstimmung werden die Anträge Hanisch-Sir mit allen gegen vier Stimmen abgelehnt. Zum Berichterstatter wird der Abg. Junck bestimmt. — Vorsitzender Roeren gibt noch bekannt, daß zur zweiten Lesung nur Anträge zur Beratung kommen sollen, die gedruckt vorliegen.

Soziales.

Abschwächung der Haftpflicht des Unternehmers.

Bekanntlich ist durch die Unfallgesetzgebung die Haftpflicht des Unternehmers gegenüber dem Arbeiter oder dessen Hinterbliebenen für alle Fälle mit Ausnahme der vorsätzlichen Herbeiführung des Unfalls ausgeschlossen. Im § 136 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes ist aber der Berufsgenossenschaft ein Prozeßanspruch gegen den Unternehmer für die von ihr gemachten Aufwendungen für den Fall gegeben, daß durch strafgerichtliches Urteil festgestellt ist, daß der Unternehmer den Unfall vorsätzlich oder fahrlässig herbeigeführt habe. Diesen Paragraphen hat das Reichsgericht dieser Tage in folgendem Falle erheblich einengend ausgelegt.

Der Maurer T. war am 27. Dezember 1904 beim Abputzen der Innenwände eines neugebauten Kesselhauses beschäftigt gewesen, während in diesem Kesselhause zwei brennende Koksförde aufgestellt waren. Als T. die Arbeitsstelle am Abend verlassen hatte, wurde er von Unwohlsein befallen und verstarb kurz darauf zu Hause an den Folgen einer Vergiftung durch Kohlenoxydgas. Die **Schlesisch-Posensche Baugewerksberufsgenossenschaft** zu Breslau, welche an die Hinterbliebenen des T. Sterbegeld und Rentenbeträge zu zahlen hatte, machte daraufhin Schadensersatzansprüche gegen den Maurermeister W. und dessen Polier L. geltend.

Das Landgericht und Oberlandesgericht Breslau erkannten jedoch auf **Abweisung der Klage.** Im selben Sinne entschied auch das **Reichsgericht** auf die von der Klägerin eingelegte **Revision.** Der erkennende VI. Zivilsenat führt hierzu aus, daß die Beklagten von der Strafkammer des Landgerichts Glatz nur wegen fahrlässiger **Körperverletzung** zu Geldstrafe verurteilt worden seien und daß deshalb dem Oberlandesgericht beizutreten sei, wenn es ausführe, daß der Klageanspruch nicht auf § 136 Satz 1 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes gestützt werden könne. Denn der **Unfall**, auf Grund dessen die Klägerin die Aufwendungen für die Hinterbliebenen des Verunglückten T. gemacht habe, sei der **Tod** des T., aber nicht eine bloße Körperverletzung. Von diesem Unfall — dem Tode — sei aber **nicht** durch **strafrichterliches** Urteil festgestellt, daß ihn die Beklagten vorsätzlich oder fahrlässig herbeigeführt haben, wie dies § 136 Satz 1 a, a, O, als Voraussetzung der zivilrechtlichen Haftung verlange.

Aus Industrie und Handel.

Schädlichkeit der Produzentenorganisationen.

Das Wirtschaftsleben, das ja unstreitig einen Stich ins große an sich hat, wird, leider mit mehr oder weniger Erfolg, von einigen Geld- und Trustmagnaten beherrscht. Was sich auch im Wirtschaftsleben ereignen mag, es tritt sprunghaft auf und man hat stets das Gefühl, daß irgend eine dieser allmächtigen Persönlichkeiten dahinter steckt und irgend einen spekulativen Zweck damit verfolgt. Diese Geldfürsten beherrschen die Börse, sie beherrschen das Verkehrswesen, sie beherrschen das Geldwesen und sie beherrschen vielfach die Warenproduktion, und machen sie ihren Zwecken dienstbar. Selbst die Presse scheint davon keine Ausnahme zu machen, denn wer diese schroff wechselnde Berichterstattung über den Markt verfolgt, wird sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß die Wirklichkeit mit diesen spekulativen Stimmungsberichten nicht immer in Einklang gebracht werden kann. Daraus erklärt es sich auch, daß die Entwickelung keine gesunde und natürliche, sondern eine sprunghafte ist, und daß Ueberraschungen an der Tagesordnung sind. Als im Jahre 1907 die bekannte Geldkrisis sich einstellte, war es auffallend, daß die Preise am Eisenmarkte sich im großen und ganzen auf ihrer Höhe hielten. Heute erfährt man nun, daß diese Preishochhaltung nicht der natürlichen Entwickelung oder der starken Einschränkung, sondern einem direkten Beschluß zu verdanken war. Es glückte bis vor einigen Tagen diese Politik festzuhalten und sich damals nur widerwillig zu einigen kleineren Preisnachlässen bestimmen zu lassen. Daß eine derartige Preispolitik die natürliche Entwickelung aufhalten muß, liegt auf der Hand.

So schrieb die „Rh.-Westf. Ztg." kürzlich vom — amerikanischen Wirtschaftsleben. Aber die Charakteristik gilt auch für die Preispolitik unserer Rohmaterial-Verbände. Von einem Anpassen der Brennmaterialienpreise an die veränderten Verhältnisse hat man noch nichts gehört. Erst kürzlich noch hat der Arbeitgeberschutzverband deutscher Glasfabriken eine Resolution beschlossen, in der es heißt:

„Die Absatzbeschränkung in Verbindung mit den neuerdings gewaltig gesunkenen Verkaufspreisen für alle Glaswaren macht die zuzeiten hochgehender Konjunkturen festgesetzten Kohlenpreise bei dem heutigen Tiefstand der Wirtschaftslage zu einer drückenden Last, deren Milderung zur Aufrechterhaltung der Betriebe dringend notwendig ist."

Bekannt ist auch, daß mit dem Nachgeben der Preise für Fertigerzeugnisse der Eisenindustrie, die Roheisensyndikate und der Stahlwerksverband die Preise für Rohmaterial nicht in entsprechender Weise herabgesetzt haben. Um dem Mißverhältnis zwischen den Preisen zu entgehen, verlangten die reinen Werke ja sogar Aufhebung der Zölle auf Rohmaterial und Halbzeug. Gewährt wurde ihnen eine von Ministervertretern besuchte Konferenz, die nichts schadet und nichts nutzt. Mehr zu tun gegen die Industriemagnaten erlaubt sich keine Regierung in Deutschland. Daß die obige Kritik wenigstens zum Teil die Verhältnisse in unserem Vaterlande trifft, weiß auch das zitierte Blatt. Es schreibt im Anschluß an die wiedergegebenen Auslassungen:

„In kleinerem Maßstabe haben es ja auch bei uns die Verbände versucht, die Preise hochzuhalten, sich aber schließlich dem allgemeinen Drängen und der wirtschaftlichen Entwickelung gefügt, und nach und nach Ermäßigungen (?) eintreten lassen." . . .

Weiter sagt das Organ mit Bezug auf die Schädlichkeit der auch von unseren Verbänden praktizierten Preispolitik folgendes:

„Man muß sich diese tatsächlichen Verhältnisse gegenwärtig halten, um den in der abgelaufenen Woche erfolgten Preissturz ohne weiteres zu verstehen. Unseres Erachtens steht die Zolltariffrage mit diesen Vorgängen nur in ganz losem Zusammenhang. Die Krisis war eine unausbleibliche und sie liefert den untrüglichen Beweis dafür, daß mit einer einschneidenden Erzeugungseinschränkung allein eine wirtschaftliche Krisis nicht überwunden werden kann, und daß auch ein Trust von der umfassenden Stellung und dem umfassenden Einfluß des amerikanischen Stahltrusts die wirtschaftliche Entwickelung nicht aufhalten kann, sondern gezwungen ist, ihr in den Preisen zu folgen. Die Preiskrisis stellt die notwendige Reaktion auf das Vorgehen des Stahltrustes dar, und sie ist unstreitig der Einsicht entsprungen, daß eine Gesundung nicht eintreten kann, wenn nicht auch der Preis der Bedarfsentwickelung und dem Verbrauch sich anpaßt."

Die viel gerühmten „Marktregeler" erweisen sich als die erfolgreichsten Störer des Wirtschaftslebens.

Arbeiterentlassungen.

Wie aus dem Ruhrrevier gemeldet wird, wollen zahlreiche Kohlenzechen angesichts der gänzlichen Aussichtslosigkeit in bezug auf baldige Besserung der Lage auf dem Kohlenmarkte nicht mehr länger alle ihre Arbeiter weiter beschäftigen. Es sollen deshalb noch zahlreiche Kündigungen in Aussicht stehen.

Aus der Frauenbewegung.

Geprellt und genarrt.

Zu den Kopenhagener Stadtverordnetenwahlen am 12. März, wo die Frauen der dänischen Hauptstadt zum erstenmal ihr aktives und passives Wahlrecht ausnutzen können, haben alle Parteien, selbst die Konservativen, die bislang Gegner des Frauenwahlrechts waren, in ihre Kandidatenlisten auch eine Anzahl Frauen aufgenommen. Der dänische Frauenbund (Dansk Kvindesamfund), der verständig genug war, auf Aufstellung einer besonderen Frauenliste zu verzichten, hatte zu einer Versammlung am Donnerstag die Kandidatinnen der verschiedenen Parteien eingeladen, um ihnen Gelegenheit zu geben, sich über ihre Ansichten und Absichten zu äußern. Zu Beginn der Versammlung bemerkte die Vorsitzende, wenn keine sozialdemokratischen Kandidatinnen hier zur Stelle seien, so liege das daran, daß ein Kongreßbeschluß von Stuttgart den Frauen der Sozialdemokratie verbiete, an anderen als sozialdemokratischen Versammlungen teilzunehmen und dort zu reden. Daß sie Unsinn redete, schien der Dame nicht bewußt zu sein. Die weiblichen sozialdemokratischen Stadtverordnetenkandidaten sprechen fortgesetzt in zahlreichen Versammlungen ebensogut wie ihre männlichen Genossen über unser Programm, wobei auch jedem Gegner Gelegenheit genug geboten wird, seine Meinung zu sagen. Sie haben es wirklich nicht nötig, jenen Damen vom Frauenbund noch einen besonderen Vortrag zu halten. Uebrigens haben die Klassengegensätze sich diesmal bei den Stadtverordnetenwahlen so zugespitzt, daß man eigentlich nur noch von Sozialisten und Antisozialisten reden kann. Selbst Radikale, die bei den früheren Majoritätswahlen mit der Sozialdemokratie alliiert waren, tuten nun in das antisozialistische Horn. In der Versammlung des Frauenbundes übten mehrere Kandidatinnen der konservativen Liste scharfe Kritik an dem Verhalten ihrer eigenen Partei und beklagten sich bitter über die Zurücksetzung ihres Geschlechts. Eine Kandidatin fühlte sich im Namen ihres Geschlechts „geprellt und genarrt" und meinte, man habe bei Aufstellung der Liste so viele Rücksichten auf diesen und jenen nehmen müssen, daß für die Frauen nur zufällig hier und da ein Platz zum Hineinschlüpfen übrig geblieben sei. Wiederum eine andere Kandidatin war mit dem Programm, das mit der Liste verbunden ist, nicht einverstanden und beklagte dessen herausfordernde und gehässige Sprache, und eine Frau Thora Knudsen, die auf derselben Liste kandidiert, erklärte auch, daß sie niemals dafür gewesen sei, daß die Frauen Wahlrecht erhalten sollten. Diese Damen sind also teils mit ihrer eigenen Partei nicht einverstanden, teils sogar Gegnerinnen des Frauenwahlrechts, auf Grund dessen sie gleichwohl in das Stadtparlament einziehen möchten.

Die Ermordung der Frau Buchholz in Grünau.

In der Erinnerung unserer Leser ist noch die erste Verhandlung vor dem Schwurgericht. Der Arbeiter Georg Woldenberg wurde am 22. Januar von den Geschworenen schuldig gesprochen, die am 12. September v. J. in der Nähe des Friedhofes in Grünau erdrosselt aufgefundene Ehefrau des Instrumentenmachers Buchholz mit Vorsatz und Ueberlegung getötet zu haben. Nach dem Wahrspruch der Geschworenen war also der Angeklagte des Mordes schuldig erachtet. Diesem Votum schloß sich das Gericht, weil kein Beweis für die „Ueberlegung" erbracht war, nicht an. Es war einstimmig der Ansicht, daß sich die Geschworenen zum Nachteil des Angeklagten geirrt hätten. Die Folge davon war, daß der Gerichtshof die Sache aufhob und sie an ein neues Schwurgericht verwies. Vor diesem begann gestern die auf drei Tage berechnete neue Verhandlung.

Den Vorsitz führt Landgerichtsrat Bienutta, die Anklage vertritt Staatsanwalt Tolki, der auch in der ersten Verhandlung als Ankläger aufgetreten war, der Angeklagte wird wieder durch Justizrat Dr. Sells verteidigt.

Der Tatbestand sei kurz wiederholt. Die 31jährige Frau Buchholz wurde am 13. September, morgens 6 Uhr, in der Nähe des Friedhofes in Grünau als Leiche aufgefunden. Sie war mit einer durch Bindfaden verlängerten Peitschenschnur, die ihr über den Kopf geworfen war, erdrosselt worden. Als Täter wurde der Angeklagte Woldenberg festgenommen, der bis etwa zwei Monate vor der Tat mit Frau Buchholz intime Beziehungen unterhalten hatte. Die Frau hatte sich von ihrem Manne getrennt und war zu ihrer Schwester nach Falkenberg, Rosestr. 5, gezogen. Von hier aus fand eine Versöhnung zwischen ihr und ihrem Ehemanne statt, die am 1. Oktober zur Wiederbegründung eines gemeinsamen Haushaltes führen sollte. Am 12. September ist Woldenberg per Rad nach Grünau gefahren, hat dort auf der Straße in der Nähe des Friedhofes eine Unterredung mit Frau Buchholz gehabt und soll sie dabei mit Vorsatz und Ueberlegung getötet haben. Es wird noch erinnerlich sein, welche Mühe in der Verhandlung aufgewendet werden mußte, um nachzuweisen, daß Woldenberg zur Zeit der Tat noch in Grünau gewesen ist, während er behauptete, daß er zu dieser Zeit schon wieder nach Berlin zurückgekehrt gewesen sei. Schließlich hatte er sich zu einem

Geständnis

dahin bequemt: er sei bei einer mündlichen Auseinandersetzung mit Frau Buchholz von dieser beschimpft worden, habe sie in der Erregung am Halse gepackt, aber **nicht in der Absicht**, sie zu töten und habe dann zu seinem Entsetzen gesehen, daß sie tot zur Erde fiel. Erst dann habe er ihr die Schnur um den Hals gelegt, um einen anderen Anschein zu erwecken. Neben der Frage, ob Mord oder nur Körperverletzung mit Todeserfolg? ist zu beantworten, ob **schwerer Raub** vorliegt, da der Angeklagte das Portemonnaie der Frau Buchholz mit etwa 15 M. Inhalt — darunter die ominösen beiden Jubiläumsmünzen — an sich genommen hatte. In dieser Beziehung hatte der Angeklagte behauptet, daß das Portemonnaie der Frau B. aus der Tasche gefallen sein müsse und er es vom Boden aufgehoben habe.

Zur erneuten Verhandlung sind 56 Zeugen vorgeladen, außerdem als Sachverständige die Gerichtsärzte Medizinalrat Dr. Pfleger und Dr. Marx sowie Dr. med. Drohsin. Da für die Verhandlung drei Sitzungstage angesetzt sind, werden zwei Ersatzgeschworene ausgelost.

Der 26 Jahre alte Angeklagte gibt, in Uebereinstimmung mit seinem bei der vorigen Verhandlung schließlich abgelegten

Geständnis,

zu, die **Frau Buchholz getötet zu haben**, bestreitet aber den **Vorsatz** der Tötung und behauptet nach wie vor, daß lediglich ein unglücklicher Zufall mitgespielt habe. Bei der Begegnung mit der Frau Buchholz sei er mit dieser in Wortwechsel geraten, die Frau habe ihn durch Schimpfworte erregt und da habe er sie im Aerger an den Hals gefaßt und geschüttelt. Sie sei zusammengebrochen, da er aber glaubte, daß sie sich nur verstelle, habe er in der Erregung noch einmal zugefaßt und sie geschüttelt und da habe er zu seinem Schrecken wahrgenommen, daß sie tot war. Um den Anschein eines Selbstmordes zu erwecken, habe er der Frau dann die Schnur um den Hals gelegt und sei mit der Bahn nach Berlin zurückgefahren.

Bei dieser Darstellung verbleibt der Angeklagte trotz der **Vorhaltungen des Vorsitzenden**, der ihn auf die Unwahrscheinlichkeit dieser Behauptung mehrfach hinweist. Er behauptet, er sei „ein Lamm", wenn er aber gereizt werde, dann komme es über ihn und er könne sich nicht halten. Frau Buchholz schildert er als eine lebenslustige und liebebedürftige Frau. Außer mit dieser, die ihm wiederholt Geldzuwendungen gemacht, hat er noch mit einer Arbeiterin ein „Verhältnis" unterhalten. Er hatte in der letzten Zeit viele Monate hindurch keine feste Arbeit, will aber Aushilfsarbeiten verrichtet haben. Außerdem behauptet er, daß er bei Glücksspielen und Automatenspielen viel Glück gehabt habe. Richtig sei es, daß er in den letzten Wochen manchmal unter Geldmangel gelitten habe, das habe mit dem Aufhören der Zuwendungen seitens der Buchholz nichts zu tun. Er habe wiederholt der Buchholz Geld in Verwahrung gegeben, welches sie ihm je nach Bedarf zurückgab. Falsch sei die Behauptung eines Zeugen, daß er am 11. September nur noch etwa 60 Pf. besessen habe. Er **gibt auf Befragen zu**, daß er nach der Tat das Portemonnaie der Frau Buchholz an sich genommen und darin etwa 10 M., darunter zwei Jubiläums-Zweimarkstücke, vorgefunden habe.

Der **Vorsitzende** hält dem Angeklagten die verschiedenen Momente vor, die erkennen lassen, daß Frau Buchholz, die die Absicht hatte, sich von ihm zu trennen, sich vor ihm fürchtete, daß er gedroht haben soll, sie zu erschießen und nach einer Aussprache mit der Frau B. in Gegenwart von deren Schwager Herzog einmal äußerte: **„Du wirst sehen, daß noch etwas passiert"**. In der Schilderung seines Verhältnisses zur Frau Buchholz bringt der Angeklagte neue Momente nicht vor. Die Peitschenschnur, die er der Frau um den Hals geschnürt, will er eines Tages auf der Straße gefunden und zu sich gesteckt haben. Er bleibt bei seiner Behauptung, daß er nach Grünau lediglich zu dem Zweck gefahren sei, um dort das Freibad zu benutzen; von dem Aufenthalt der Buchholz in Grünau habe er noch keine Kenntnis gehabt. Der Zufall habe ihm dann die Frau in Begleitung eines älteren Mannes in den Weg geführt, und er sei von einer gewissen Eifersucht befallen worden, da er die Frau liebte. Als er dann mit ihr allein die Aussprache hatte und sie ihm so böse Worte sagte, habe er den verhängnisvollen Griff nach ihrem Halse getan. Die Peitschenschnur habe er an jenem Tage nicht mit besonderer Absicht mitgenommen, sondern unbewußt in seiner Jackettasche bei sich getragen. Auf Befragen erklärt er, vor der Tat habe ein Kampf **nicht** stattgefunden; die am Arm vorgefundenen Blutunterlaufungen kann er sich nicht erklären.

Staatsanwalt **Tolki** will von dem Angeklagten auch eine Erklärung dafür haben, wie der Angeklagte dazu gekommen, am Schlusse der vorigen Sitzung, als ihm die Geschworenen des Mordes für schuldig erklärt hatten, ein

auffallendes Benehmen

zu zeigen, indem er, wie von vielen Zeugen bekundet werde, zum Publikum hin wiederholt Grimassen geschnitten und sogar die Zunge herausgesteckt haben soll, gerade als ob er einen Sieg errungen habe. — Justizrat Dr. **Sells**: Er müsse dann darauf bestehen, daß er **selbst als Zeuge** vernommen werde, denn er habe in jenen Augenblicken unmittelbar neben dem Angeklagten gestanden und könne bekunden, welche Gefühle den Angeklagten und ihn selbst erfüllten. Er würde darauf bestehen müssen, selbst auf die Gefahr der Vertagung hin.

Aus der

Beweisaufnahme,

soweit sie im Laufe des gestrigen Nachmittags stattfand, ist nur wenig hervorzuheben, da die Zeugenvernehmungen sich ganz in dem Rahmen der vorigen Verhandlung halten. Die Beweisaufnahme erstreckte sich auf die Beobachtungen des **Amtsgerichtsrats May**, sowie der Gendarmen am Orte der Tat nach Auffindung der Leiche. Nach der Meinung der Gendarmen war die **Peitschenschnur am Halse fest zusammen gezogen**, die Kleidertasche hing etwas heraus, es sah aus, als ob jemand hinein gegriffen hätte. Kriminalkommissar **Weiß** trat diesen Angaben im wesentlichen bei und bestritt die Behauptung des Angeklagten, daß er diesem gegenüber sehr scharf aufgetreten sei und ihn dadurch veranlaßt habe, nicht die Wahrheit zu sagen. Der Angeklagte erklärte hierzu: ich hatte eine Abneigung gegen den Kommissar von dem Augenblick an, wo er mir gegenüber trat. Auf Befragen des Justizrats Dr. **Sells** bestätigte Kommissar **Weiß**, daß er an einer Stelle registriert habe: Der Angeklagte scheine ein Mann zu sein, der Haß und Wut in einer ganz unglaublichen Weise aufspeichere und ihn dann mit einem Male zum Ausbruch kommen zu lassen. — Dr. med. **Drohsin**-Köpenick, der als erster medizinischer Sachverständiger bei der Leiche war, bekundete u. a., daß nach den Spuren am Halse der Leiche mindestens zweimal seitens des Täters sehr energisch zugegriffen sein müsse. — Nach dem längeren Gutachten, das Gerichtsarzt Dr. **Marx** erstattete, zeigte die Leiche die klassischen Merkmale des Erstickungstodes. Der Tod sei zweifellos durch Verschluß der Luftwege eingetreten. Die Frau ist durch gewaltsame Erstickung gestorben. Was die etwa noch in Frage kommende Erdrosselung betrifft, so sei folgendes zu beachten: Die am Halse der Frau sichtbar gewesenen Blutunterlaufungen sind sichere Anzeichen dafür, daß diese an einer lebenden Person ausgeübte Gewalt den Tod verursacht habe. Dafür, daß die Umschnürung des Halses an einer noch lebenden Person erfolgt ist, hat sich kein Anhalt ergeben; es muß also in Uebereinstimmung mit der Behauptung des Angeklagten angenommen werden, daß die Erwürgung stattgefunden hat, ehe die Strangmarke umgelegt wurde. Der Täter, der den Verschluß der Luftwege verursacht hat, muß mehr als einmal mit der Hand zugegriffen haben und zwar muß kräftig und nachhaltig gedrückt worden sein. Es muß auch mit der Annahme gerechnet werden, daß ein Kampf stattgefunden hat, denn durch ein bloßes einmaliges Anfassen können die Abschürfungen am Arm und an der Nase der Frau nicht entstanden sein. — Medizinalrat Dr. **Pfleger** bestätigte den Befund und alle Schlußfolgerungen, die Dr. Marx daraus gezogen. — Der Angeklagte betont auf Vorhalt: er habe in der vorigen Verhandlung bei Gelegenheit seines Geständnisses eine Angabe dahin gemacht, daß er die Frau nicht nur am Halse gepackt, sondern auch geschüttelt habe. Die Sachverständigen geben zu, daß schon hierdurch der Verschluß der Luftwege eingetreten sein könne. — Justizrat Dr. **Sells** richtete an die Sachverständigen die Frage, ob ihnen aus der Kriminalstatistik irgendwelche Fälle bekannt seien, wo ein Mörder sein Opfer durch reines Erwürgen zu Tode bringt. Nach seiner Kenntnis seien solche Fälle sehr selten. — Die beiden Sachverständigen konnten sich auf einen bestimmten Fall dieser Art nicht sofort besinnen. — Die Aussagen des Ehemannes der Verstorbenen und der übrigen Verwandten der letzteren ergaben nichts Neues. Es kam hierbei zur Sprache, daß Frau Buchholz von ihrem Manne mehrfach recht heftig geschlagen worden sei und daß Wollenberg eine unheimliche Macht über sie gehabt haben müsse, der sie sich nur schwer entziehen konnte. Sie soll mehrfach Aeußerungen gemacht haben, die erkennen ließen, daß sie Furcht vor dem Angeklagten hatte und sich gern mit ihrem Manne wieder aussöhnen wollte. Nachdem noch eine Reihe von Zeugen und Zeuginnen vernommen worden waren, die allerlei über das Verhältnis der Frau Buchholz zu ihrem Ehemanne und zu dem Angeklagten, sowie über die persönlichen und Erwerbsverhältnisse des letzteren und über einzelne verfängliche Redensarten desselben bekundeten, wurde die weitere Beweisaufnahme auf Donnerstag vertagt.

Versammlungen.

Der Zentralverband der Schmiede hielt am Mittwoch eine außerordentliche Generalversammlung in „Dräfels Festsälen" ab, als Fortsetzung der ordentlichen Generalversammlung vom 24. Februar, die vertagt werden mußte. Vor Eintritt in die Tagesordnung berichtete der Vorsitzende Siering über den Streik der Kesselschmiede bei der Firma Schwartzkopff in Wildau. Die Arbeiter traten in den Streik, weil ihnen mit einem Abzug gedroht wurde, den sie sich nicht gefallen lassen wollten. Von den 231 Streikenden sind 184 organisiert und 47 unorganisiert.

Die Diskussion über den Jahresbericht der Ortsverwaltung wurde dann aufgenommen. Die Ortsverwaltung wurde mehrfach angegriffen, besonders weil die Agitation nicht rege genug gewesen sei und der Mitgliederbestand nicht auf der wünschenswerten Höhe sich befände. Die Entschuldigung mit der schlechten Konjunktur könnte man nicht immer gelten lassen. Die Verwaltung wurde aufgefordert, Versammlungen zu veranstalten, um den Berufsangehörigen über Vorgänge in der Innung, über den Arbeitsnachweis und die Krankenkasse mancherlei Aufklärung zu geben. Die Agitationskommission sollte es sich angelegen sein lassen, die Mitglieder über ihre Rechte in ihrer Stellung zu den Unternehmern zu unterrichten. Basner kritisierte scharf, daß im Jahresbericht der Ausschuß in ungerechter Weise angegriffen worden sei (in einem Streitfall über eine Maßregelungsunterstützung) und macht dem Vorsitzenden Siering Vorwürfe. Schlinsky, Siering und Hentschel verteidigen die Ortsverwaltung. Insbesondere weist Siering die erhobenen Vorwürfe zurück. Er erklärt sich ebenso wie die Diskussionsredner für eine recht wirksame Agitation, fordert aber energisch die Mitglieder auf, die Verwaltung in ihren Bestrebungen zu unterstützen, denn daran fehle es oftmals noch.

Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab das folgende Resultat: Zum 1. Bevollmächtigten wurde Wilhelm Siering, zum zweiten A. Schlinsky, zum Kassierer W. Hentschel, zum Schriftführer H. Ferchland, zu Revisoren Fr. Werk, H. Timmermann und Warzecha gewählt.

Eine Mahnung der Abstinenten an die Partei?

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichten wir in Nr. 55 des „Vorwärts" den Bericht von einer Versammlung des Arbeiter-Abstinentenbundes. Wir waren genötigt, in einer redaktionellen Bemerkung zu dem Bericht, die Partei gegen den Vorwurf zu verwahren, daß sie es mit der Innehaltung der in Essen angenommenen Wurmschen Resolution gegen den Mißbrauch des Alkohols nicht ernst nehme. Unsere Verwahrung hat uns zwei Zuschriften eingetragen, eine vom Verbande der Gast- und Schankwirte, die uns der Parteilichkeit und Voreingenommenheit gegenüber den Gastwirten, und eine andere des Referenten jener Versammlung, die uns ebenfalls der Parteilichkeit und Voreingenommenheit, aber den Abstinenten gegenüber, zeiht. Wir mußten die Aufnahme beider Zuschriften ablehnen.

Sunlicht Seife

eignet sich vorzüglich für alle jene Berufe, die mit Rauch, Russ und Schmutz in direkte Berührung bringen. Sie führt nicht nur eine gründliche Reinigung herbei, sondern erhält auch die Frische der Haut, macht scharfe Mittel unnötig! Sie ist z.B. die Freundin des „schwarzen Mannes" nach Beendigung der Arbeit!

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 11. März.
Anfang 7½ Uhr.
Königl. Opernhaus. Elektra. (Anf. 8 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Die versunkene Glocke.
Deutsches. Medea.
Kammerspiele. Der Graf von Gleichen. (Anf. 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Lessing. Griselda.
Neues Schauspielhaus. Faust. 1. Teil.
Berliner. Einer von unsere Leut'.
Thalia. Wo wohnt sie denn?
Komische Oper. Tiefland.
Neues. Die fremde Frau.
Kleines. Moral.
Hebbel. Revolutionshochzeit.
Lustspielhaus. Im Klubsessel.
Residenz. Kümmere dich um Amelie.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Rechts herum.
Schiller Charlottenburg. Die Karolinger.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Schlagende Wetter.
Westen. Der tapfere Soldat.
Luisen. Die goldene Lebenslüge
Trianon. Der Satyr.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Das Himmelbett. (Anf. 8½ Uhr.)
Bernhard Rose. Krieg im Frieden.
Gastspiel-Theater. Sherlock Holmes.
Bürgerl. Schauspielhaus. Der Salontiroler.
Gebrüder Herrnfeld. Die beiden Bindelbands.
Apollo. Der junge Papa. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter — tadellos.
Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Ein lediger Ehemann. (Anf. 8¼ Uhr.)
Kasino. Rußland. Spezialitäten.
Gustav Behrens. Der geprellte Rechtsanwalt. Das Schwalbennest. Spezialitäten. Anfang 8¼ Uhr.
Parodie. Siegel siegelt alles. — Alles fürs Kind. Oder: Die Folgen eines Rendezvous. (Anf. 8½ Uhr.)
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Auf den Trümmern Messinas. Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. Rathgen: Nickel und Kobalt — Mangan — Chrom.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Lessing-Theater.
Donnerstag 8 Uhr: **Griselda.**
Freitag 8 Uhr: **Der Bund der Jugend.**
Sonnabend 8 Uhr: **Der König.**

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr:
Einer von unsere Leut'.
Morgen: **Einer von unsere Leut'.**

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die fremde Frau.
(La femme X . . .)
Freitag zum 50. Male: **Die fremde Frau.**
Sonnabend zum erstenmal: **Die Laterne** (Passepartout).

Theater des Westens.
Allabendlich 8 Uhr:
Der tapfere Soldat.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Donnerstag, 11. März, Anf. 8 Uhr:
Schlagende Wetter.
Freitag: Kean.
Sonnabend: Husarenfieber.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Schlagende Wetter.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Im Klubsessel.

Hebbel-Theater
Königgrätzer Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Revolutionshochzeit.

Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
„Kümmere Dich um Amelie."
Schwank in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, 14. März, nachm. 3 Uhr: **Der Prinzgemahl.**

Bürgerliches Schauspielhaus
Kastanien-Allee 7—9.
Der Salontiroler.
Lustspiel in 4 Akten von Moser.
Anfang 8¼ Uhr.
Freitag zum erstenmal: Novität!
Schlagwetter.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Auf den Trümmern Messinas.
Hörsaal 8 Uhr:
Prof. Dr. Rathgen: Nickel und Kobalt — Mangan — Chrom.

Gastspiel-Theater.
8. Köpenickerstr. 68. 8.
Zum 528. Male:
Sherlock Holmes

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die goldene Lebenslüge.
Freitag: Dorf und Stadt.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Dornröschen. 8 Uhr: Mein Leopold.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Das Mädchen auf Irrwegen. 8 Uhr: Mein Leopold.
Montag: Der Störenfried und: Die Dienstboten.

Bernhard Rose Theater
Gr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr
Krieg im Frieden.
Wochentagspreise.
Freitag: Das Warenhaus-Fräulein.

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter — tadellos!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.
Massary — Perry
Holden — Bender
Giampietro — Kettner
Pfann — Thielscher.

Apollo Theater
Der beispiellose Erfolg des März-Programms.
10 Uhr: **Alice Norton** 10 Uhr:
Humpsti-Bumsti
The Telsedos ? Stuart ?
Gobert Belling
8¹⁵ **Der junge Papa.** 8¹⁵

Winter Garten
Robert Steidl — **Liane de Vriès**
George Bonhair-Truppe, ikarische Spiele,
sowie
die hervorragenden Kunstkräfte des **neuen** Programms!

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Tacianu.
? ? ? ? ? ? ? ? ?
Piloty von Kaulbach
in ihrer indisch. Tempelszene.
The 6 Sisters Lorrison
die englischen Schönheiten.
Das großartige
Variété-Programm!
14 erstklassige Attraktionen.

Passage-Panoptikum.
Zum ersten Male in Berlin! **Prinzeß Fassie**
die Amazonen-Königin
mit ihrer
wilden Leibgarde
Das blaue Weib,
das Opfer unbarmherz. Tätowation.
Alles ohne Extra-Entree.

Stadt-Theater Moabit.
Größter und vornehmster Theatersaal Moabits.
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2192.)
Donnerstag, den 11. März 1909:
Mutter und Sohn.
Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Anf. d. Vorst. 8, Kassenöffnung 7 Uhr.
Konzert 7½ Uhr.

Schiller-Theater.
O. (Wallner-Theater.)
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Rechts herum.** Schwank in 3 Akten v. Hans Gaus.
Freitag, abends 8 Uhr: **Das Erbe.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Rechts herum.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Die Karolinger.** Trauerspiel in 5 Akten von Ernst v. Wildenbruch.
Freitag, abends 8 Uhr: **Rechts herum.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Die Karolinger.**

Arnold Scholz **Neue Welt** Hasenheide 108-114
Im Riesen-Festsaal:
„Das" Bockbier-Fest.
Rutschbahn. :: Original-Alpen-Dekoration. :: Wasserfall.
Heute Donnerstag, den 11. März: **Elitetag:**
Prämiierung des längsten eigenen Zopfes. 3 Barpreise: M. 50, M. 30, M. 20.
Anfang 7 Uhr. Sonntags 4 Uhr. Entree 30 Pf. Sonntags 50 Pf.

Zirkus Schumann
Heute Donnerstag, den 11. März, abends 7½ Uhr:
Nur noch einige Tage
Tiberio
der Münzenbrecher, hebt einen Elefanten.
Mr. Rithlow
wird gefesselt am Erdboden vom Pferde geschleift.
Paet
der Wunderschimpanse als Radfahrkünstler.
Frl. **Dora Schumann** mit ihren Schul- und Springpferden.
Mit glänzender Ausstattung
Golo,
der Seeräuber.

XIV. Saison!
Zirkus Busch.
Donnerstag, 11. März, ab. 7½ Uhr:
Gala-Abend.
Um ca. 9 Uhr: Der weiße Affe
Konsul Peter!
Ferner: Nur noch wenige Tage!
Herr Otto Schumann,
Schulreiter.
Fräul. Martha Mohnke, Schulreiterin. Um ca. 9½ Uhr:
Auswanderer!
Besonders hervorzuheben:
Der Riesendampfer auf hoher See.

Walhalla-Variété-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr: **Das große März-Programm mit seinen Attraktionen.**
Im Tunnel: **Jap. Blumenfest.** Regimentskap. Theaterbes. hab. fr. Eintr.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Sensationserfolg!
Der Vampyr von London.
Sherlock Holmes, Detektiv: F. Gluth als Gast.
Anfang 8¼ Uhr. Entree **30** Pf.
Sonnabend große Extravorstellung:
Die Geier-Wally.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Bis Freitag, den 2. April:
Rußland.
Sonnabend, den 3. April:
Zum erstenmal: **Ackermann.**
Sonntag 4 Uhr: **Mutter Gräbert.**

Palast-Theater
Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Börse.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7½ Uhr.
Das großartige Märzprogr.
Etelke Stoll
Georg Galler
Marguerite u. Adriel
12 Attraktionen 12
Seine Geliebte.
Schwank in 1 Akt.
Familienkarten, wochent. halbe Preise, überall gratis zu haben.

Gebrüder
Herrnfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Spielplan
Allabendlich:
Die beiden Bindelbands.
Die Original-Klabrias-Partie.
Beide Komödien mit **Anton** und **Donat Herrnfeld** in den Hauptrollen.

Folies Caprice
Nur noch einige Tage!
Ein lediger Ehemann.
Anfang 8¼ Uhr.
Mittwoch, 17. März: Premiere

Berliner Eis-Palast
Ständige Eisbahn.
Bis 12 Uhr nachts geöffnet.
Konzert und **Kunstlaufen.**

Freie Volksbühne
Nächste Aufführungen:
Nachtasyl (Gorky)
Der Diamant (Hebbel)
Der zerbrochene Krug (Kleist)
Pechschulze
Der Fleck auf der Ehr' (Anzengruber)
Der Probekandidat (Dreyer)
im Neuen Schauspielhause
Thalia-Theater.
Herrnfeld-Theater.
Nr. der Mitgliedskarte
Sonntag, den 14. März . . . . . 4801—5600
Sonntag, den 21. März . . . . . 6401—7200
Sonntag, den 28. März . . . . . 5401—6400
Einige Mitglieder zu den **Abendabteilungen** können sich noch in den Zahlstellen melden.
240/11 **Der Vorstand:** G. Winkler.

Steidl
Brückenstr. 2, an der Jannowitzbr.
Täglich 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Die altbeliebten **Fritz Steidl-Sänger.**
Parterre-Rest. Entree frei.
Urfidele Stimmung a la Brady.
Bier-Kabarett u. Berl. Spatzen.
Entree frei.

Theater Variété Brillant
(City-Passage)
Dresdener Str. 52/3 Annenst. 42/3
Täglich: Auftreten von nur erstklassigen Spezialitäten bei **gänzlich freiem** Entree, auch **Sonntags.** Sonnabend und Sonntag nach der Vorst.: **Gr. Freitanz.**
Kinematograph.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72.
Gänzlich neues Programm
mit **Franz Sobanski**
Lilly Jetta, Ernst Gras, Mr. Roster, Elsa Lüschou, Bernhard Marx, Lola Gray, **The Johnstons** Equilibristischer Keulen-Jongleur-Akt.
Siegel siegelt alles.
Schwank mit Gesang von O. Richter.

Sanssouci,
Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Heute Donnerstag: **Neues Programm.**

Elite-Soiree Tanzkränzch. von
Hoffmanns Nordd. Sängern
Jubelnder Beifall von **Der Jubiläumstag** und **Alte Liebe rostet nicht.**
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.
Morgen Freitag:
Extra-Theater-Abend.
Gastspiel d. Neuen D. Freien Volksbühne:
Dämon Liebe (Ur aufführung).

Bei
Husten, Heiserkeit
wirken
Reichel's
Hustentropfen
überraschend schnell und sicher
Nur echt mit Marke **„Medico"**
Fl. 50 Pf. u. 1 M.
Vor Nachahmungen jeder Art sei jedoch dringend gewarnt.
In den meisten **Drogerien** und bei **Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.**

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Zum **122.** Male:
Der Kompagniehall
Anfang wochent. 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Möbel Schulz
Reichenberger Str. 5.
Gediegene Arbeit.
Aeußerst billige Preise.
Auch 752*
Ratenzahlung.

Gustav
Behrens-Theater,
Goltzstr. 9.
Der geprellte Rechtsanwalt.
Schwank in 1 Akt.
Das Schwalbennest.
Operette
und die übrigen erstklassigen Spezialitäten.
Anfang 8¼ Uhr, Sonntags 6 Uhr.

Pianino, erster Hoflieferantenfirma, weit unter Wert sofort verkäufl. Französischestr. 15, I r.

Zurückgekehrt 47/12*
Dr. Badt,
Neue Königstraße 32.

Täglich neue Frühjahrs-Costüme
schicke, vornehme Fassons.
Elegante Jacken-Kleider
Empire, Directoire, mit Miederrock und langen Paletots, mit eleganter Westengarnierung, aus neuesten Stoffen, Cottelé, Homespun, Kammgarn, Tuch und englischen Stoffen in den modernsten Farben, **24, 30, 36, 45 Mk.**
Französische Kleider
Nur eigene Konfektion mit erstklassigen Zutaten, moderne Formen **20, 30, 40 M.**
2000 Kostümröcke
Faltenrock, mit Taffet- oder Sammetblende, prima Satintuch, schwarz und farbig **9.50 M.**, garniert **7, 9, 12, 15 M.**, fussfrei, dauerhafte englische Stoffe **3, 6, 8, 10 M.**
Elegante Miederröcke mit reicher Bandschleife 18.50 M.
Uebergangs-Paletots
anliegend, halbanliegend und lose, aus modernen englischen Diagonal- und Kammgarnstoffen
7, 9, 10, 12, 15, 18, 20 M.
Sämtl. Konfektion auch f. starke Damen stets vorrätig
Golfjacken von **8.25 M.** an.
Sielmann & Rosenberg
Kommandanten-, Ecke Lindenstr.
12 Schaufenster. 2 Häuser vom Dönhoffplatz.
Sonntags geöffnet.
Eliasche gesetzl. geschützt u. Nr. 86,103

46 eigene Fisch-Dampfer
Küstenhecht!

Küstenhecht. Dieser im Mittelmeer gefangene Hecht liefert den besten Ersatz für den momentan so teuren Flußhecht. Derselbe hat schneeweißes, fast grätenloses Fleisch und wird wie Flußhecht zubereitet. **Eine große Sendung dieses prachtvollen Fisches ist heute eingetroffen.** Wir verkaufen denselben morgen und so lange der Vorrat reicht, **im Anschnitt p. Pfd. 40 Pf.**
Seekarpfen! Auch hiervon empfingen wir noch eine Sendung schöner ¾ bis 2pfündiger Fische, die wir mit **25 Pf. per Pfd.** bestens empfehlen.
Außerdem empfehlen wir in ff. Qualität **Kabeljau** und **Seelachs** mit **25 Pf. p. Pfund.** Schellfische in allen Größen, Rotzungen, Seezungen, Steinbutt, Heilbutt.
Berichtigung. In unserem Inserat vom Freitag, den 5. d. M. muß es heißen: **ff. kl. Schellfisch zum Braten** (nicht im Anschnitt) **25 Pf.**
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee".
Größte Hochseefischerei Deutschlands.
Hauptgeschäft: **BERLIN C., Bahnhof Börse.**
Verkaufsstellen:
S. Prinzenstraße 94.
O. Schles. Bahnhof, Bog. 8/9.
N. Invalidenstraße 131.
O. Große Frankfurter Str. 85.
W. Potsdamer Straße 112a. Wilmersdorfer Straße 111.
NW. Wilsnacker Straße 57.
Spandau, Breitestraße 54.
Seefisch-Kochbücher gratis.

Möbel- und Polsterwaren
reell, zu soliden Preisen empfiehlt
H. Strelow, Tischlermeister.
Eigene Werkstatt im Hause. — Gegründet 1890. 427L*
RIXDORF, Richardstr. 116, am Denkmal.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Die Kreis-Generalversammlung findet erst am Sonntag, den 21. März im Volkshause zu Charlottenburg, Rosinenstr. 3, statt.

Der Zentralvorstand.

Zur Lokalliste. Im fünften Kreis steht das Lokal „Landsberger Kasino“, Inh. Alb. Scheruch, Landsberger Str. 89, der Arbeiterschaft zu allen Veranstaltungen zur Verfügung.

Die Lokalkommission.

2. Wahlkreis. Friedrichstadt. Druckerei-Nachtarbeiter! Zahlmorgen am Sonntag, den 14. März cr., bei Jul. Meyer, Oranienstraße 103. „Internes vom Reichstag“. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Richard Fischer.

Lichtenberg. Sonnabend, den 20. März findet im Schwarzen Adler (Inh. Gebr. Arnhold), Frankfurter Chaussee 5/6 das Stiftungsfest des Wahlvereins statt. Billetts sind bei sämtlichen Gruppen- und Bezirksführern zu haben.

Berliner Nachrichten.

Ein Kirchenetat.

Der Haushaltsplan der Berliner Stadtsynode für 1909 weist eine erhebliche Steigerung auf. Er schließt in Einnahme und Ausgabe mit 6 440 149 M., wovon 5 429 000 M. auf das Ordinarium, 1 011 149 M. auf das Extraordinarium kommen. Im Vergleiche zum Vorjahre sieht das Ordinarium des Voranschlages in Einnahme und Ausgabe ein Mehr von 640 500 M. vor. An Kirchensteuern werden (von 20 Proz. der Staatseinkommensteuer) 4 800 000 M. erwartet. Für Ausgaben werden u. a. in Aussicht genommen: für Verwaltung 336 918 M., Schuldenverwaltung 702 151 M., landeskirchliche Umlagen 2 209 420 M., Beihilfen zu Predigergehältern 840 680 M., Beihilfen zu Besoldungen für Kirchenbeamte, zu Ruhegehältern usw. 366 841 M., Beihilfen für Gemeindepflege durch Diakonissinnen 48 000 M., zur kirchlichen Pflege der konfirmierten Jugend 45 000 M., Beihilfen zu sonstigen persönlichen Ausgaben 50 054 M., Beihilfen zu Bauten und Reparaturen 156 931 M., Beihilfen zu verschiedenen sachlichen Ausgaben 93 110 M., für Erwerb, Einrichtung und Unterhaltung von Kirchhöfen 489 704 M. Auf die außerordentlichen Ausgaben sollen übernommen werden Kosten für Errichtung kirchlicher Gebäude 558 149 M., für Pfarrer- und Gemeindehäuser 453 000 M.

Wie man sieht, wird der größte Teil der Kirchengelder durch Kirchensteuern — zirka 5 Millionen Mark — gedeckt. Wie viele Arbeiter mögen dazu noch ihren Obolus beisteuern?

Eine Betriebsstörung im Tiergarten wurde gestern durch Schmelzwasser für den Straßenbahnverkehr herbeigeführt. In der Lichtenstein-Allee hatte sich durch das von den Rasenflächen abfließende Schmelzwasser zwischen der Lichtenstein-Brücke und dem Großen Stern in solchen Mengen angesammelt, daß für die Zeit von 1/2 3 bis 1/4 5 Uhr nachmittags der Straßenbahnverkehr in der Richtung nach dem Westen gesperrt werden mußte. Die die Straße befahrenden Linien wurden deswegen über den Lützowplatz, Wichmannstraße und Kurfürstendamm abgelenkt.

Das Obdach der Stadt Berlin beherbergte im Februar in der Abteilung für nächtlich Obdachlose 115 199 Personen. Da im Januar 122 019 Personen und im Dezember 105 875 Personen beherbergt wurden, so hat diesmal das Obdach in den drei Wintermonaten eine Frequenz von 343 093 Personen gehabt. Im vorigen Winter waren beherbergt worden im Februar 86 913 Personen, im Januar 97 324 Personen, im Dezember 77 478 Personen, zusammen 261 715 Personen. In diesem Winter beträgt das Mehr gegenüber dem vorjährigen für die drei Monate zusammen 81 378 Personen. So hat die Arbeitslosigkeit gewirkt, sie hat viele Tausende in Not und Elend gebracht! Diese Zahlen reden eine furchtbare Sprache — aber der Berliner Stadtfreisinn stellt sich taub.

Das Kuratorium der städtischen Heimstätten hat in seiner letzten Sitzung unter dem Vorsitz des Stadtrats Marggraf einstimmig den Antrag auf Errichtung einer Lungenheimstätte für Männer, der von dem Genossen Dr. Weyl gestellt war, angenommen. Diese neue Heimstätte, deren dringende Notwendigkeit dadurch erwiesen ist, daß in Buch nur 150 brustkranke Männer und in Gütergotz 42 Lungenleidende Aufnahme finden können, während schon jetzt bei 28 Vormeldungen die Wartezeit 14 Tage beträgt, — soll nach dem Muster der belgischen Wald-Erholungsstätten, die sich sehr gut bewährt haben, errichtet werden. Es ist geplant, im Anschluß an die Heimstätte in Buch oder Gütergotz die neue Anstalt zu bauen. Zur nächsten Sitzung wird der bauausführende Architekt ein sachverständiges Gutachten über die bautechnische Seite der Frage erstatten.

Ein unerwarteter Familienzuwachs hat sich am Dienstag in der Familie des Maurers Robert Burmeister, Weidenweg 62, eingestellt. Die Frau des B. wurde von Drillingen entbunden. Auf einen solchen Zuwachs war B. freilich nicht eingerichtet. Da ist denn guter Rat teuer, zumal B. schon drei Kinder besitzt und obendrein arbeitslos ist. Die Drillinge — drei Mädchen — sind samt der Mutter wohl.

Die Beratungen über die Reform des Rettungswesens werden von dem zuständigen Stadtverordnetenausschuß recht gründlich geführt. In der letzten Sitzung wurde auf Antrag der Stadtverordneten Singer und Dr. Weyl einstimmig beschlossen, statt des in der Vorlage vorgesehenen drei- bis vierstündigen Turnus für die diensttuenden Aerzte der Rettungswachen eine Dienstzeit von zwei Stunden einzuführen, damit auch den praktischen Aerzten der Dienst auf den Rettungswachen ermöglicht werde. Die Verhandlungen werden am Montag fortgesetzt.

Neue Bestimmungen über die Schulpflicht in Berlin.

Das Brandenburgische Provinzialschulkollegium hat, wie berichtet wird, neue und für Berlin sehr einschneidende Bestimmungen über die Entlassung der Kinder nach beendeter Schulpflicht erlassen. Bisher war es in der städtischen Schulverwaltung üblich, daß ein Kind am Schlusse des Semesters entlassen wurde, in dem es das 14. Lebensjahr vollendete, selbst wenn es nur die Reife der Mittelstufe, die die vierte und fünfte Klasse umfaßt, erreicht hatte. Jetzt hat das Provinzialschulkollegium bestimmt, daß die Entlassung erst erfolgen darf, wenn das Schulkind die Reife für die Oberstufe, die dritte, zweite oder erste Klasse, erlangt hat, selbst wenn es das 14. Jahr schon überschritten hat. Ausnahmen dürfen nur gemacht werden, wenn häusliche Verhältnisse es notwendig machen. Die städtische Schuldeputation hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, diese Bestimmungen erst am 1. Oktober in Kraft treten zu lassen, da die neuen Bestimmungen für die zahlreichen Berliner Schulkinder, die die Oberstufe nicht erreichen, eine große Härte bedeuten.

Dr. Egbert Müller †. Eine stadtbekannte Berliner Persönlichkeit, Dr. phil. et jur. Egbert Müller, der sogenannte „Geistermüller“, ist gestern im 79. Lebensjahre gestorben. Der Mann, der als Geheimsekretär im Polizeipräsidium ein sehr reales Amt ausführte, war in seinem Privatleben ein sehr großer Schwärmer und Phantast, der dem Spiritismus huldigte. Durch Vorträge und literarische Schriften trat er 30 Jahre lang für die Idee des Spiritismus ein, und alle Medien und Geisterseher, die vom Gericht als Schwindler entlarvt werden sollten, fanden in ihm einen eifrigen Verteidiger. Zum erstenmal trat er als spiritistischer Schriftsteller an die Oeffentlichkeit mit einer großes Aufsehen erregenden Verteidigungsschrift für den Bauernknaben Karl Wolter, der als vermeintlicher Unfugstifter und Urheber des „Spukes von Resau“ zu einer mehrmonatlichen Gefängnisstrafe verurteilt war. Seitdem hat Dr. Egbert Müller wohl in allen Strafsachen, die eine Beziehung zum Spiritismus haben, wie besonders in den einst viel besprochenen Prozessen gegen das Blumenmedium Anna Rothe, und gegen das Materialisationsmedium Valeska Töpfer eine hervorragende Rolle als Sachverständiger gespielt. Dr. Müller erregte seinerzeit mit seiner Broschüre über den Spiritismus in der Taschenuhr des Kaisers großes Aufsehen. Der Verfasser behauptete, daß der Kaiser ständig den Kleiderzipfel eines Mediums in der Uhrkapsel trage, und daß er diesen Zipfel als einen Glückstalisman betrachte. Der Entdecker dieses Geisterläppchens erzählte, daß Kaiser Wilhelm diese Geistergabe als ein besonderes Gnadengeschenk erhalten habe.

Zum Direktor der Berliner Pflichtfortbildungsschule ist Stadtschulinspektor Dr. Grundscheid von der Deputation des Fortbildungsschulwesens dem Magistrat vorgeschlagen worden. Grundscheid wird nachgerühmt, daß er sich aus Kleinem heraufgearbeitet habe und daß er sich für den Posten gut eigne. Wie wir einem hiesigen Blatte entnehmen, befanden sich unter den übrigen Bewerbern Professor Dr. Glatzel und Direktor Haumann.

Die Massenerkrankungen im Rudolf Virchow-Krankenhause

kamen in einer Versammlung der Wärterinnen und Pflegerinnen zur Sprache, die zu Dienstagabend vom Gemeindearbeiterverband einberufen war. Von den Rednern wurde bestätigt, daß die Erkrankungen auf den Genuß von Zrikassee zurückzuführen seien. Daß neben den Schwestern auch einige Wärter erkrankt seien, habe seinen Grund darin, daß diese Wärter Nachtdienst hatten und deshalb die Schwesternkost, den sogenannten „zweiten Tisch“, erhielten, während sonst die Pfleger eine geringere Kost, den „dritten Tisch“, bekommen. Von den einzelnen Rednern wurde über die Beschaffenheit der Kost lebhaft Klage geführt. Das Essen sei viel zu knapp und wenig schmackhaft. Als die Pfleger einmal ungewöhnlich große Portionen Wurst erhielten, habe sich herausgestellt, daß diese Wurst schnell verbraucht werden sollte, weil ihre Beschaffenheit nicht mehr einwandfrei gewesen sei. Erst auf wiederholte Beschwerde sei den Pflegern bessere Wurst verabreicht worden. Auch in anderer Beziehung wurden von den Versammelten Beschwerden über die Dienstverhältnisse im Rudolf Virchow-Krankenhause vorgebracht.

Politik in der Pflichtfortbildungsschule. Zu diesem Thema wird uns geschrieben: „Zum Unterrichtsstoff der Pflichtfortbildungsschule gehört auch die Bürgerkunde, durch die unsere Pflichtfortbildungsschüler mit den Einrichtungen von Staat und Gemeinde bekannt gemacht werden sollen. Die Einführung dieses Unterrichtsgebietes in den Lehrplan der Pflichtfortbildungsschule war eine Notwendigkeit, da es bisher keine als ausreichend zu bezeichnende Gelegenheit gab, durch die unsere heranwachsende Generation zusammenhängende Belehrungen über das genannte Gebiet erhalten konnte. Sie mußte aus den verschiedensten Gelegenheiten und Belehrungsmöglichkeiten, z. B. Zeitungen, das Notwendigste sich selbst zusammentragen. Am natürlichsten war es, daß die politische Partei, der der junge Mann infolge seines Umganges, namentlich aber durch seinen Beruf zugeführt wurde, mehr oder weniger absichtlich und in ihrem eigensten Interesse diese Aufgabe so gut sie es eben bei der gelegentlichen Belehrung konnte, übernahm. Dieser Art der Belehrung, die man eine zufällige nennen könnte, sollte die Pflichtfortbildungsschule eine planmäßige, aber rein sachliche gegenüberstellen.

Es ist kaum denkbar, daß ein erwachsener denkender Mensch nicht irgend eine Stellung einnimmt gegenüber unseren staatlichen und kommunalen Einrichtungen, und es liegt für den politisch stark interessierten Lehrer die Gefahr nahe, diese seine eigene Meinung und Stellungnahme in seinem Unterrichte irgendwie zum Ausdruck zu bringn. Trotzdem muß man es als eine Taktlosigkeit sondergleichen bezeichnen, wie der vom Stadtverordneten Hoffmann genannte Lehrer Holz dies getan hat. Der Lehrer Holz mußte wissen und hat es gewußt, daß er arbeitende Jugend vor sich hatte, zu der er sprach, und zwar nicht erst Anfänger, sondern angehende Gesellen, Schüler, die vor dem Abgang standen. Er mußte sich sagen, daß diese, wenn auch noch nicht äußerlich, so doch in ihrer Gesinnung keiner anderen Partei angehören konnten, als der von ihm beleidigten und geschmähten.

Es war aber nicht nur eine Taktlosigkeit, sondern sogar eine Pflichtverletzung, was er beging. Denn er hatte die Aufgabe, Tatsachen zu vermitteln, sachlich zu belehren und nicht zu bekehren oder gar zu schmähen.

Und welchen Zwiespalt beschwor er herauf. Wie manches Jünglings Herz, das durch die Schuldisziplin in Schranken gehalten war, mag gebebt haben bei seinen Worten. Als eine Ungerechtigkeit mußten es viele empfinden, die da sahen, daß die Zettel der „Freien Jugendvereinigung“ nicht verteilt werden durften, auch nicht einmal auf der Straße, während die Zettel seines Vereins, des „Deutschen Jugendbundes“, selbst im Schulhause ungehindert passieren durften.

So erfolglos, wie Herr Holz als Reichstagskandidat bei der letzten Reichstagswahl gewesen ist, so erfolglos werden auch seine Bekehrungsversuche an der arbeitenden Jugend sein. Das Leben in der „Freien Jugendvereinigung“ zeugt von kraftstrotzender Jugend, die sich ihren Platz an der Sonne nicht nehmen läßt. Sie gewaltsam zu verholzen, geht an das Lebensmark der Partei, die der arbeitenden Jugend helfen will. Die Schule aber ist der allerungeeignetste Platz zu solcher negativen Arbeit. Hoffentlich versäumt die Schuldeputation nicht diese Gelegenheit, um den ihr unterstellten Lehrern solche Extravaganzen zu untersagen. Eigentlich sollte es nicht erst nötig haben.“

*

Wie wir hören, ist auf Grund einer eingeleiteten Untersuchung der Lehrer Holz vorläufig von seinem Amt als Fortbildungsschullehrer suspendiert worden.

Es wäre wünschenswert, zu hören, wie Herr Holz sich in seiner Eigenschaft als Gemeindeschullehrer seinen Schülern gegenüber bewegt.

Lebendig verbrannt. Auf schreckliche Weise hat vorgestern mittag die 79 Jahre alte Witwe Albertine Vogel, Waisenstr. 16, den Tod gefunden. Die alte Dame hatte in ihrem Wohnzimmer einen kleinen eisernen Ofen zur stärkeren Erwärmung aufgestellt. Gestern mittag setzte sie sich dicht an den Ofen heran, um sich zu wärmen. Sie schlief hierüber ein und indes fingen ihre Kleider Feuer. Erst als sich die Flammen über die ganze Kleidung hinweg verbreitet hatten, erwachte die Unglückliche. Brennend, einer lebenden Feuersäule gleich, stürzte sie vom Ofen fort, um aus der Wohnung herauszueilen. Mitten im Zimmer brach sie aber zusammen, Hilflos mußte die Greisin nun verbrennen. Als Hausbewohner durch den starken Brandgeruch aufmerksam gemacht, die Wohnung betraten, fanden sie die Inhaberin als verkohlten Leichnam auf. Die Kleider waren gänzlich vom Körper heruntergebrannt.

Die Kindesleiche im Koffer. Die Ermittelungen der Kriminalpolizei nach der Mutter jenes Kindes, das auf dem Lehrter Bahnhof als Leiche in einem Koffer aufgefunden wurde, haben einen Teilerfolg gehabt, der wahrscheinlich zur völligen Aufklärung des unheimlichen Fundes führen wird. Der Koffer, in dem sich die Leiche befand, ist am Sonnabendabend um 7 Uhr in einem Geschäft in der Königstraße gekauft worden. Dort fuhr eine Dame mit einer Droschke vor, die aus dem Innern der Stadt kam, so daß das Pferd mit dem Kopfe nach dem Alexanderplatz zu stand. Sie hatte es ziemlich eilig und kaufte, ohne lange zu wählen, einen Koffer für 10 M. Den inneren Einsatz ließ sie herausschneiden, weil er sonst für ein Paket, das er aufnehmen sollte, zu klein sei. Dieses Paket lag, mit einem Riemen umschnürt, in der offenen Droschke. Die Dame stieg gleich wieder ein, nahm das Paket und legte es in den Koffer hinein. Hierbei sah sich der Kutscher nach ihr um. Nach der Einpackung wandte der Kutscher um und fuhr nach der Richtung des Schlosses davon. Er muß die Dame gleich nach dem Lehrter Bahnhof gebracht haben, weil dort der Koffer gegen 7 1/2 Uhr schon aufgegeben wurde. Dieser Kutscher, ein älterer Mann mit graumeliertem Schnurrbart, wird ersucht, sich unverzüglich bei der Kriminalpolizei zu melden. Er hatte ein dunkles Pferd und einen offenen Wagen. Die Dame ist etwa 28 bis 30 Jahre alt. Sie hat eine schlanke Gestalt und auffallend hellblondes Haar und trug gute Kleidung: einen dichten geblümten weißen Schleier, einen dunkelen Filzhut mit einfacher Garnierung, ein dunkelblaues Samtkostüm mit halblangem Jackett und weiße wollene gestrickte Handschuhe.

Beim Abspringen von der Vorderplattform eines Straßenbahnwagens ist gestern der Oberpostschaffner Voigt schwer zu Schaden gekommen. Er hatte einen Zug der Linie 16 benutzt und wollte am Neuen Tor auf einen Wagen der Linie 51 steigen, der zu derselben Zeit herannahte. Um jenen Zug noch zu erreichen, sprang V. von der Plattform des noch in der Fahrt befindlichen, von ihm benutzten Wagens herab, glitt aus und fiel so unglücklich, daß er mit der linken Hand unter den Waggon geriet und überfahren wurde. Ihm wurde das linke Handgelenk zermalmt. Außerdem erlitt Voigt einen Bruch des linken Oberarmes und, wie auf der Unfallstation in der Eichendorffstraße festgestellt wurde, eine Gehirnerschütterung. Der Schwerverletzte wurde nach der königlichen Klinik in der Ziegelstraße gebracht.

Tödlicher Absturz aus dem Hotel. In einem Hotel in der Dorotheenstraße (Hotel „Splendid“) hat sich vorgestern ein aufregender Vorfall abgespielt. Der 45 Jahre alte Kaufmann Ernst Blumenthal aus Thorn sollte nach einem Sanatorium in Schlachtensee gebracht werden. Gestern morgen kam er mit einem Verwandten in Berlin an und rastete für einige Zeit in dem Hotel. In einem unbeaufsichtigten Moment riß der Kranke das Fenster auf und stürzte sich aus der Höhe des dritten Stockwerks auf die Straße hinab. Der Lebensmüde zog sich einen dreimaligen Bruch beider Beine sowie erhebliche innere Verletzungen zu. In hoffnungslosem Zustande wurde er in die königl. Klinik eingeliefert.

Todessturz aus dem Fenster. Der Selbstmord einer greisen Lebensmüden rief heute morgen in der Scheyrerstraße Aufsehen hervor. Die 68 Jahre alte Witwe Pauline Faber, geb. Geber, die bei Verwandten in der Schererstr. 1 gewohnt hatte, stürzte sich in einem Anfall von plötzlich ausbrechendem Irrsinn aus dem zweiten Stockwerk auf die Straße hinab. Mit zerschmetterten Gliedern blieb die alte Frau auf dem Bürgersteig liegen. Ein hinzugerufener Arzt konnte bei der Lebensmüden nur noch den Tod feststellen. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht.

Feuerwehrbericht. Gestern vormittag um 9 Uhr kam ein gefährlicher Brand in der Friedrichstr. 74 vermutlich durch Ueberheizen eines Ofens zum Ausbruch. Es brannte ein Lagerraum der Union, Schreibmaschinengesellschaft im ersten Stockwerk des Quergebäudes auf einen mit Kisten usw. vollgepfropften kleinen Hofe. Schon war die Decke zu einem Raum, im Erdgeschoß, in dem eine Menge Holzwolle usw. lagerte, durchgebrannt und das Quergebäude total verqualmt, als die Züge 19 und 17 erschienen. Sofort wurden mehrere Schlauchleitungen vorgenommen. Ueber die mit undurchdringlichem Qualm angefüllten Treppen und einen Steckleitergang, der am Hause aufgerichtet wurde, drangen die Feuerwehrmänner ein. Um Luft zu machen, wurden die Fenster geöffnet und dann kräftig Wasser gegeben. Dadurch gelang es, den Brand auf die Räume im Erdgeschoß und ersten Stock zu beschränken. Nur dem schnellen Wassergeben der Feuerwehr ist es zu verdanken, daß das Feuer auf das Quergebäude, ein uraltes Haus, beschränkt blieb. Der 7. Zug hatte in der Bromberger Str. 15/16 zu tun, wo Preßkohlen auf einem Eisenbahnwaggon brannten und abgelöscht werden mußten.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Einer unerhörten Züchtigungsmethode hat sich vor einigen Monaten der Gemeindeschullehrer Bruno Meyer, der in der Weisestraße gelegenen Gemeindeschule Unterricht erteilt, bedient. Vor mehreren Monaten erschien der Schüler Muzikar mit bloßen und unsauberen Füßen in der Schule. Der Knabe ist der Sohn einer Witwe, die ihre fünf Kinder unter Kummer und Arbeit schlecht und recht ernährt und nicht imstande war, dem Knaben Schuhzeug zu kaufen. In dem Lehrer schien der bloße Anblick der nackten und unsauberen Füße des Knaben hellen Zorn ausgelöst zu haben, denn er hatte nichts Eiligeres zu tun, als dem Jungen Stockschläge auf die Füße zu geben.

Die Mutter, empört über die echt türkische Züchtigungsmethode des Jugendbildners, ging in die Schule und stellte denselben zur Rede. Bei den nun folgenden Auseinandersetzungen zwischen ihr und dem Lehrer entschlüpften der Frau Muzikar Bemerkungen, die Meyer als Beleidigung auffaßte und Frau M. wegen Beleidigung verklagte. Vor wenigen Tagen nun hatte sich das Rixdorfer Schöffengericht mit der Sache zu beschäftigen. Nach reiflicher Erwägung sprach das Gericht Frau M. zwar der Beleidigung für schuldig, erachtete sie aber für straffrei. Es sei, so betonte der Vorsitzende, begreiflich, wenn bei solchem Anlaß eine um das Brot ihrer Kinder schwer arbeitende Mutter in Aufregung gerate. Als wahr hat auch der Gerichtshof unterstellt, daß Meyer zu Frau Muzikar gesagt habe „Sie dusseliges Weib, scheren Sie sich hinaus!“

Wie nun berichtet wird, hat dieser Vorfall bereits zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen M. geführt. Es wäre auch unerhört, wenn ein solcher Mann noch länger mit der Erziehung der Kinder betraut würde.

Schöneberg.

Die Gewerkschaftskommission beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit dem Ergebnis der Arbeitslosenzählung am 12., 13. und 14. Februar. Die Zählung hat ergeben, daß in Schöneberg reichlich dreimal so viel Arbeitslose vorhanden sind, als das Ergebnis der amtlichen Zählung am 17. November vorigen Jahres gebracht hat. Der Magistrat hatte der Gewerkschaftskommission 546 M., die bei der vorerwähnten amtlichen Zählung übrig geblieben waren, als Beihilfe überwiesen. Die allgemeine amtliche Zählung, die am 16. Februar abgehalten werden sollte, ist dafür in Schöneberg unterlassen worden. Nach der Zählung sind dem Magistrat noch sechs Mann als Recherchieure gestellt worden. Die Recherchen ergaben aufs neue, daß die Zählung sehr sorgfältig ausgeführt worden war, was auch das Statistische Amt in vollem Umfange anerkannte. Dem Magistrat ist die Arbeitsnot durch die Zählung wiederum sehr deutlich vor Augen geführt worden, es bleibt nun abzuwarten, ob die Notstandsarbeiten endlich in weiterem Umfange in Angriff genommen werden und ob bei den Verhandlungen über die Unterstützung Arbeitsloser etwas herauskommen wird. Bemängelt wurde, daß der Raum für den Arbeitsnachweis nicht ausreichend ist. In dem engen Raum sind oft bis zu 150 Personen in schlechter Luft zusammengedrückt. Hier müßte Wandel geschaffen werden, damit sich der Arbeitsnachweis nicht zu einem Krankheitsherd herausbildet.

Am Schlusse der Versammlung wird angeregt, daß die Versammlungen in Zukunft, da der Freitag schon stark besetzt sei, an einem Sonnabend abgehalten werden und pünktlich um 8½ Uhr beginnen sollen.

Auf den 14. März wird von dem Bildungsausschuß eine Versammlung der Jugendlichen nach dem „Wilhelmshof" einberufen werden.

Der Gewerkschaftskommission haben sich neu angeschlossen die Brauer und die Gastwirtsgehilfen.

Raterteilung an Volksschüler bei der Berufswahl. Die Stadtschuldeputation in Schöneberg hat nach eingehenden Beratungen unter Hinzuziehung der Schulbehörden eine Einrichtung getroffen, die dadurch besondere Bedeutung gewinnt, daß Pädagogen, Aerzten und Eltern Gelegenheit zu gemeinsamer Tätigkeit geboten wird. Um nach dieser Richtung hin Erfahrungen zu sammeln, ist zunächst für die 14. Gemeindeschule in Schöneberg zur Beratung in der Berufswahl eine Kommission gebildet worden, der außer dem Rektor und den Ordinarien der oberen Klassen, der Schularzt und zwei Vertreter der Eltern angehören. Auch der weiblichen Berufswahl ist in anerkennenswerter Weise dadurch Rechnung getragen, daß eine Lehrerin an den Beratungen gleichberechtigt teilnimmt.

Charlottenburg.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich gestern nachmittag auf dem Charlottenburger Straßenreinigungsdepot in der Kaiser-Friedrich-Straße ereignet. Dort sollte der 31jährige Schmied Max Röner in dem Innern eines Sprengwagens Reparaturen vornehmen. Er stieg zu diesem Zweck durch das oben befindliche Loch in das Innere des Wagens und nahm einen Klempnerofen mit hinein. Nach einiger Zeit bemerkten Arbeitskollegen, daß aus dem Loche Rauch und Flammen hervorschlugen. Sie eilten zu Hilfe und sahen zu ihrem Schrecken, daß die Kleider des Schmiedes in Brand geraten waren. Während einige sofort die Rettungsarbeiten vornahmen, alarmierten andere die Charlottenburger Feuerwehr. Mit vieler Mühe wurde der Verunglückte aus dem Wageninnern herausgeholt. Er war bewußtlos und sein Körper über und über mit Brandwunden bedeckt. In bedenklichem Zustande wurde er in das Westender Krankenhaus übergeführt.

Steglitz.

Das Opfer einer Rauchvergiftung wurde das dreijährige Söhnchen des Buchbinders Schmitz, Halskestr. 61. Während der Abwesenheit der Mutter spielte der Kleine mit Streichhölzern. Er setzte dabei das Bett in Brand und als die Mutter bald darauf zurückkehrte, fand sie das Zimmer vollständig mit Rauch angefüllt vor. Das Kind lag in besinnungslosem Zustande auf dem Fußboden. Nach kurzer Zeit starb es an den Folgen der giftigen Gase.

Groß-Lichterfelde.

Ueber die Art der Deckung der in diesem Jahre im Gemeindehaushalt sich ergebenden Mehrausgaben von zirka 120 000 M. herrscht zurzeit noch völlige Ungewißheit. Die Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuer um mindestens 15 Proz. zum Ausgleich des Mankos erscheint aus zwei Gründen nicht empfehlenswert: einmal weil fast alle Nachbargemeinden eine wesentlich niedrigere Steuer erheben oder wie z. B. Lankwitz diese herabsetzen, zum anderen weil es sehr leicht möglich ist, durch eine entsprechende Besteuerung der unverdienten Wertsteigerung des Grundbesitzes die Mehrausgaben vollauf zu decken. Es unterliegt keinem Zweifel, daß eine Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuer den Zuzug nach unserem Orte, der bisher schon außerordentlich zu wünschen übrig ließ, vollends ins Stocken bringen könnte. Die Angehörigen der besitzenden Klasse, bei denen wirtschaftliche Gründe für die Wahl ihres Wohnsitzes unter den zahlreichen Vororten keine besondere Rolle spielen, pflegen eine genaue Kontrolle zu üben über die jeweilige Höhe der kommunalen Steuern in den einzelnen Gemeinden und bei der Steuerscheu dieser Schichten ist es durchaus verständlich, daß sie eben jenen Ort als Wohnsitz bevorzugen, der es in Punkto Steuern am billigsten macht. Der Gemeindevorstand befand sich auf dem richtigen Wege, zunächst von einer Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuer abzusehen und eine Erhöhung der Grundwertsteuer für unbebaute Grundstücke von 3 auf 4,5 ‰ vorzuschlagen. Leider ist dieser Satz noch zu niedrig; ein solcher von 6 ‰ wäre durchaus gerechtfertigt. Außerdem hätte eine Steigerung der Wertzuwachssteuer in Aussicht genommen werden müssen. Diese Steuer in ihrer jetzigen Höhe ist eigentlich mehr Schein als Sein; wenn schon die Grundbesitzer selbst sie als sehr maßvoll erklären, dann kann man sich einen Begriff machen, wie lächerlich geringfügig sie ist. Der Vorschlag des Gemeindevorstandes hat nun die ganze Grundbesitzergesellschaft auf die Schanzen gerufen, um ihre heiligsten Güter gegen die Belastung von 1,5 ‰ zu schützen. Der „Verein der Haus- und Grundbesitzer des Westens" hat in seiner Versammlung „schärfsten Protest" gegen die Absichten des Gemeindevorstandes erhoben und in einer Resolution verlangt, daß der Grundbesitz geschont, dafür aber die Gemeinde-Einkommensteuer entsprechend erhöht werden solle. Diese Unverfrorenheit tritt um so krasser in die Erscheinung, als ja gerade die Kommune infolge der Aufwendungen für die Gemeinde-Agrarier in einer permanenten Finanznot sich befindet. Ausweislich des Etats pro 1909 betragen die von der Gemeinde für die Grundbesitzer verauslagten Pflasterkosten die unerhörte Summe von 473 499,71 M.! Und von dieser nahezu einer halben Million wird ein sehr beträchtlicher Teil in absehbarer Zeit überhaupt nicht eingezogen werden können, weil die meisten Besitzer es verstehen, ihren neben oder auch hinter ihrer Villa an der Straße befindlichen Garten als selbständiges unbebautes Grundstück, als „Baustelle", katasteramtlich zu deklarieren und auf diese Weise sich von der Zahlung der Pflasterkosten für diesen Teil ihres Besitztums zu drücken.

Auf diese Art verliert die Gemeinde viele Hunderttausende an Kapital und Zinsen! Aber nicht genug damit; nun wollen die Herren Grundbesitzer, die ihre Gärten als „Baustellen" erklärt haben, um die Pflasterkosten zu „sparen" wiederum für diese Baustellen die höhere Grundwertsteuer nicht bezahlen, weil sie — „Gärten" sind! Man sieht, diese Kommunalagrarier verstehen sich aufs Geschäft just ebenso gut wie ein ostelbischer Junker. Sie nehmen auch Liebesgaben in jeder Form und ebenfalls auf Kosten der Allgemeinheit. Auch eine Anzahl Gemeindeverordneter sind als „Baustellen"- und „Garten"-Besitzer an diesen Fragen persönlich interessiert; sie stehen mit über 16 000 M. Pflasterkosten, die auf Grund der geschilderten Verhältnisse von ihnen nicht eingezogen werden können, in der Kreide. Wir nehmen an, daß die Herren, die an der Erhöhung der Grundsteuer für unbebaute Grundstücke persönlich interessiert sind, selbst soviel Geschmack bekunden, sich an den Verhandlungen und Abstimmungen der Gemeindevertretung über diesen Punkt nicht zu beteiligen, umsomehr, als nach § 108 der Landgemeindeordnung derjenige an Verhandlungen über Rechte und Verpflichtungen der Gemeinde nicht teilnehmen darf, dessen Interesse mit dem der Gemeinde im Widerspruch steht. Eventuell hat der Gemeindevorsteher die Verpflichtung, einen Beschluß auf Ausschließung der Interessenten herbeizuführen.

Lichtenberg.

Stadtverordnetensitzung.

In der am Dienstag, den 9. März, abgehaltenen Sitzung kamen wiederholt Schulverhältnisse zur Erörterung. Zum Punkt: „Beschaffung von Subsellien für die höhere Knabenschule" beantragte Genosse Linke die Verweisung an eine Kommission und gab dazu folgende Begründung: Zur Erweiterung der höheren Knabenschule sollen der Volksschule in der Pfarrstraße erneut sechs Klassen entzogen werden, so daß wieder eine große Zahl Kinder umgeschult werden muß. Jetzt schon liegen berechtigte Klagen vor, darüber, daß Kinder von einem Ende der Stadt zum anderen zur Schule wandern müssen. Das soll also noch schlimmer werden! Es empfehle sich, bis zur Fertigstellung des Gebäudes für die höhere Knabenschule für diese ausreichende Mietsräume zu beschaffen. Dagegen wandte sich Bürgermeister Ziethen aus — pädagogischen Gründen. Die gerügten Mißstände seien vorhanden, aber die Verwaltung sei dagegen doch machtlos. Unter Ablehnung des Antrages Linke wurde die Vorlage angenommen. Die Debatte über eine von unseren Genossen eingebrachte Interpellation hatte die Mißstände in der Schule in der Dorfstraße an der Kirche und zweier Klassen in Wilhelmsberg zum Gegenstand. Der von unserer Seite gegebenen Darstellung der Zustände konnte sachlich nicht widersprochen werden. Einige Herren gestatteten sich, von Uebertreibungen zu sprechen. Der Aufforderung, zu sagen, was übertrieben sei, kamen die Herren nicht nach — weil sie es nicht konnten! War doch am Montag bei einer Außentemperatur von 0 Grad in den Klassenzimmern eine Temperatur von nur plus 11 Grad festgestellt worden. Da sollen die Kinder, die vielleicht schon mit kalten Füßen in die Schule kommen, dem Unterricht folgen können. Krank werden können sie! Die Berechtigung unserer Klagen war übrigens am Abend vorher in der Baukommissionssitzung in vollem Umfange sachlich, wenn auch vielleicht mit Widerwillen, insofern anerkannt, als man folgende sofortige Reparaturen vorgesehen hat: Neudielung aller Klassen, Anbringung von Doppelfenstern, Betonunterlage in den Parterreräumen, event. Einstellung neuer Oefen und Linoleumbelag auf den Treppen, die in gefahrdrohender Weise ausgetreten sind. Herr Bürgermeister Ziethen meinte dazu, es könne sich fragen, ob das Gebäude solche Reparaturen überhaupt noch wert sei. Die Schulkommission soll sich mit der Frage noch beschäftigen. In der Stadtverordnetensitzung vertrat der Sprecher der „Liberalen Vereinigung" mit uns den Standpunkt, es sei am besten, den alten Stall abzureißen und dafür eine anständige Schule zu errichten. Verschiedene Herren von der „Freien bürgerlichen Vereinigung" bekundeten ihr Sachverständnis durch Lärmen und den Versuch, die Angelegenheit zu einer reinen Agitationsmache zu stempeln. Es handelt sich für sie ja nur um Volksschüler, da ist doch Aufregung nicht vonnöten. Auf die von unseren Genossen geltend gemachten Bedenken, mit Hinweis darauf, daß für die Schule in Wilhelmsberg die Aborte für die Kinder sich zusammen mit denen für Damen und Herren einer Gastwirtschaft in einem Gebäude mit einem Ein- und Ausgang befinden, meinte der Herr Bürgermeister, die Sache sei nicht so schlimm! Und die erwähnten Sachverständigen erklärten ihr Einverständnis mit dieser Ansicht. Jedenfalls hat die Kritik unserer Genossen erreicht, daß nun schleunigst mit den Mißständen in der Schule an der Dorfstraße aufgeräumt wird. Die bürgerliche Baukommissionsmitglieder hatten zur Zeit gegen den Protest unserer Genossen beschlossen, die Reparaturen bis zu den großen Ferien zu — vertagen. Der Herr Stadtrat, der im „Lichtenberger Tageblatt" in den letzten Wochen unsere Genossen als Lügner und feige Schwindler denunzierte, mußte sich nun in öffentlicher Sitzung sagen lassen, daß bei ihm entweder ein intellektuelles oder ein moralisches Manko konstatiert werden müsse. Und der Herr? Er schwieg nun in allen Sprachen! Das dürfte genügen als Antwort, wenn er nun wieder in seinem Blättchen mutig schimpft! — Eine Vorlage, betreffend Aufnahme einer 15 Millionen-Anleihe, fand widerspruchslos Annahme. Auf Antrag des Genossen Linke wurde eine Vorlage über Erweiterung des Wochenmarktes am Traveplatze einer Kommission überwiesen. Eine Vorlage, die die Erhöhung der Hundesteuer zum Ziel hat, konnte nicht erledigt werden, weil unsere Genossen der sofortigen zweiten Beratung widersprachen. Gegen die Einführung einer Schankkonzessionssteuer sprach Genosse Heckert; die Vorlage wurde einer Kommission überwiesen. Herr Rittergutsbesitzer Roeder widersprach der Forderung, aus der Stadtkasse 500 Mark für die durch Hochwasser Geschädigten zu spenden. Der Regierung müsse zu Gemüte geführt werden, daß sie durch ihre Untätigkeit in der Frage des steuerlichen Ausgleichs für Groß-Berlin die östlichen Vororte schwer schädige. Er empfehle dringend, für die Hilfsbedürftigen die private Wohltätigkeit in Anspruch zu nehmen. Die Vorlage wurde jedoch ziemlich einstimmig angenommen. In geheimer Sitzung verhandelte man über die Anstellung eines Baurats.

Köpenick.

Die städtischen Arbeiter waren am Montag zahlreich im Kaiserhof versammelt, um zu der Ablehnung ihrer Anträge Stellung zu nehmen. Wie der Referent Kollege Polenske ausführte, haben die städtischen Kollegien die Anträge in Rücksicht auf die schlechte Finanzlage der Stadt abgelehnt. Diese Begründung müsse die größte Erbitterung der Arbeiter hervorrufen, da gleichzeitig und im Hinblick auf die Teuerungsverhältnisse den Beamten Gehaltsaufbesserungen im größeren Maßstabe bewilligt wurden. Die Arbeitszeit beträgt in den meisten Betrieben noch zehn Stunden, bei den Feuerhausarbeitern sogar noch zwölf Stunden. Für letztere Gruppe ist sonst überall der Dreischichtwechsel mit der 8stündigen Arbeitszeit eingeführt. Trotz der längeren Arbeitszeit steht der Lohn um 50 Pf. bis 1 M. pro Tag unter den Löhnen der Gasarbeiter Groß-Berlins. Im Elektrizitätswerk erhalten die Maschinisten und Heizer bei Sonntagsarbeit einen niedrigeren Stundenlohn als an Wochentagen. Von irgend welchen sozialen Einrichtungen wie Zahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld im Krankheitsfall, Alters- und Reliktenversorgung ist keine Spur vorhanden. Um die Einführung eines Arbeiterausschusses petitionieren die Arbeiter schon seit Jahren vergeblich. Dabei sind einige städtische Unternehmungen sehr lukrativ. So ist zum Beispiel im neuen Etat der Ueberschuß der Gasanstalt mit 60 000 M. eingestellt und das bei einer Arbeiterzahl von zirka 30 Mann. Nach unwesentlicher Debatte gelangt eine Resolution zur einstimmigen Annahme, worin die Versammelten gegen die Anträge entschieden Protest einlegen. Lebhaftes Bedauern kam darüber zum Ausdruck, daß trotz Einladung kein Stadtverordneter in der Versammlung anwesend war.

Alt-Glienicke.

Bei der am Dienstag, den 9. März, stattgefundenen Wahl eines Gemeindevertreters für die dritte Abteilung wurden von 839 eingeschriebenen Wählern 300 Stimmen abgegeben. Hiervon entfielen auf den Kandidaten der Sozialdemokratie Lagerhalter Max Winkelmann 274 und auf den bürgerlichen Schlossermeister Lustig 25 Stimmen. 1 Stimme war ungültig. Somit ist unser Genosse gewählt.

Rüdersdorf-Kalkberge-Tasdorf.

Eine öffentliche, gut besuchte Versammlung tagte am Sonntag im Lokal von Gräfe, Kalkberge. Für den verhinderten Genossen Schubert-Berlin hatte der Genosse Stegmüsser das Referat über: „Die politische Lage" übernommen. Derselbe entledigte sich in einem sehr gut durchdachten Vortrage seiner Aufgabe und erntete am Schluß lebhaften Beifall. — In der Diskussion sprach, da Gegner sich nicht zum Worte meldeten, Genosse W. Schulze. Er nahm Bezug auf den „Vorwärts"-Bericht, wonach die Schulkinder der Schule fernbleiben mußten, weil die Wege so verschneit waren, daß die Kinder nicht hindurch konnten. Die Gemeindeverwaltung trage nicht dafür Sorge, die Wege freizumachen, trotzdem genügend Arbeitslose am Orte vorhanden seien. Er forderte die Genossen auf, bei der Gemeindevertretung vorstellig zu werden und zu verlangen, daß für Beschäftigung der Arbeitslosen Sorge getragen werde. Hierauf schloß der Vorsitzende Genosse Schulze die Versammlung.

Weißensee.

Abgelehnter Amtsmißbrauch. Im Oktober 1906 stand der Kampf des Herrn Dr. Pape mit der hiesigen Krankenkasse in höchster Blüte. Um sich und seine Kampfesweise in ein günstiges Licht zu rücken, setzte er ein Schriftstück verfertigen, worin angebliche Verfehlungen des Krankenkassenvorstandes niedergelegt waren, das an alle bürgerlichen Gemeindevertreter versandt und auch in dem amtlichen Blatte veröffentlicht wurde. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter bekamen ein solches Schriftstück nicht zugesandt. Dieses Vorgehen betrachteten unsere Genossen als einen Amtsmißbrauch, da sie als Gemeindevertreter den gleichen Anspruch auf das Schriftstück erhoben wie ihre bürgerlichen Kollegen. Wollte Herr Dr. Pape nur Privatzwecke verfolgen, so durfte er wiederum nicht Gemeindemittel verwenden, denn die Anfertigung des Schriftstücks und die Portoauslagen sind auf Gemeindekosten geschehen. Nach alledem wurde der Vorsitzende der Fraktion beauftragt, Beschwerde gegen Herrn Dr. Pape zu führen. Am 23. Oktober 1906 wurde die Beschwerde eingereicht. Der Bescheid blieb zunächst bis zum Februar 1909 aus. Im Jahre 1907 wurde Herr Dr. Pape dispensiert und das Verfahren auf Dienstentlassung endigte damit, daß Herr Dr. Pape am 1. Januar 1909 wieder seine Stellung antreten durfte. Jetzt nun hielten es unsere Genossen an der Zeit, sich nach dem Schicksal ihrer Beschwerde zu erkundigen, und wandten sich an den Landrat. Der Bescheid hat folgenden Wortlaut:

Auf die Eingaben vom 23. Oktober 1906 / 17. Februar 1909

Die in Ihrer Beschwerde vom 23. Oktober 1906 gegen den besoldeten Schöffen Herrn Dr. Pape zu Weißensee aufgeführten Beschuldigungen sind Gegenstand einer disziplinaren Erörterung gewesen. Die mit der Entscheidung befaßten Instanzen haben in beiden Punkten keinen Grund zu der Annahme finden können, Herr Dr. Pape habe sein Amt bewußt gemißbraucht und bewußt Gemeindemittel für Privatzwecke verwandt. Ich bin deshalb nicht in der Lage, weiteres zu veranlassen. Ihren Auftraggebern stelle ich anheim, hiervon Kenntnis zu geben. Graf von Roedern.

Wir können die Objektivität der mit der Entscheidung betrauten Instanzen nicht anzweifeln, aber jeder Laie wird sich die Frage vorlegen, muß denn ein Jurist erst bewußt Verfehlungen begehen, um eine Beschwerde gerecht erscheinen zu lassen? Nach all den Reinfällen, die Herr Dr. Pape bei seinen Maßnahmen in der Hauptsache gegen den Vorstand der Krankenkasse erlitten hat, müßte man annehmen, daß der Mann für seinen Posten wenig geeignet ist. Dann wäre es aber auch an der Zeit, daß der Herr von seinem Posten entfernt wird, den er augenblicklich als Leiter der hiesigen Rechtsauskunftsstelle inne hat. Die Arbeiterschaft, von der dieses Institut in der Hauptsache frequentiert wird, kann solch einem Manne kein Vertrauen entgegenbringen.

Bernau.

Am Sonnabend, den 13. d. Mts., abends 8½ Uhr, begeht der hiesige Arbeitergesangverein „Freiheit" die Feier seines Stiftungsfestes. Genannter Verein hat stets sein bestes Können in den Dienst der Arbeiterbewegung am hiesigen Orte gestellt. Es ist deshalb Ehrenpflicht eines jeden Genossen, das Arrangement des Vereins möglichst zu unterstützen. Das Fest verspricht auch ein genußreiches zu werden, da die Vereine aus Röntgental, Schönwalde und Franz. Buchholz ihr Erscheinen zugesagt haben.

Nowawes.

Eine geradezu tragische Niederlage erlitt die bürgerliche Koalition bei den am Montag und Dienstag stattgefundenen Gemeindevertreterwahlen zur dritten Abteilung. Obwohl von diesen Vereinen noch am Sonntag eine umfangreiche Hausagitation entfaltet worden war, die sich allerdings nur auf die zuverlässigsten Anhänger erstreckte, haben die Bürgerlichen ein blamables Wahlresultat erzielt; und das trotzdem sich die Vertreter von nicht weniger als sechs Vereinen für die Unterstützung der Herren Carpus, Hiemke und Gutsch verbürgt hatten. Von 4186 Wahlberechtigten übten 1247 ihr Wahlrecht aus; es erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten Fesser, Gruhl und Hähnchen, wie bereits mitgeteilt, 1176 Stimmen, während 76 Wähler ihre Stimme für die bürgerlichen Kandidaten abgaben. Die Verkündung dieses Resultats durch den Bürgermeister, welcher die Wahl selbst leitete, wurde von unseren Genossen mit lautem „Bravo!" begrüßt. Zum Schlusse möchten wir noch dem Wunsche Ausdruck geben, daß alle diejenigen, welche bei der Wahl für unsere Genossen ihre Stimme abgaben, ihre sozialdemokratische Ueberzeugung auch dadurch weiter betätigen mögen, daß sie, soweit dies noch nicht der Fall, dem Wahlverein beitreten und so mit ihren Klassengenossen den Kampf gegen den gemeinsamen Feind ohne Unterbrechung weiterführen.

Gerichts-Zeitung.

„Gesindel."

Mit welcher Leichtigkeit „tatsächliche Feststellungen" im Sinne der Anklage seitens des Gerichts erfolgen, wenn es sich um eine Anklage handelt, die einen Arbeiter zur Strecke bringen soll, der von seinem Koalitionsrecht Gebrauch gemacht hat, zeigt wieder nachstehende, am 8. März vor dem Kammergericht verhandelte Strafsache.

Als Anfang vorigen Jahres die Hilfsarbeiter der Fabrik von Hartung in der Wiclefstraße streikten, waren sie durch „Gelbe" ersetzt worden. Die anderen alten Arbeiter des Betriebes weigerten sich, das von den Gelben vorbereitete Material weiter zu bearbeiten oder Arbeiten zu verrichten, die in den Kreis der Arbeiten der Hilfsarbeiter fielen. Darauf wurden alle alten Arbeiter entlassen und durch Gelbe ersetzt. Infolgedessen entstand eine lebhafte Erregung unter den direkt beteiligten und anderen Arbeitern. Es kam zu Ansammlungen in der Gegend. Unter den Personen, die sich eines Tages dort aufhielten, als die Gelben den Betrieb verließen, befand sich der Arbeiter Menz. Ein Polizeileutnant hörte von ihm den Ausdruck „Gesindel" und stellte M. fest. Menz wurde darauf angeklagt, weil er andere durch Ehrverletzung zu bestimmen versucht habe, an Verabredungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten. Das Landgericht verurteilte ihn auch auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung zu einer Woche Gefängnis, indem es zugleich groben Unfug annahm. Auf die Revision des Angeklagten hob das Kammergericht das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung an das Landgericht zurück. Das Landgericht habe zwar festgestellt, daß Angeklagter den Ruf „Gesindel" so laut getan habe, daß die Arbeitswilligen ihn hören sollten. Nirgends sei aber davon die Rede, daß die Leute ihn wirklich gehört hätten. Das festzustellen sei aber erforderlich. Ein Versuch gemäß § 153 setze voraus, daß das Wort, durch welches im Sinne dieses Paragraphen auf andere eingewirkt werden sollte, auch von ihnen gehört worden sei. Das sollte nachgeprüft werden. Ferner erachtete das Kammergericht für nicht genügend festgestellt, ob Angeklagter bezweckte, die Gelben zu bewegen, sich zu einer Verabredung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen anzuschließen.

Das Landgericht verurteilte den Angeklagten abermals. M. legte wieder Revision ein, die Rechtsanwalt Dr. J. Friedländer eingehend rechtfertigte. Das Kammergericht fand das Urteil jetzt fehlerfrei und verwarf das Rechtsmittel, da die „tatsächlichen Feststellungen“ des Landgerichts ohne „Rechtsirrtum“ erfolgt seien, eine Nachprüfung etwaiger tatsächlicher Irrtümer dem Revisionsgericht aber nicht zustehe.

Es ist in der Tat eine von absoluter Weltfremdheit zeugende „tatsächliche Feststellung“, ein Arbeiter habe durch den Gebrauch des Wortes „Gesindel“ zum Anschluß an eine Bewegung zwecks Erlangung besserer Arbeitsbedingungen bewegen wollen. Das Urteil braucht Gründe, die das Gericht zu dieser völlig verfehlten Annahme bewogen haben, nicht anzugeben: es genügt die „tatsächliche Feststellung“, mögen die „festgestellten“ „Tatsachen“ noch so faustdicke tatsächliche Irrtümer sein — eine Nachprüfung ist in der Revisionsinstanz nicht möglich.

„Christliche“ Verleumdung.

Das Mitglied des „christlichen“ Gewerkvereins der Bergarbeiter Renne in Asseln bei Dortmund hatte verbreitet, unser Genosse, der Knappschaftsälteste Schnier habe als Kassierer des Bergarbeiter-Verbandes während des großen Streiks im Jahre 1905 Gelder gesammelt, sie aber nicht abgeliefert, also für sich verwandt. Das Gerücht wurde durch die Redereien des „Christlichen“ immer bestimmter, bis es zu einer Bergarbeiterversammlung kam, die sehr stürmisch war, in der unserem Genossen öffentlich vorgeworfen wurde, er habe die Streikgelder unterschlagen.

Nun blieb natürlich nur noch übrig, den Klageweg zu beschreiten; gegen den verleumderischen „Christen“ wurde die Privatklage bei dem Schöffengericht in Dortmund eingereicht, die am Dienstag zur Verhandlung stand. Der Angeklagte konnte für seine Behauptungen auch nicht den Schatten eines Beweises erbringen. Dagegen konnte Genosse Schnier durch Vorlegen der Bücher und Belege nachweisen, daß er jeden Pfennig abgeliefert hat. Auf Anregung des Vorsitzenden gab nunmehr der Angeklagte die Erklärung ab, daß er sich überzeugt habe, daß Genosse Schnier ehrlich die Streikgelder abgeliefert habe. Er bat den Kläger um Verzeihung und erklärte sich bereit, sämtliche Kosten des Prozesses zu tragen. Mit dieser Erklärung gab sich unser Genosse zufrieden.

Keine Klassenjustiz.

Sehr milde Richter fand der Sohn eines Wiesbadener Regierungsbaumeisters, der Kaufmann und Landwirt Woas. Der junge Mann hält sich eine bissige Dogge, die schon mehrfach Passanten angefallen hat. Das letzte Mal kam der Herr seinem Hunde noch zu Hilfe, als der Briefträger sich des Tieres zu erwehren suchte, und schrecklich zerfleischt blieb der Mann auf dem Kampfplatze liegen. Trotz viermonatiger Krankenhausbehandlung ist der Briefträger noch nicht völlig wiederhergestellt. — Das Schöffengericht erkannte auf fünf Wochen Gefängnis. Woas legte dagegen Berufung ein und das Gericht erkannte auf 300 Mark Strafe.

Begründung: Wenn ein Mann aus guter Familie eine solche Tat begeht, so ist anzunehmen, daß er es nicht in einem ganz normalen Zustande tue.

Eingegangene Druckschriften.

Kommunale Praxis. Heft 9 und 10 sind erschienen. Am 1. April beginnt ein neues Abonnement. Der Preis ist pro Quartal 3 M. **Der Agramer Hochverratsprozeß.** Die Verteidiger über den Prozeß. 182 Seiten. S. Markus, Budapest V. **„In Freien Stunden“.** Heft 9 und 10 sind erschienen. Sie bringen die Fortsetzung von „Kenilworth“, dem spannenden Roman von Walter Scott sowie die Fortsetzung der realistischen Skizze Heijermans „Trinette“.

Jede Woche erscheint ein Heft zum Preise von 10 Pf.

Vermischtes.

Bergung der Leichen auf der Zeche Radbod.

Wie aus Hamm i. Westf. gemeldet wird, fand auf der Zeche Radbod gestern vormittag 11 Uhr nach einer Befahrung der zweiten Sohle durch einen Untersuchungsrichter und Vertreter der Staatsanwaltschaft die Bergung der ersten Leiche statt. Eine weitere Leiche wurde gesichtet, konnte jedoch noch nicht geborgen werden, da sie teilweise unter Gesteinsmassen liegt. Die Leichen sind mumifiziert und völlig unkenntlich. Die Bergung weiterer Leichen ist mit den Aufräumungsarbeiten täglich zu erwarten.

Strandung eines englischen Dampfers. Bei Cuxhaven strandete, wie von dort gemeldet wird, der englische Dampfer „Queen Olga“. Die Lage des Schiffes ist sehr gefährdet.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

R. S. 500. Die Parteiorganisation, der Sie angehören, wäre zur Entscheidung zuständig. Sie müßten sich dieserhalb mit Ihrem Bezirksführer in Verbindung setzen. — **Elvira 100.** Wir empfehlen Geschäfte grundsätzlich nicht. — **G. 333.** Einen Kostenanschlag über Höhe der Einrichtungen und Betriebskosten fertigt Ihnen eine Werkstatt für elektrische Anlagen an. — **H. 1888.** Der Ruderklub „Vorwärts“, Strelau, Tunnelstr. 17. — **H. S. 100.** Ueber die Freimaurerei finden Sie alles Wissenswerte in der Broschüre von Johannes Sassenbach: „Freimaurerei“, Volksausgabe 30 Pf., Buchhandlung Vorwärts. — **Restaurateur, Brixer Straße 32.** 1. Ein solcher Vorgang soll sich auf der Rennbahn abgespielt haben. 2. Ueber die familiären Verhältnisse können wir Auskunft nicht geben. — **J. W. 200.** Auch ohne die marktschreierische Annonce wäre Ihr Mißtrauen sehr berechtigt. Wir haben vor derartigen Einrichtungen schon recht oft gewarnt. Also Hand davon. — **Fleck 22.** Da dürfte es doch ratsam sein, eine chemische Waschanstalt in Anspruch zu nehmen. — **R. P. 13.** Wir empfehlen Geschäfte grundsätzlich nicht. Um zu Ihrem Zwecke zu gelangen, können Sie das Berliner Adreßbuch zur Hand nehmen. — **S. P. 5340.** 1. Ehebruch wird bestraft, wenn wegen desselben die Ehe getrennt ist und der klagende Teil Bestrafung beantragt hat. 2. Sie können Widerklage erheben. — **Postabonnent Schweden.** 1. Ja. 2. Deutsches Konsulat. 3. Von der Buchhandlung Vorwärts können Sie alle Broschüren beziehen. — **S. 26.** 1a. Ja. 1b. Nein. 2—4. Der Anspruch ist zunächst bei der aus dem Kassenstatut ersichtlichen Aufsichtsbehörde geltend zu machen. Gegen deren Bescheid ist die Klage zulässig. — **Wien 22. B.** Ohne Einsicht in das Kassenstatut nicht zu beantworten. — **J. O. 100.** Bis zur Anstellung der Klage. — **H. E. 40.** Ja: Sie müßten in Wien Klage erheben. — **Charlottenburg.** 1. und 2. Ja. — **E. M. 100.** Wahrscheinlich ja. — **E. B. 50.** Ja, wenden Sie sich an das Vormundschaftsgericht. — **M. G. 77.** 1. Falls die Operation unbedenklich, wäre es zweckmäßig sich derselben zu unterziehen. Verpflichtet sind Sie dazu erst, wenn ein endgültiger das aussprechender Bescheid vorliegt. 2. Ihrer Frau steht Unterstützung für die Dauer Ihres dortigen Aufenthaltes zu. — **H. V. 5 und H. N. 5.** Ihre Bekannte muß zahlen, es sei denn, sie ist minderjährig. — **Oberschöneweide 58.** 1. und 2. Nein. — **Mündelgeld 400.** 1. Ja. 2. und 3. Unterbreiten Sie den Fall dem Vormundschaftsgericht mit dem Ersuchen Ihnen zu Ihrem Recht zu verhelfen und klagen Sie eventuell dann gegen den Brauereibesitzer und gegen Ihren Vater auf Zahlung. — **E. J. 999.** 1. Da der Vertrag nicht gekündigt, geht er stets ein Vierteljahr (falls nicht mündlich ein anderes vereinbart ist) weiter. 2. Spätestens am 27. Mai müßte die Kündigung für den 1. Juli in Händen des Wirtes sein. — **W. M. 18.** Stimmt so. — **J. N. 19.** Das Naturalisationsgesuch wäre an den Polizeipräsidenten zu richten. Für den Fall der Bewilligung sind 50 M. zu zahlen. — **D. F. 252.** 1. Die von Ihnen angeführten Tatsachen würden den Anspruch auf Ehescheidung rechtfertigen. 2. Ja. Solange Sie die Schlüsselgewalt der Ehefrau nicht aufgehoben haben. Für die Schulden seiner Ehefrau hat der Ehemann in soweit aufzukommen, als die Schulden innerhalb der Schlüsselgewalt gemacht sind. Um die Schlüsselgewalt aufzuheben, ist ein Antrag an das Amtsgericht erforderlich, der etwa folgenden Inhalt hat: Das Recht meiner Ehefrau innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises, Geschäfte für mich zu besorgen und mich zu vertreten hebe ich hiermit auf und beantrage diese Aufhebung in das Güterrechtsregister einzutragen. Die Unterschrift unter diesen Antrag müßte notariell oder gerichtlich beglaubigt sein. 3. Nachdem der Sühnetermin fruchtlos abgelaufen ist, muß der Sachverhalt dem Landgericht geschildert, die Beweismittel angegeben und die Bewilligung des Armenrechtes beantragt werden. — **N. N. Moritzstraße.** Ja. — **E. R. 87.** 1. Für Erkrankte und zur Entlassung Kommende tritt der „Nachersatz“ ein. 2. Im Falle eines Krieges. — **K. 85.** Rechtzeitige Meldung spätestens am Tage vor der Sitzung beim Bureau des Reichstages oder am Tage der Sitzung im Portal 5 durch persönliche Meldung.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage:** Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr knapp, Geschäft rege, Preise fest. Geflügel: Zufuhr in Hühnern genügend, sonst knapp, Geschäft still, Preise nachgebend. Fische: Zufuhr etwas knapp, Geschäft lebhaft, Preise gut. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft fast leblos, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 10. März 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0°=0°R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0°=0°R.
Skagen	764	OSO	4	bedeckt	1	Haparanda	771	S	2	Schnee	−5
Hamburg	761	OSO	4	bedeckt	0	Petersburg	775	SO	2	wolkig	−12
Berlin	762	OSO	3	bedeckt	0	Scilly	752	NO	4	wolkig	5
Frankf. a. M.	757	NO	3	heiter	1	Aberdeen	765	ONO	5	bedeckt	3
München	757	SO	2	heiter	−6	Paris	751	O	3	bedeckt	1
Wien	761	ONO	1	wolkig	−2						

Wetterprognose für Donnerstag, den 11. März 1909.

Trocken, aber vorherrschend wolkig bei ziemlich scharfen nordöstlichen Winden; nachts Frost, auch am Tage rauh.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 9. 3. cm	seit 8. 3. cm [1]	Wasserstand	am 9. 3. cm	seit 8. 3. cm [1]
Memel, Tilsit	181[2]	−0	Saale, Grochlitz	84	0
Pregel, Insterburg	−9[3]	−2	Havel, Spandau[4]	76	+1
Weichsel, Thorn	70[2]	+2	„ Rathenow[4]	123	−1
Oder, Ratibor	114[4]	−8	Spree, Spremberg[4]	98	+2
„ Krossen	133[2]	−2	„ Beeskow	92	−2
„ Frankfurt	190[2]	+2	Weser, Münden	−81	−2
Warthe, Schrimm	62[2]	0	„ Minden	−9	−1
„ Landsberg	44[5]	−10	Rhein, Maximiliansau	277	−3
Netze, Vordamm	−6	−18	„ Kaub	76	—
Elbe, Leitmeritz	−60	−2	„ Köln	58	−2
„ Dresden	−147	+6	Neckar, Heilbronn	42	+5
„ Barby	60[2]	0	Main, Wertheim	—	—
„ Magdeburg	58	−2	Mosel, Trier	47	+9

[1]) + bedeutet Wachs, — Fall. — [2]) Unterpegel. — [3]) Eisstand. [4]) Eisfrei. — [5]) Schwaches Treibeis.

Sozialdemokratisch. Wahlverein des 6. Berl. Reichstagswahlkreises.

Todes-Anzeige.

Am 9. März verstarb unser Mitglied

Frau Mathilde Barrisch

Jagowstr. 13.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. März, nachmittags 3 Uhr, vom Moabiter Krankenhaus aus nach dem Heilands-Kirchhofes in Plötzensee statt.

Um rege Beteiligung ersucht

225/8 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.

Todes-Anzeige.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schankwirt

Gustav Till

(18. Bezirk)

verstorben ist. 234/13

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 2½ Uhr von der Halle des Rixdorfer Friedhofes (Mariendorfer Weg) aus statt.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Hobler

Hermann Trümper

am 8. März an Lungenleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Luther-Kirchhofes in Lankwitz aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

118/2 **Die Ortsverwaltung.**

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für 56232*

Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.

10—2, 5—7, Sonnt. 10—12 Uhr

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Sonntag, den 14. März, nachmittags 5 Uhr:

Außerordentliche Branchen-Versammlung der Möbelpolierer u. Magazinarbeiter

im Englischen Garten, Alexanderstr. 27.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Redakteurs Genossen **Karl Wermuth: „Fichte und sein Erziehungsproblem“.** 2. Diskussion. 80/9*

Nach Schluß der Versammlung:

Gemütliches Beisammensein.

NB. Die Kollegen werden ersucht, mit ihren Frauen zahlreich zu erscheinen.

Allen Parteigenossen, Freunden und Bekannten die ergebene Mitteilung, daß ich im Hause

Schönleinstr. 34 ein **Zigarrengeschäft**

eröffnet habe. Um gütigen Zuspruch bittet **Fritz Schwemke.**

Extra-Unterstützungskasse für Buchbinder

u. verw. Gewerbe zu Berlin.

General-Versammlung

am **Sonntag,** den **14.** März, vormittags präz. 10 Uhr **Melchiorstr. 15.**

Tagesordnung:

1. Verlesung der Protokolle. 2. Bericht des Rendanten und Dechargeerteilung. 3. Statutenänderung: §§ 3, 5, 6, 12 und 17. 4. Verschiedene Kassenangelegenheiten. 13735

Der Vorstand.

J. A.: **H. Herzhoff,** Vorsitzender, Rixdorf, Reuterstr. 72, I.

Große flottgehende

Gastwirtschaft

mit **Saal,** Konzertgarten, Klub- u. Fremdenz. usw., in schöner, industriereicher Stadt Südhannovers (10 000 E.) ist mit 10 000 M. Ums. zu erwerben. Stamm- u. Vergnügungslokal sämtl. Gilden u. Gewerkschaften der Stadt. Umsatz an Bier 450 hl, Schnaps u. Likör 20 hl., Massen antialkohol. Sachen u. Zigarren, gut besetzter Mittagstisch, fast 1600 Logis im I. R., 400 M. Nebenmiete. Off. unt. **W. 3** an die Geschäftsst. d. Stg.

Husten

Heiserkeit, Katarrh, Krampfhusten beseitigen die ärztlich erprobten

Kaiser's Brust-Karamellen

5500 not. begl. Zeugn. bew. den sich. Erfolg. **Paket 30 Pf.,**

Kaiser's Brust-Extrakt,

Flasche 90 Pf.

Zu haben in Apotheken u. Drogerien.

Jugendversammlung!

Sonntag, den 14. März, abends 6½ Uhr, im großen Saale des **Gewerkschaftshauses,** Engelufer Nr. 15:

Große Versammlung.

Vortrag des Herrn **Max Grunwald** über: **„Die wirtschaftliche Krise und die arbeitende Jugend“.**

Nach dem Vortrage: **Freie Aussprache.**

Alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind zu dieser Versammlung herzlichst eingeladen.

Im Anschluß an die Versammlung ist für **künstlerische Unterhaltung** gesorgt.

282/14* **Der Jugendausschuß für Groß-Berlin.**

Zentralverband der Töpfer Deutschlands.

Filiale Berlin.

Montag, den 15. März 1909, abends 6½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im großen Saale des **Gewerkschaftshauses,** Engelufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zur Gründung einer heiztechnischen Kommission für Berlin und Wahl derselben. 2. Verschiedenes. 192/7

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Kassenbäder jeder Art **Augusta-Bad,** Köpenickerstr. 60

Ich hab's!

Die beste medic. Seife zur Herstellung und Erhaltung eines rosigen, jugendfrischen Aussehens, einer weissen, sammetweichen Haut, eines reinen, blendendschönen Teint, sowie gegen Sommersprossen und alle Hautunreinigkeiten ist unbedingt nur die allein echte

Steckenpferd-Lilienmilch-Seife.

Vorrätig à Stück 50 Pfg. in den Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Möbel erhalten **Brautleute** und **Vermieter,** welche über größere Barmittel nicht verfügen, zu den günstigsten Bedingungen.

Preis an jedem Stück deutlich vermerkt, daher Uebervorteilung ausgeschlossen.

Möbel-Kaufhaus M. Goldstaub

Zossener Straße 38

parterre und erste Etage (Ecke Gneisenaustraße).

Kein Abzahlungsgeschäft.

Sonntags geöffnet 8—10, 12—2 Uhr.

181*

Inventur-Extrapreise!

Nur einmal jährlich im

Gardinen-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin, Oranienstr. 158

abgepaßte Fenster, weiß und crême

per Fenster 2.35, 3, 4-20 M.

Imit. Point-lace-Gardinen, pr. Fetr.	M. 5.85
Eleg. Sezessions-Tüll-Stores	M. 1.75
Gestickte echte Spachtel-Stores	M. 6.75
Goldfarb. reichgestickte Band-Stores	M. 8.85
Tüllbett-Gr. 180/220 cm decken	M. 2.35
Reichgest. Erbstüllbettdecken	M. 6.25
Elegante Tüll-Bettrückwände	M. 5.85

Brise, Biss (Scheibenschleier) Stück 0,25 M. (Wert 0,50 M.)

Nach auswärts per Nachnahme

Inventur-Extraliste

billiger Sonderangebote

gratis und franko.

Völkerfrühling

März-Zeitung 1909

Künstlerische Ausstattung. 16 Seiten Text mit zahlreichen Illustrationen von Legros, Meunier, Sortini, Steinlen u. a. — Artikel von Hans Block, Franz Mehring, Bertha Selinger, Paul Umbreit u. a.

Preis 20 Pfennig. — Wiederverkäufer erhalten Rabatt. — Zu beziehen durch alle Partei-Speditionen und Kolporteure.

Zeugen gesucht

Um meine Billigkeit zu beweisen, werden tausende Herren gebeten, sich meine Monatsgarderobe anzusehen, und empfehle solche, in feinsten Werkstätten Berlins gearbeitet, von Herrschaften, Doktoren, Kavalleren nur kurze Zeit getragen (für jede Figur passend)

Monats-Jackett-Anzüge . 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Rock-Anzüge . . 10, 12, 16, 20 M.
Monats-Herren-Paletots . 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Herren-Hosen . . 2.50, 5.00 M.

Grosse Abteilung neuer Garderobe

J. Wand
Hauptgesch.: Gr. Frankfurter Str. 116 an der Andreasstraße.
2. Geschäft: Chausseestraße 89 gegenüber der Liesenstraße.
3. Geschäft: Brunnenstraße 179 an der Invalidenstraße.
Garderoben jeder Art werden billigst verliehen.

Möbel

kaufen Sie **am billigsten** direkt in der Fabrik **Stallschreiberstraße 57** am Moritzplatz, Hof Fabrikgeb.
R. Harnack, Tischlermeister.
Teilzahlung.

Bei Betten-Anschaffung
verlange ausdrücklich

:: :: Reinholds :: ::
Patent-Matratze „Primissima“
nur echt mit Fabrikmarke
beste der Welt, im Gebrauch billigste.
289/4
Patent-Möbel-Fabrik „Primissima“, Charlottenstr. 29/30.

Andreasgarten
Andreas-Str. 26. Andreas-Str. 26.
Empfehle meine Räume zu Versammlungen u. Festlichkeiten jeder Art. Fremdenlogis, Kegelbahn. Prompte Bedienung. Großer Mittagstisch. Donnerstag und Freitag frei, passend für Vereine. Jeden Sonntag: **Tanz** bei freiem Eintritt. — Den geehrten Vereinen und Gesellschaften halte mich bestens empfohlen. **Franz Merkowski.**

Käse und Wurst

Versend. ganz **Uckermärker** Postkolli von Inhalt für ferner hochfeine in Kolli 9 Pfd. Bezug von und 1 Kolli für 12 Mark, Haus in ganz vorzüglichen **Kuhkäse** in Netto 9 Pfd. 3,50 M. Fernerauchwurst für 9 M. Bei 1 Kolli Käse Wurst zusam. alles franko Deutschland gegen Nachnahme od. Voreinsendung.
Eigene große Schweinemast!
Jeder Versuch sichert mir dauernde Kunden.
4322* **Franz Krumbach,** Käserei, Brüssow U./M.

Reinickendorf, Schweizer Viertel, im neuen Zentrum,
in nächster Nähe des Schillerparks und des Schäfersees vorzüglich gelegene, billige 3-, 2- und 1-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhause, mit, auch ohne Bad, Balkon pp. sofort vermietbar in den Neubauten der Schiller-Promenade, Brienzer Straße, Rüll-Straße, Holländer- und Thuner Straße.

Hygienische Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr. **H. Unger,** Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Inventur-Ausverkauf. Gardinen, Stores, Fenster 1.25, 1.75, 2.45, 3.85, 4.50, 5.45, 6.50, extra 10 Prozent Rabatt. 1801R*

Tüllbettdecken, groß, Stück 1.85, 2.45, 2.95, 3.65. E. Weizenbergs Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Erbstüllstores, entzückende Handarbeit, 3.45, 4.45, 5.25, 5.85 usw.

Erbstüll-Bettdecken, 5.35, 6.50, 7.50, 8.50 usw. Große Frankfurterstraße 125, 2. Haus von der Koppenstraße.

Tuchportieren, komplette Garnitur 3.25, 3.75, 4.85, 5.65, 6.75 usw.

Plüschportieren, komplette Garnitur 6.35, 7.50, 8.75, 10.—, 11.— usw. Teppichhaus Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken, einzelne Fabrikmuster, 2.65, 3.45, 4.25, 5.85.

Simili-Steppdecken, Ersatz für Seide, doppelseitig, 6.85, 7.65, 8.50, 9.75, 11.—. Steppdeckenhaus Große Frankfurterstraße 125.

Abfallteppiche 3.25, 3.85, 4.85, 6.—, 7.50.

Plüschteppiche mit kleinen Farbfehlern, Fabrikmuster, 6.25, 7.50, 8.75, 10.50, 12.—, 15.—. Teppichhaus Große Frankfurterstraße 125.

Tuchdecken Stück 1.15, 1.55, 2.25, 2.90, 3.50, 4.25.

Plüschdecken 3.85, 4.65, 5.—, 6.50, 7.50, 9.—, 11.— usw. Große Frankfurterstraße 125.

Totalausverkauf großer Posten Gardinenreste, Möbelstoffreste, Plüschreste, zu Sofabezügen ausreichend, Läufer- und Linoleumreste zu Spottpreisen. E. Weizenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, 2. Haus von der Koppenstraße.

Verbrechen und Prostitution als soziale Krankheitserscheinungen von Paul Hirsch. Preis 2,— Mark, geb. 2,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Federbetten, Stand 11,00, große 16,00, Gardinen, Wäsche, Decken, Kleidungsstücke, Uhren, Schmucksachen spottbillig. Pfandleihhaus Krebber, Küstrinerplatz 7. 1577R*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Einsegnungsanzüge kaufen Sie am besten bei Herrmann Schlesinger, P. G., Turmstraße 58 und Reinickendorferstraße 48. 1750R*

Damenbüsten 1,20, Arbeitsplatten, Kollständer, Weinbergsweg 7 1269b*

Bauernkrieg. Der deutsche, von Friedrich Engels. Broschiert 1,50 Mark, gebunden 2,— Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Vorwärtsleser erhalten 5 Prozent Extrarabatt selbst bei nachstehend ausgeführten Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 1764R*

Teppiche, Inventurpreise bis 33⅓ Prozent herabgesetzt. 1765R*

Gardinen, Einzelfenster, sowie unsaubere Exemplare für halben Wert.

Plüschgardinen, 500 Fenster, Inventurpreis 25 Prozent ermäßigt.

Vorwärtsleser, beachtet vorstehende 4 Anzeigen. 1768R*

Kanarienroller spottbillig. Kanarienweibchen 1,00 Oranienstraße 19, Quergebäude. 202/13*

Glossen zu Hoes Guhois und Sigismund Lacroix' „Die wahre Gestalt des Christentums“, von August Bebel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Großberlins allererster Einkaufsvorteil verschiedener Verkaufswaren! Staunendbilliger Bettenverkauf! Vermietungsbett! Brautbetten! Bettstücke! Bettwäsche! Aussteuersachen! Extrabilliger Gardinenverkauf! Portierenverkauf! Teppichverkauf! Riesenauswahl! Pfänderverkauf! Goldsachen! Wanduhren! Freischwinger! Taschenuhren! Kettenverkauf! Ringeverkauf! Nähmaschinen! Steppdecken! Plüschtischdecken! Extrabillige Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Sommerpaletots! Winterpaletots! Burschensachen! Herrenhosen! Jedermanns ungenierte Einkaufsquelle! Hermannplatz 6. Sonntags ebenfalls geöffnet. *

Singermaschine 8,00 Oranienstraße 19, Konopka. 202/15*

Teppiche (fehlerhafte) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Vorwärtslesern 6 Prozent Extrarabatt. 1611R*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Flureingang.

Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 1613R*

Herrenanzüge, Herrenpaletots, zurückgesetzte, aus feinsten Maßstoffen 18 bis 38,00 täglich. Sonntagverkauf. Deutsches Versandhaus Jägerstr. 63, 1 Treppe. 1375R

Inventur-Räumungspreise nur kurze Zeit. Extraliste gratis und franko. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 1671R*

Billige Hosenwoche. Hochelegante Herrenhosen aus feinsten Maßstoffen 5—15 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1351b*

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 15—40 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1352b*

5,00 prachtvolle Betten, 9,00 Bauerndetten, Aussteuer, Damastbezüge, Handtücher, Tischtücher, Steppdecken. Nur Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. 1789R*

Landbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig 18,00, große Laken 1,00. 1790R*

Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen 21,00, Freischwinger, Regulateure 9,00. Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. Annoncenvorzeiger vergüte Fahrgeld. 1791R*

Zentral-Pfandleihe Prinzenstraße 86, I. Täglich Verkauf von verfallenen Pfändern. 50 Prozent billiger als im Laden. Betten, ganzer Stand 12,00, Laken 1,00, Goldsachen, Herrengarderobe, Anzüge, Gehrockanzüge, Hosen, Tischdecken, Steppdecken. Fahrgeld wird vergütet. *

Humboldtleihhaus, nur Brunnenstraße 58, Eckhaus Stralsunderstraße, Großer Pfänderverkauf! Allerbilligster Bettenverkauf! Aussteuerwäsche! Wunderbare Gardinenauswahl! Portieren! Steppdecken! Prachtteppiche! Plüschtischdecken! Enorm billige, hochelegante Gehrockanzüge! Jackettanzüge! Paletots! Damenuhren! Herrenuhren! Wanduhren! Schmucksachen! Verkauf täglich, auch Sonntags. 1786R*

Milchgeschäftseinrichtungen! Milchverkaufsgefäße, Milchkannen, Milchmaße, Milchsiebe, Buttermaschinen, Eisschränke billigst. Spezialfabrik Jordan, Michaelkirchstraße 21. *

Plüschportieren, wundervoll bestickte, Inventur-Ausnahmepreise: 2 Schals und Querbehang 6,85, 8,50, in Gloriatuch 3,50, 5,25, Stores 1,85 usw. Richard Boths Teppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Rottbuserstor). Fahrgeldvergütung. 1816R*

Kinderwagen, Nickelgestell, 15 Mark. Gulaneck, Prinz-Eugenstraße 4. †84

Sozialreform oder Revolution, von Rosa Luxemburg. Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage. Preis 50 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Hobelbank, Handwagen, Regal, Rolle. Ueckert, Oldenburgerstraße 21.

Geschäftsverkäufe.

Gornikiewicz Co., Oranienstraße 149, Telephon: 4, 11611, verkaufen Geschäfte aller Branchen schnell, diskret. Besuch kostenlos. 1578R*

Zigarrengeschäft, gut gehend, wegen anderweitiger Unternehmen sofort zu verkaufen Heidenfeldstr. 19.

Parteilokal, Zahlstelle, krankheitswegen verkäuflich. Auskunft Gieseler, Zionskirchplatz 8. 1374b

Restauration, weil Witwe, verkaufe oder tausche mit Zigarrengeschäft, Miete 1000,00 mit Wohnung. Immanuelkirchstraße 15. †99

Zwei gangbare Schankgeschäfte sind zu verkaufen; zu erfragen Britzerstraße 43 bei Otterstein. 1375b

Möbel.

Auf Teilzahlung. Möbeleinrichtung Stube und Küche, Anzahlung 15 Mark. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. „Berolina“, Kastanienallee 49. [1794R*

Gebrauchte Möbel aus Versteigerungen, Auflösungen in größter Auswahl, Muschelschränke, Vertikos 26,—, Taschensofas 35,—, Herrenschreibtische 33,—, Büfette, Garnituren 65,—, Küchenschränke, Bücherschränke, Sofas 20,—, Teppiche, Bilder, Kronen, hunderte komplette Wirtschaften, neue und gebrauchte, garantiert bedeutend billiger als überall, bunte Küchen 55,—. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55, Rosenthaler Tor. Größtes Spezialgeschäft für Gelegenheitskäufe. 1780R*

Möbel-Gelegenheit! Wenig gebrauchte, guterhaltene Möbel, auch neue, einfachste, eleganteste, bestehen gewesen, verfallene spottbillig. Speicher, Neue Königstraße 5/6, Fabrikgebäude. Sonntags geöffnet. (Zahlungserleichterung.) 269/10*

Möbelangebot. Im Anhalter Bahnspeicher Möckernstraße 25, Anhalter Innenbahnhof, direkt Hochbahnstation Möckernbrücke, stehen verschiedene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salongarnituren, Paneelsofas, Bibliotheken, Ankleideschränke, Nußbaumbüfette, Bronzekronen, Oelgemälde, Schreibtische 28,00, Ruhebetten mit prachtvoller Divandecke 22,50, wunderschöne Säulentrumeaus 30,00, hochelegante Saloniteppiche, schon 14,00 bis zu allergrößten Saalteppichen, allerliebste Zimmerteppiche 8,00, reichgestickte Uebergardinen, Spachtelstores, Tüllgardinen, Steppdecken, Salonbilder, Standuhren, prachtvolle Plüschtischdecken 5,00. Verschiedene Gelegenheiten. Uebernahme vollständiger Warenlager, Wirtschaften, Konkursmassen, Nachlässe zum schnellen Verkauf und Versteigerung. Otto Lideckes Auktions- und Möbelspeicher. Kostenloser Transport. Lagerung. 1752R*

Möbel! Beste Gelegenheit für Brautleute und Vermieter. Wohnungseinrichtungen unter bekannt günstigen Bedingungen. Größte Auswahl, gediegene Arbeit, langjährige Garantie. Preis an jedem Stück. Uebervorteilung ausgeschlossen. Besichtigung (ohne Kaufzwang) lohnend. Kein Abzahlungsgeschäft! Möbelgeschäft Goldstand, Jessenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße, parterre, 1. Etage. *

Gebrauchte und neue Möbel: Kleiderspind, Vertiko 26, Sofa 22, Bettstelle mit Matratze 18, Kommode, Waschtoilette 20, Ausziehtisch, Sofatisch 15, Rohrsitzstühle 3, Muschelspiegel 12, Säulentrumeaus, Herrenschreibtisch 36, englische Bettstellen mit Federmatratzen 39, Paneelsofa 68, bunte Küchen 55, Ratenzahlung. Transport frei. Stargardt, Lothringerstraße 69. 202/12*

Möbel auf Teilzahlung Prinzenstraße 62. 47/11*

Wollen Sie eine komplette Wohnungseinrichtung oder ein einzelnes Möbelstück billig und gut kaufen, so bemühen Sie sich zu Hasemanns Gelegenheitskäufen, Lothringerstraße 26, hin. Bin billiger als alle Möbelhändler! Kann man nicht alles gleich bezahlen, so schadet das nichts, ich gebe auch reellen Leuten Zahlungserleichterung! Komplette Wohnungseinrichtung mit moderner Küche 250 Mark, bessere 325, 460, 500 bis 1500. Besichtigung in sechs Etagen! Transport frei, auch weite Vororte! Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor. *

Moebel-Boebel, Oranienstraße 58 (am Moritzplatz), kein Laden, direkt Fabrik, parterre I, II, III, gegründet 1879, liefert als Spezialität Wohnungseinrichtungen von 150—6000 Mark und einzelne Möbelstücke zu Fabrikpreisen. Größte Auswahl in verliebten gewesenen und zurückgesetzten Gegenständen, Bettstelle mit Matratze 16, englische Bettstelle mit Matratze 44, Muschelkleiderspind, Vertiko 29, Säulentrumeau mit geschliffenem Glase 29, Schlafsofa 33, Plüschsofa mit Satteltaschen 49, mit Stickereibezug 65, Paneelsofa mit Satteltaschen 59, Chaiselongue 22, Garnitur, Sofa und 2 Sessel von 75 an, farbige Küchen 44,—, Teppiche. Günstige Gelegenheit für Brautleute. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. Gekaufte Möbel werden bis zur Lieferung kostenlos aufbewahrt, frei geliefert und aufgestellt. Sicheren Käufern Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8, Sonntags 8—2 Uhr.

Gneisenaustr. 10, Ecke Nostizstr. S. Gran, bekannt als beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung. 1716R*

Möbeltischlerei liefert reelle Wohnungseinrichtungen, Schlafzimmer, bunte Küchen. Ratenzahlung. Kein Laden, nur Fabrikgebäude. Auch Sonntags. Harnack, Tischlermeister, Stallschreiberstraße 57, am Moritzplatz. Genossen 3 Prozent.

Möbelverkauf! Allerbilligste Gelegenheit: Wirtschaften 152,—, 285,—, hochelegante 434,—, eichenes Speisezimmer, entzückendes Schlafzimmer, moderne Küchenmöbel, Kleiderschränke, Vertikos, Tische, Plüschsofas, Bettstellen, Spiegel, eventuell Zahlungserleichterung (Fabrikpreise). Landsbergerstraße 91a, eine Treppe. 1741R*

Plüschsofa 36,00, Sofa 10,00, 20,00, Ausziehtisch 8,00, Kommode 6,00, Nähmaschine 6,00. Palisadenstraße 23, Tapezierer. 47/19

Vertiko 23,00, Kleiderschrank 28,00, Plüschsofa 46,00, Matratzenbettstelle 13,00. Möbelkaufhaus, Müllerstraße 151. †84

Plüschgarnitur, Damenrad, Tisch, Stühle, Kleiderspind, Drahtbettstelle, Winterjacketts spottbillig. Urbanstraße 65, II links, rechter Ausgang.

Räumungshalber bin gezwungen große Posten Möbel staunend billig zu verkaufen. Einrichtungen 150,00, 250,00, 325,00 bis 2000,00. Ankleideschränke, Büfetts, Schreibtische, Säulentrumeaus, Ausziehtische 15,00, Plüschsofas 45,00, Vertikos, Kleiderschränke, Chaiselongues 18,00, bildschöne Küchen. Nie wiederkehrende Gelegenheit. Möbelkaufhaus Köpenickerstraße 29 (Köpenicker Brücke). Sonntags geöffnet. 202/17

Sofort müssen wegzugshalber Bettstellen, Sofa, Ausziehtisch, Trumeau, Spinde, vollständige, guterhaltene Einrichtung spottbillig verkauft werden. Waldemarstr. 27 vorn I.

Wichtig! Wegen Inventur-Aufnahme verkaufe ganze Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbelstücke teilweise 60 Prozent unterm Wert. Darunter eichene Speisezimmer, eichene Herrenzimmer, diverse Schlafzimmer, Vertikos, Kleiderschränke 24,—, Muschelbettstellen mit Matratze 25,—, Ausziehtisch 13,—, Herrenschreibtische, Trumeaus, Bücherschränke, Sofaumbauten, Chaiselongues, Waschtoiletten 20,—, Taschensofas 45,—, Rohrstühle 1,50. Küchen staunend billig. Stargardts Möbelspeicher, Dresdenerstr. 107/108. Sonntags geöffnet. Lagerung, Transport frei. 202/16

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad einmal benutzt 40,00. Holz, Blumenstraße 36b 1683R*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, hochelegant, sofort spottbillig Wasserstorstraße 44, I rechts. 202/13*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00 an. Holz, Blumenstraße 36b. *

Musik.

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts“. [*

Verschiedenes.

Komiker Schwarz, Köpenickerstraße 147. 1350b*

Patentanwalt Gesel, Gitschinerstraße 94a. 2555R*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Kunststopferei von Frau Kokosky, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Platina, Gold, Silber, Gebisse, Kehrgold, alte Goldsachen, sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände kauft Goldschmelze Köpenickerstr. 29. Telephon 4, 6958. *

Vermietungen.

Wohnungen.

Kleinwohnungen, ein und zwei Zimmer, Kammer, Küche, Bad, Balkon, in herrschaftlichem Hause Feuerbachstraße 17, zwischen Wannseebahnhof Friedenau und Rennbahn Steglitz, Bahnfahrt bis Potsdamer Bahnhof zehn Minuten. 1358b*

Gaudystraße 39 (neben Schönhauser Allee) Ein- und Zweizimmer-Wohnungen von 23 bis 33 Mark. *

Kleinwohnungen spottbillig Exerzierstraße 9. 1370b

Schlafstellen.

Saubere Schlafstelle Grünerweg 112, 3 Treppen geradezu. †59

Mietsgesuche.

Möbliertes Vorderzimmer sucht junger Mann, 19 Mark monatlich. Gegend Bastian-Badstraße. Offerten unter M. 23 Postamt 20. †93

Möbliertes Zimmer, Nähe Lindenstraße, gesucht. Offerten unter „A. G.“ an Postamt 68. 1368b

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Schlosserlehrling, Konfirmand, bei hohem Lohn gesucht, Willi Baum, Elisabethufer 5/6. 1819R*

Tüchtigen Presser und Beleger verlangt Goldleistenfabrik, Bülowstraße 66.

Neuplätterin auf alte Kragen, hoher Verdienst, verlangt Hering, Mommsenstraße 9 (Savignyplatz).

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Geschäftsführer
zum möglichst baldigen Antritt für das
Gewerkschaftshaus Solingen
gesucht. Bewerber, welche mit dem **Wirtschaftsbetriebe vertraut** sind und **Kenntnisse in der Buchführung** besitzen, belieben ihre selbstgeschriebene Offerte mit Gehaltsansprüchen bei freier Station und mit Angabe der bisherigen Tätigkeit bis zum 20. März an **Reinh. Heßmer, Solingen, Friedrichstraße 10,** zu richten. 104/8

Lehrlinge!
1 Schmiede-, 1 Sattler- und 2 Lackierer-Lehrlinge zum **1. April gesucht.** 47/20*
Carrosseriewerke Ultermöhle, Gr. Frankfurterstr. 137.

Wegen Streiks und Differenzen sind gesperrt:
für **Korbmacher:**
Schmidt & Co., Dresdener Straße 82.
Für **Kistenmacher:**
Einsporn, Glogauer Straße 5.
Deutscher Holzarbeiterverband Ortsverwaltung Berlin.

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Achtung! Achtung!
Album- und Galanteriearbeiter!
Die Firma **Georg Weigert,** Ritterstr. 22, befindet sich in Verhandlungen mit der Organisation wegen Vereinbarung eines Werkstubenakkordtarifs. Trotzdem werden von der Firma ungerechtfertigte Entlassungen vorgenommen und inseriert dieselbe nach neuen Arbeitskräften.
Vor Arbeitsannahme wird gewarnt! Erkundigungen sind vorher vom Bureau einzuziehen. 23/7*
Die Ortsverwaltung.

Für **Berlin** und **Vororte.**
Großen Verdienst können sich **tüchtige Hausierer,** die im Verkehr mit besserem Publikum bewandert sind, durch Vertrieb eines neuen Bedarfsartikels mit Leichtigkeit mit Kapital von 40—50 M. erwerben. Angebote sub **R. 9618** beförd. **Daube & Co., Jerusalemerstr. 53/54.**

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.